

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Druckerei-Geßler-Druckerei von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6550-53.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 70 Bz. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausländische Buchhandlungen. — Bezugs-Verhältnisse können außerdem rügen: in Wiesbaden die Verleger-Druckerei-Geßler-Druckerei, in allen Teilen der Stadt: in Wiesbaden die Verleger-Druckerei-Geßler-Druckerei und in den benachbarten Gemeinden und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Bezugs-Nummern: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr

mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 6 Uhr mittags.

Verleger-Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 86, Fernspr.: Amt 4540 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an entsprechenden Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 20. März 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 133. — 62. Jahrgang.

Zur elsäß-lothringischen Frage.

Man schreibt uns aus dem Reichsland:

In dem in Nr. 93 des „Wiesbadener Tagblatts“ veröffentlichten geistvollen und mit dem Worte „Säurungsprozess“ die Lage in Elsäß-Lothringen scharf und treffend kennzeichnenden Artikel des Professors Dr. Martin Spahn in Straßburg i. E. befindet sich die nachstehende beachtenswerte Stelle: „Dagegen erfährt die Schulpolitik von allen Seiten eine oft schneidende scharfe Kritik. Sie hat in den letzten Jahren wiederholt Wellen hinüber in das allgemein politische Leben des Landes geschlagen, die besser vermieden worden wären. Auf jeden Fall wird die neue Regierung ernst nachprüfen haben, ob das Schulwesen den gesteigerten Anforderungen an die staatsbürgerliche Erziehung und die kulturpolitische Beeinflussung der heranwachsenden Generation nachgekommen ist.“

Um den tieferen Sinn dieser drei Sätze richtig zu erfassen, muß man die Entwicklung des höheren und niederen Unterrichtswesens in Elsäß-Lothringen unter deutscher Herrschaft kennen. Die höheren Schulen sind, von den drei bischöflichen Gymnasien in Straßburg, Tilsheim und Montigny und dem protestantischen Gymnasium in Straßburg abgesehen, staatslich und konfessionell gemischt; der Religionsunterricht in den drei anerkannten Bekenntnissen wird meistens von Geistlichen erteilt, welche vom Oberschulrat dazu berufen werden und für jede Unterrichtsstunde 2 M. erhalten. An den Beratungen der Lehrer nehmen sie nicht teil; auch wird beim Abiturientenexamen in Religion nicht geprüft. Wenn bei Verletzungen von Beamten und Offizieren von oder nach Preußen die Söhne derselben in elsäß-lothringische oder preussische höhere Unterrichtsanstalten übernommen werden, so stellt es sich stets heraus, daß die elsäß-lothringischen Anstalten den preussischen im Unterrichtsstoff sowie in der Beherrschung desselben gleichwertig sind, während die elsäß-lothringischen Volksschulen im Durchschnitt höher stehen als die Volksschulen im Osten des Reichs. Was soll nun gerade in Elsäß-Lothringen nachgeprüft werden, das nicht auch in Preußen nachgeprüft werden müßte? Und was ist mit den Worten „staatsbürgerliche Erziehung“ und „kulturpolitische Beeinflussung“ gemeint? Sollen die Schüler nicht nur geistig ausgebildet, sondern auch nach bestimmten Richtungen hin beeinflusst werden? (Dies ist vom elsäß-lothringischen Landtagsabgeordneten Müller in der Nachmittags-Sitzung vom 11. März d. J. verlangt. Die Schriftleitung.)

Vielleicht gibt das Weitere Arbeit: Die Aufsicht in den meist konfessionell getrennten Volksschulen führen seit 1871 staatslich angestellte und besoldete Kreis- und Schulinspektoren im Hauptamt, welche den Bezirkspräsidenten unterstehen. Doch wurde dadurch der Einfluss der Geistlichen als Schulinspektoren zunächst nicht wesentlich berührt. Während zur französischen Zeit in den schwach besuchten Volksschulen die Lehrer, welche teilweise geistlichen Orden (Schulbrüder

ohne Schulamtsprüfung) angehörten, oft so gering besoldet waren, daß sie private Bohlkätigkeit in Anspruch nehmen mußten, wurden unter deutscher Herrschaft die durchweg weltlichen Lehrer gleichmäßig, aber immerhin noch recht kärglich besoldet. Ihr Streben war seitdem darauf gerichtet, eine ihrer Vorbildung entsprechende Besoldung zu erhalten und von der Ortschulinspektion der Geistlichen befreit zu werden. Den Lehrern in diesem ihrem Streben soweit wie möglich entgegenzukommen, hatte sich der Präsident des Oberschulrats Dr. Albrecht gleich beim Antritt seines Amtes im Interesse einer gediegenen Volksschulbildung zur Aufgabe gemacht. Die Schwierigkeit, diese Aufgabe zu lösen, war groß; denn in Anbetracht der noch aus französischer Zeit stammenden geringen Wertschätzung der Volksschulbildung und somit der Arbeit der Volksschullehrer mußte er mit dem Widerspruch im Landesausschuß und besonders bei der einflussreichen katholischen Geistlichkeit rechnen. Sein im Januar 1908 gemachter Vorschlag, die Besoldung der Volksschullehrer auf die Landeskasse zu übernehmen, die Volksschullehrer dadurch zu Staatsbeamten zu machen und in die entsprechende Klasse der Staatsbeamten einzureihen, scheiterte gleich an dem Widerspruch des damaligen Staatsrats, welcher sich entschieden gegen diese Änderung und im ganzen auch gegen eine Minderung des Einflusses der Geistlichkeit erklärte. Doch war er dafür, diesen Einfluß in streng gesetzliche Grenzen zu bringen. So kam das Gesetz vom 24. Februar 1908 zustande: Dadurch wurde die Ortschulinspektion ganz beseitigt und die Volksschule in schultechnischer Hinsicht lediglich den Kreis- und Schulinspektoren unterstellt. Für die materiellen Interessen der Volksschulen wurde ein Ortschulvorstand aus dem Geistlichen, dem Lehrer und einer der Größe des Orts angemessenen Zahl von Gemeindegliedern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters zusammengelegt. Der Pfarrer behielt nur die Aufsicht über den Religionsunterricht in der Weise, daß er dem Unterricht in Religion beizuwohnen und hinterher etwaigen Bemerkungen dem Kreis- und Schulinspektor zur weiteren Veranlassung mitteilen kann. Auch wurde eine allmähliche Erhöhung der Lehrergehälter, allerdings in noch immer bescheidenen Grenzen, erreicht. Als man sich der Tragweite dieses Gesetzes zugunsten der Lehrer und ihrer Unterrichtsführung bewußt wurde, da setzte der von Dr. Spahn so schön für die Allgemeinheit gekennzeichnete Säurungsprozess auch hier mit großer Lebhaftigkeit ein. Ein „organisches Schulgesetz“ beantragte man zu fordern; es gelte die Kinder für eine höhere Aufgabe als die irdische vorzubereiten. Besonders müsse der Unterricht im Französischen, wie er im kleinen französischen Sprachgebiet besteht, in den Volksschulen von ganz Elsäß-Lothringen verbindlich werden. Elsäß-Lothringen, so hieß es in den Volksversammlungen und im Landtag, sei ein Grenzland, seine Bevölkerung müsse die Sprache des Nachbarlandes kennen. Der Einwand, daß dann doch auch die Franzosen, welche an der deutschen Grenze wohnen, Deutsch lernen müßten, überhörte man und blieb bei der Forderung des französischen Unterrichts in allen Volksschulen des Grenzlandes Elsäß-Lothringen. Da-

neben gab es eine Reihe von Einzelfällen, welche die Kritik hüben und drüben herausforderten und „in das allgemein politische Leben des Landes Wellen schlugen“. So der Fall Bettolsheim: Hier gerieten Pfarrer und Lehrer in unliebamen Streit. Auf Grund der angestellten Untersuchung kamen Oberschulrat und Bischof überein, beide zu verzeihen. Gegen den Lehrer ausgewiegelte Väter wollten ihre Kinder nicht in den Religionsunterricht des Lehrers gehen lassen und behielten sie ganz zu Hause. Da ihnen wegen dieser Schulverhältnisse Strafmandate zugingen, riefen sie die Gerichte an und wurden in zweiter Instanz zur Zahlung verurteilt. Hätte die Regierung zur Vermeidung von Wellen die Sache vertuschen oder dem Pfarrer recht geben sollen? Beides wäre als Schwäche ausgelegt worden und hätte höhere „Wellen geschlagen“. Zu dem gleichen Ergebnis muß der Unbefangene in den anderen Fällen kommen: im Fall der „missio canonica“, ob der Bischof diese dem Lehrer einseitig entziehen darf, im Fall eines wissenschaftlichen Hilfslehrers, der durch seine Wahlstation sein Amt vernachlässigte, im Fall eines Bikers, der in einer Religionsstunde Quartaner Wahlaufsätze schreiben ließ u. s. w. Es lag im Interesse des staatlichen Ansehens, in jedem Fall den Tatbestand ohne Voreingenommenheit festzustellen und die gestörte Ordnung wiederherzustellen. Jedenfalls beweisen diese Fälle nichts gegen die Güte des Unterrichtswesens in Elsäß-Lothringen.

Als Dr. Manteuffel vor seinem Amtsantritt als Statthalter von Elsäß-Lothringen den großen Geschichtsschreiber Ranke fragte, wie man die Elsäß-Lothringer am leichtesten für das Deutschtum zurückgewinnen könne, erhielt er die bühnische Antwort: „Wenn Sie die katholische Geistlichkeit gewinnen, werden Sie die Elsäß-Lothringer für das Deutschtum zurückgewonnen haben.“ Wie viel Mühe sich Manteuffel auch gab, es gelang ihm weder das eine noch das andere. An Leib und Seele gebrochen, suchte er dahin. Zu spät sah er ein, daß er mehr geschadet, als genützt hatte.

Vielleicht schwebt dem Verfasser des eingangs erwähnten Artikels ein ähnlicher Rat für die neue Regierung des Reichslands vor: „Erhöht in den Schulen den Einfluss der Geistlichkeit, dann werden die Elsäß-Lothringer wieder zurückgewonnen werden.“ In der Tat ist auch in dieser Hinsicht die Schulfrage neuerdings wieder aufgerollt worden. (Dies ist besonders in der Nachmittags-Sitzung des elsäß-lothringischen Landtags am 11. d. Mts. geschehen. V. Schriftl.) Ob aber im Falle einer solchen Lösung der Schulfrage nicht statt der erhofften Wirkung noch schärfere Säurungen einsetzen und höhere Wellen schlagen würden? Man ist eben weder im Landtag noch in der Bevölkerung über die etwa notwendigen Änderungen im höheren und niederen Unterricht einig, sondern steht sich schroff gegenüber. Wie beim gärenden Most, so dürfte es unter diesen Umständen auch in der Schulfrage allein richtig sein, ohne jeden gewalttätigen Eingriff den natürlichen Säurungsprozess abzuwarten, jedenfalls aber größere Änderungen nicht ohne Fühlung mit dem ganzen Reich, wo das Streben nach einer einheitlichen Schulreform sich geltend zu machen sucht, in Angriff zu nehmen.

Heimisches Naturleben.

Stützen von Walter Schulte vom Brühl.

XLVIII.

Sonnenscheinchen.

Meine kleine Dackelhündin ist ein schnurriges Vieh. Sie interessiert sich für alles und jedes und ist immer auf dem „qui vivo“. Wenn sie in ihrem Körbchen neben meinem Schreibtisch schliefend liegt und plötzlich die Schlaftrunkenheit ein wenig bewegt, dann geht irgend etwas in der Nähe vor. Und eben geht allerlei vor, denn es regt sich in der Natur und die Frühlingsgefühle machen sich selbst in der winzigsten Insektenbrut geltend. Vorhin erst spielte der Hund auf einen Brummer, auf eine dicke, blaue Schmeißfliege, die bei mir freilich bezogen hatte und sich nun den Winterhof aus den Augen wusch. Jetzt hat Minka, die wie gemeinnützig Männer nennen, wieder etwas Neues. Sie hat die spitze Nase gehoben und starrt wie hypnotisiert nach dem Blumenfenster im Erker, der wie ein Futterhäuschen am Bogenhauser meinem Hause angehängt ist. Dort an der Fensterleiste ist es lebendig geworden, sehr lebendig. Kleine, reisförmige Gänsechen trödeln da unermüdlich auf und nieder. Eine Kolonie Marienkäferchen ist erwacht. Weiß der Hund, wie sie in mein Zimmer gekommen ist. Gemeinsam hat die Bande wohl im Herbst ein Nischen im Fensterrahmen entdeckt, oder eines hat es gefunden und die freilebenden Ge- nossen darauf aufmerksam gemacht. So haben sie sich wie Wichtelmännchen eingeschlichen, unbemerkt, haben den bösen Winter in meinem Heim vertrieben. Manche Arten sind ja von einem großen Gemeindefriede befreit. Einige australische, als Schilbäckervogel in die Obisplanlagen Kalliforniens eingeführt, bilden gar so gewaltige, winterliche

Schlaggesellschaften, daß sie in Säule aufsteigen und als ein wertvolles Handelsprodukt waggenteils nach Gegenden verschifft werden, wo sie in befallenen Plantagen den Blatt- und Schildläusen den Garaus machen sollen. Sie tun das mit einer bewundernswürdigen Gründlichkeit, dermaßen, daß fast nur durch Hilfe dieser freundlichen Tiere dort die Obstkultur möglich wird.

Auch die, die da bei mir lebendig geworden sind, scheinen mir rechte Blattlausvertilger zu sein, denn ich habe ihrer oft an Kolonien dieser Schädlinge schmausend getroffen. Sie sind schwarz mit sieben gelben Punkten auf jeder Flügeldecke, daher der schöne Name: Coccinella quatuordecimpunctata, das vierzehnpunktige. Sie sind lange nicht so groß als der allbekannte Siebenpunkt, Septempunctata, das Marienkäferchen, Sonnenscheinchen, Herrgottskäferchen, das es bis zu der Größe einer Linse bringt. Aber ob die Käferchen nun schwarz mit gelben Punkten sind oder gelb mit schwarzen Punkten, oder ob sie schwarz sind mit roten Punkten oder mit schwarzen Punkten, keines kann seine Familie verleugnen. Nicht umsonst heißen sie „Käferchen“, denn sie bilden hochgewölbte, unten platte, halbkugelförmige oder auch elliptische Körper, und da die Grundfarbe ihrer Flügeldecken meistens rot ist, so hat man sie wissenschaftlich, aber nicht vollkommen korrekt „Coccinellidae“, d. i. kleine Scharlachrote, genannt.

Die Käfer in ihrer glänzenden Chitinpangierung, dem Hautskelett, sind durchweg interessante, hübsche Gesellen, und wer sie ohne Voreingenommenheit betrachtet, der kann selbst einem solchen Schmutzflint, wie dem bläulich-schwarzen Nöcker, Reize abgewinnen. Aber die laubern Marienkäferchen, die Sonnenscheinchen, hat ein jeder gern. Sumat der erwähnte Siebenpunkt vereint das Wohlwollen aller guten Menschen auf sich. Nur ein Heidschnadenfänger, des Aberglaubens

voll, klagte mir einmal, wenn seine Schafe einen solchen „Käfer“ frähen, dann wär's gefehlt, dann gingen sie auf wie ein Ballon und mühten elendiglich zu platzen.

Alle möglichen Kosenamen hat man dem Tierchen gegeben, und da es als ein niedliches Lebewesen von reizender Gewandtheit früher wahrscheinlich der deutschen Lieblingsgöttin, der Freia, heilig war, haben die christlichen Apostel mit fluger List den Spieß umgedreht und den Heidengötterläster schleunigst der Mutter Gottes als Marienkäfer oder gar dem Herrgott selber als Herrgottskäferchen zugesprochen. Bei vielen europäischen Völkern ist das so. Bei den Engländern wurde er auf die Art zum „Ladybird“, bei den Franzosen zur „Vache à Dieu“ oder zur „Bête de la vierge“ und die Holländer nennen die lieben Käferchen: „ouzen lieven Heers heestjes“. Unzählige sind auch bei uns seine Schmeichelnamen. Aber interessanter noch als seine ethnographisch-mythologischen Beziehungen sind seine biologischen.

Man hält die Äugeln und Marienkäfer im allgemeinen durch die Vart für nützlich, eben wegen ihrer Vorliebe für Blattläusbraten, unter denen denn auch viele der wohl in 1000 Arten auf der ganzen Welt verbreiteten Familie gründlich aufzuträumen, sowohl in ihrem Käfer- als in ihrem Larvenzustand. Sie sind dabei so gierig, daß sich ihre vorzüglichen, häufigen Larven oft einander selber auffressen, wie denn die Coleoptera, die Deckflügel, die Käfer, insgesamt furchtbare Fresser und zum Teil morbiditische Räuber sind. Ein Tiger oder ein Leopard ist beispielsweise nur ein bescheidener Baisenkäfer an Wohlstand gegen einen Goldschmied- oder Feuerkäfer, der vor unsern Füßen dahinhastet, und ein Wolf, der in eine Schafherde einfällt und Dukaten von Hammeln abzurvt, ist ein frommer Anekdote Heidschnaden gegen einen Marienkäfer, der in eine sanfte Milchküheerde der Ameisen, in eine Blattlauskolonie, einfällt. Unser liebes Sieben-

Deutsches Reich.

* Zum Besuch des Kaisers in Wien. Die Wiener „Korrespondenz Willehelms“ meldet: Der deutsche Kaiser wird bei seiner Ankunft am 23. März in Wien um 11 Uhr vormittags im Benzinger Bahnhof von dem Kaiser oder dem Erzherzog als Vertreter des Kaisers begrüßt werden. Auf dem Bahnhof erscheinen die Erzherzöge und die Spitzen der Behörden. Im Schönbrunner Schloß begrüßen die Erzherzoginnen den deutschen Kaiser. Um 1 Uhr 30 Min. findet im Schloß ein Diner à la carte statt, an das sich Cercle anschließt. Um 5 Uhr 40 Min. erfolgt die Weiterreise des deutschen Kaisers vom Heldenplatz Bahnhof.

S. Die Tumulte in der Sankt Paulskirche zu Berlin beschäftigen guten Vernehmen unseres römischen Berichterstatters zufolge auch den Vatikan. Der Heilige Vater hat Spezialbericht über die bedauerlichen Vorgänge eingehend und seinem Unwillen lauten Ausdruck gegeben, daß die Geistlichkeit, in diesem Falle, also die deutschen Seelsorger, es überhaupt so weit kommen ließen, daß die Kirche zum Schauplatz skandalöser Vorgänge werden konnte. Es müssen dem Papste unmittelbar nach den Tumulten falsche Mitteilungen über Ursache und Verlauf der Szenen auf telegraphischem Wege gemacht worden sein. Denn sonst ließe sich die Erregung im Vatikan gegen die deutsche Geistlichkeit an der Moabiter Kirche nicht begreifen. Nur dem Kardinal Ropp war es gelungen, die in Rom bestehenden Sympathien für alles Polnische zu dämpfen, soweit es sich gegenüber dem protestantischen Preußen bemerkbar machte. Nach dem Tode Ropps dürften die deutschen Geistlichen in den polnischen Sprengeln einen unheimlich schmerzlichen Stand haben.

an spricht in Rom in diplomatischen Kreisen davon, daß der Papst aus Anlaß der jüngsten Vorfälle in Moabit einen Monsignore nach Breslau und Berlin entsenden werde „zum Studium der einschlägigen Verhältnisse“. Von diesem Spezialgesandten des Heiligen Vaters werden die deutschen Geistlichen nicht viel Gutes zu erwarten haben. Denn unter den vatikanischen Prälaten ist kaum einer, der nicht durch polnisch gefärbte Brillen sehe. Den Papst soll es vor allem gereizt haben, daß Polyzisten von den Geistlichen gegen die Gläubigen aufgehetet wurden. Es scheint sich da um höchst tendenziöse Mitteilungen interessierter Personen zu handeln, auf denen der Papst sein Urteil aufbaut.

* Zur Frage der Schiffbarmachung des Oberrheins. In der badischen Zweiten Kammer erklärte der Minister der Innern Freiherr von und zu Bodman auf eine Interpellation, betreffend die Schiffbarmachung des Oberrheins: Wir sind nicht allein in der Lage, die Rheinregulierung durchzuführen. Wir befinden uns noch im Stadium der Studien, ob das Unternehmen wirtschaftlich auch rentabel ist. Gewiß ist, daß unsere Eisenbahnen große Verluste erleiden würden. Ein Wettbewerb für die Schiffbarmachung des Rheins von Basel nach Konstanz ist ausgeschlossen. Voraussetzung ist natürlich die Schiffbarmachung der Strecke Straßburg-Basel. Durch die Regulierung des Rheins würden 200 000 Pferdestärken geschaffen, die zwischen Baden und Elsaß-Lothringen zu teilen wären. Der Rheinregulierung bis Konstanz stehe die Elsaß-Lothringische Regierung nicht sympathisch gegenüber, da sie eine Schädigung der Handelsinteressen Straßburgs befürchte. Wir können aber keinen Pfennig für den Großschiffahrtsweg bewilligen, wenn er in Basel enden soll, er muß vielmehr bis Konstanz durchgeführt werden. Ferner muß die Schweiz ihrerseits zu den Kosten beitragen, auch für die Strecke Basel-Straßburg, da die Schweiz dann direkt mit der Nordsee verbunden wird. Wesentlich ist ferner, daß Holland zu den Schiffahrtsabgaben seine Zustimmung gibt. Wir haben für die Regulierung des Rheins bis Straßburg große Opfer gebracht, obwohl die Befürchtung nahe lag, daß Mannheim Verkehr leiden würde. Unsere Sonderinteressen haben wir zurückgestellt, und wir dürfen deshalb erwarten, daß auch Elsaß uns gegenüber freundlich handeln wird. Die Schiffbarmachung des Rheins von Basel bis Konstanz würde 105 Millionen Mark kosten, wobei 50 Millionen Mark auf die Schiffbarmachung und 55 Millionen Mark auf die Anlage von Wasser-

kraftwerken entfallen würden. — In der an die Regierungserklärung anschließenden Debatte brachten sämtliche Parteien der Zweiten Kammer ihre Freude über die Einigkeit des Hauses mit der Regierung in dieser Frage einmütig zum Ausdruck.

* Eine Zusammenkunft der nationalliberalen Fraktionen von Württemberg und Baden. Die nationalliberalen Fraktionen des württembergischen und des badischen Landtages hatten in Pforzheim eine Zusammenkunft. Es beteiligten sich daran 26 Abgeordnete. Zweck der Veranstaltung war, sich persönlich näher kennen zu lernen und sich über einige besonders aktuelle beide Staaten gleichermassen berührende Fragen auszusprechen. Im Mittelpunkt der Besprechungen standen Erörterungen über die Donauverleinerung und die Redarfkanalisation. An die Aussprache schloß sich ein gemeinsames Abendessen an.

Beer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Ziller, Mil.-Int.-Mat. von der Int. des 18. Armee-Korps, zum 2. März 1914 an der des 2. Armee-Korps verlegt. * Precht, Mil.-Int.-Mat., Vorsteher der Int. der 35. Div., zur Int. des 18. Armee-Korps verlegt.

NpO. Topographische Landesaufnahmen. Die diesjährigen, anfangs Mai beginnenden Arbeiten der Topographischen Abteilung des Generalstabes finden im Osten und Westen des Reiches, im östlichen Teile Ostpreußens sowie bei Metz und Diedenhofen statt.

Deutsche Schutzgebiete.

Eine neue Postagentur in Kamerun. In Ambam (Kamerun), etwa 150 Kilometer östlich von Kambo, ist am 5. Januar eine Postagentur eingerichtet worden, deren Tätigkeit sich auf die Annahme und Ausgabe von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen sowie auf die Ausgabe von Postpaketen und Postfrachtfreiküchen erstreckt. — Die Postanstalt in Ufofo (Kamerun) nimmt fortan auch am Postanweisungsdienste, Nachnahmendienste und Zeitungsdienste teil.

Ausland.

Frankreich.

Eine neue deutschfeindliche Brehintrige. Paris, 18. März. Der „Temps“ gibt heute ein von der „Nowoje Wremja“ heute morgen veröffentlichtes Interview mit einer hochstehenden russischen Persönlichkeit wieder, das er als mindestens ebenso wichtig bezeichnet wie das kürzlich von der Petersburger „Börsezeitung“ betr. die Beziehungen zu Deutschland veröffentlichte, das übrigens von einem ganz anderen Gedankengang ausging. Nachdem die betreffende Persönlichkeit von den europäischen Kriegen gesprochen hat, deren Ende noch nicht abzusehen sei, fügt sie hinzu, daß augenblicklich keiner der europäischen Staaten, weder Deutschland noch Frankreich und Rußland an einen Krieg denke und nur rüste, um den Frieden zu sichern, und erklärt dann weiter, daß hochstehende russische Persönlichkeiten geäußert hätten, ein Bündnis zwischen Rußland, Frankreich, Deutschland und England sei die beste Friedensgarantie. Die Elsaß-Lothringische Frage, dieses schwierige Hindernis, könnte zur Vertiefung dieser Hoffnungen in Berlin leicht im beiderseitigen Interesse der beteiligten Parteien gelöst werden. Es heißt dann in dem Interview wörtlich weiter: „Es ist für niemand ein Geheimnis, daß Österreich nach dem Tode des greisen Kaisers in Trümmern gehen wird. In diesem für den Dreibund fatalen Augenblick könnte Deutschland die deutschen Gebiete Österreichs annektieren und auf die anderen Provinzen (soll wohl heißen: Elsaß-Lothringen, Schottland) zugunsten seines westlichen Nachbarn verzichten. In diesem Falle würde Rußland Galizien erhalten, Ungarn und Böhmen würden unabhängige Staaten. (Böhmen dabei also rings von deutschem Gebiet umschlossen?) Italien, auf dem das Bündnis mit Österreich mehr denn je lastet, könnte neue und vorteilhafte Kompensationen erhalten. Die neue rumänische Politik zeigt, daß man sich mehr und mehr von dem Verfall der Monarchie des Hauses Habsburg Rechenschaft ablegt. Dieses neue Programm würde den Kriegen mit einem Mal ein Ende bereiten. Eine solche

Lösung könnte gewagt erscheinen, sie kommt aber sich den Axiomen der diplomatischen Rangieren entgegen, ich wiederhole es, eine solche neue Gruppierung der Mächte mit dem Sturze Österreichs ist bereits Gegenstand der Erwägungen sehr einflussreicher Personen an den Ufern der Spree (?) und Seine gewesen. Auch in Petersburg hat man höchsten Ortes davon gesprochen.“ (Das Ganze ist natürlich ein durchsichtiges Mandor, um in Wien Mißtrauen gegen Berlin zu erwecken. Schriftst.)

Eine neue Brehintrige gegen Caillaux und Monis. Labori als Verteidiger der Frau Caillaux. Paris, 19. März. Der nationalistische „Eclair“ beginnt heute eine neue Fehde gegen den früheren Finanzminister Caillaux und den Marineminister Monis. Das Blatt behauptet, Caillaux habe seinerzeit die Gründung des deutsch-französischen Kamerun-Kongo-Konfortiums hintertrieben, obwohl er gewußt habe, daß das Scheitern dieses Projektes, welches zwischen dem Kabinett Briand und der deutschen Regierung vereinbart worden war, ernste diplomatische Folgen nach sich ziehen müsse. In der Tat sei dem Ministerium Monis, dem Caillaux angehörte, wenige Tage nach dessen Amtsantritt am 14. März 1911 ein Bericht des Quai d'Orsay vorgelegt worden, der in scharfer Weise auf die Gefahren hingewiesen habe, denen sich Frankreich aussetzen würde, falls es auf die Bildung dieses Konfortiums verzichte. — Ein anderes Blatt berichtet, der Advokat Labori habe dem früheren Finanzminister Caillaux erklärt, er könne die Verteidigung seiner Gattin nur dann übernehmen, wenn es als eine ausgemachte Sache angesehen würde, daß er das Andenken Calmettes, für den er die vollste Achtung bewahrt habe, aus dem Spiele lasse. Labori habe auf der Redaktion des „Figaro“ eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Lebrun, der neue Marineminister. Paris 19. März. Marineminister Monis hat seine Demission gegeben. Mit der Leitung des Marineministeriums wurde interimistisch Kolonialminister Lebrun betraut.

Der mißhandelte Deserteur. Vernon, 19. März. Vor dem Polizeikommissar fand heute das Verhör eines deutschen Deserteurs namens Helmuth Wartenstein statt, eines 21 Jahre alten jungen Menschen, aus Hamburg gebürtig, wo er beim 15. Gularenregiment diente. Er war am 4. März desertiert und kam in Zivil nach Paris, von wo er die Wanderung nach Rouen antrat. Unterwegs geriet er jedoch in einen derartig erschöpften Zustand, daß er liegen blieb und in einer Bauernscheune aufgefunden wurde. Der Körper Wartensteins wies zahlreiche Verletzungen auf, die nach seiner Angabe von Mißhandlungen seitens eines Unteroffiziers im Regiment herrührten. Er wurde der Gendarmerie übergeben und nach Evreux geführt, wo er erklärte, daß er in die Fremdenlegion einzutreten wünsche.

Rußland.

Ein Verbot der Kinos für Minderjährige. Petersburg, 18. März. In der Kommission für Presse und Literatur wurde gestern eingehend über den Besuch Minderjähriger in den Kinematographen-Theatern verhandelt. Die Kommission beschloß schließlich, den Minderjährigen den Besuch der Kinos von jetzt an zu untersagen.

Balkanstaaten.

Ausländische Berater im albanischen Kabinett. Durazzo, 18. März. Ministerpräsident Turkanbascha teilte den Korrespondenten der auswärtigen Presse mit, daß jedes einzelne Ministerium einen Generalsekretär bekomme und daß für ein jedes Ministerium ein ausländischer Berater engagiert werden wird.

Türkei.

Renadowitsch bleibt in Konstantinopel. Konstantinopel, 18. März. Die Wforte hat dem neuen serbischen Gesandten in Konstantinopel Renadowitsch das Akkreditationsdekret erteilt.

Vereinigte Staaten.

Die Vertretung der argentinischen Fleischindustrie. Washington, 18. März. Der Landwirtschaftsrat sagt in einem heute ausgegebenen Bericht, daß die argentinische Fleischindustrie, die monatlich Be-

Aus Kunst und Leben.

Sitzende Kunst und Musik. Aus New York wird gemeldet, daß Enrico Caruso seinen mit der Metropolitan-Oper für die Saison 1913 einen neuen Vertrag abgeschlossen hat, der ihm eine Gage von 12 000 \$ für den Abend zusichert, eine Gage, wie sie bisher in Amerika noch keinem Sänger bezahlt worden ist.

Das „Marionetten-Theater“ Münchener Künstler wird auf der Deutschen Werkbund-Ausstellung in Köln von Mai bis Oktober seine berühmten „Puppenspiele“ und anderen bedeutenden Reinszenierungen zur Aufführung bringen. In dem von Professor Kreis erbauten Zuschauhaus, hoch oben auf einem alten Fort, wird Paul Brann ein besonderer Flügel dieses stattlichen Gebäudes der Deutschen Werkbund-Ausstellung für sein Theater eingerichtet werden.

Wissenschaft und Technik. Der Rektor der Universität Wien hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem der Plan für die Gründung eines Museums für Hochschulen und studentisches Leben dortselbst entwickelt wird. Den Grundstock der Sammlung sollen jene Gegenstände bilden, die aus Österreich in der Leipziger Buchgewerbeanstellung, und zwar in der Sonderausstellung „Der Student“, ausgestellt werden.

Amundsen, der von Berlin nach Christiania zurückkehrte, erklärte, daß er seine Nordpolfahrt wegen des Zustand der „Fram“ vielleicht noch um ein Jahr hinauszuziehen müsse. Es sei zweifelhaft, ob die „Fram“ in diesen Tagen San Francisco erreichen werde. Dort müsse das Schiff getrimmt werden. Falls es San Francisco nicht bald erreichen könne, sei es gewagt, die Expedition noch in diesem Jahre auszuführen.

pünktlich mit seinen weißen Verzögerungen an Halschilb und Kahlheit ist der Amschlimmst eines. Sein Leben — nicht für die Blatthäute und ihre Beschäfer — ist deshalb sehr groß, wie denn die Amschlimmst als Schädlingserzeuger in der Tat meistens nützlich sind. Ein verdienstvoller Forscher, Forster, hat mit rührendem Fleiß den Darminhalt vieler verschiedenartiger Marienkäfer untersucht und gefunden, daß er zu etwa 1/3 aus pflanzlichen Zellen, meist schädlichen Pilzsporen, und zu 2/3 aus Blattläusen besteht. Es gibt aber auch Marienkäferarten, die sich als schädliche Pflanzenverwüster nachweislich machen und unter Umständen den Züchtererfolg vernichten, fast so gefährlich wie der berüchtigte Colorado-Käfer. Natürlich schädigen diese „Bätes de bon Dieu“ in aller Harmlosigkeit und Unschuld. Sie betragen sich eben so, wie ihnen der Schicksal gewachsen ist. Ein Tier mit einem Zwergenglied kann kein Gras weiden, ein Schafmaul keinen Ochsen zerfleischen, und wer keine Zähne hat, mähmelt ein Breichen hinunter. So sind auch die Amschlimmst von der Bildung ihrer Mundwerkzeuge in der Nahrungssuche abhängig. Die, deren Mandibeln, Furchungen, an Spitze und Innenrand gezähnt sind, sind vorwiegend Pflanzenspeiser, die, deren Oberkiefer aber nur einfach aber an der Spitze gebogen, erweisen sich als die rechten Blatt- und Schildläusevertilger, wobei ihnen ein anderes Geschöpf lebhafte Konkurrenz macht, nämlich die Larve der Marienfliege, dieses arten, goldgelben Geschöpfes, das zur Winterruhe oft einen Unterschlupf in unseren Wohnungen sucht.

Die Marienkäferchen sind nicht sonderlich nervös und schreckhaft. Wenn man ihnen oder doch einmal sehr quer kommt, bleiben sie wohl auch für ein Weilchen wie tot liegen. „Sie sind schlau; sie stellen sich tot“, sagt der Volks Glaube.

Der unergleiche französische Insektenforscher Fabre aber hat mit diesem Märchen von dem listigen Schichtknecht der niederen Tiere gründlich aufgeräumt. Er hat bewiesen, daß die Tiere einfach vor Schreck starr werden, sich aber schließlich davon machen, wie sie wieder zu sich kommen. Das Marienkäferchen sondert bei der Schreckstarre, bei der es seine Extremitäten fast wie eine Schildecke einzieht, auch eine gelbliche Flüssigkeit ab, sein Blut. Es schmeißt Blut in des Vorties verwegenster Bedeutung. Und bei ihnen riecht's nach Opium und Schmeißbitter. Vielen Tieren, und gamal Vögeln, ist es deshalb sehr unangenehm. Und so haben sich die Tieren in ihrer jahrhundertlangen Entwicklung in ihren bunten Häuten eine nützliche Schreckfärbung angeeignet. Hat sich einmal ein unerfahrener Jungvogel an einem Marienkäferchen vergriffen und den bitteren Saft zu schmecken bekommen, so sagt er gewiß „Pfui Teufel!“, wenn er das rotzuckrige Tierchen wieder sieht.

Inzwischen krabbeln die Käferchen an meiner Fenster-scheibe weiter auf und nieder und möchten gar zu gerne hin- und in die Frühlingssonne. Schneeflocken zu kalten und während des Jahres ihr wertvolles Geschlecht noch in zwei bis drei Generationen — sie sind sehr fruchtbar — fortzupflanzen. Wie könnte ich geistlos bleiben für ihre Not, für den Insektentritt ihres Daseins: Appetit und Liebe. Mit der Färbung meiner Kieffeder, die mir so oft als Redrücken dient und deshalb längst ihrer schneeigen Weiße verlustig ging, lehre ich deshalb die ganze Gesellschaft auf ein Blatt Papier und entlasse sie ins Freie. Schnell haben sie die bunten Flügelbedecken, entfallen die häutigen Flügel und eines nach dem anderen folgt deranget von ihnen. Ich gebe ihnen den aufrichtigen Wunsch mit auf die Reise: „Seid fruchtbar und meidet euch, und räumt tüchtig auf unter dem Louisevill, das mir meine schönen Rosen und meine lederen Dilettanten schädigt.“

tausende von Zentnern Fleisch nach den Vereinigten Staaten liefern, von den Chicagoer Schlacht- und Verbandsfirmen beherrscht werde, die nach dem Bericht bei weitem den größeren Teil des Geschäftes in Händen hätten.

Luftfahrt.

Absturz zweier Militärflieger. Höchst a. M., 10. März. Bei Eddersheim stürzte heute vormittag ein mit zwei Soldaten besetzter Doppeldecker der Koblenzer Fliegerschule infolge schlechter Windverhältnisse aus beträchtlicher Höhe ab und wurde vollständig zertrümmert. Der Führer, ein Unteroffizier, ist aus etwa 20 Meter Höhe abgesprungen; er blieb unverletzt. Auch der Begleiter trug keine Verletzung davon.

Eine Dame als Passagier bei einem Sturzflug. London, 19. März. Fräulein Fogler, die Schwiegertochter Winston Churchills, unternahm gestern als Passagierin des Fliegers Hamels einen Flug, wobei mehrere vorzüglich gelungene Looping the Loops ausgeführt wurden.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Aus dem Altstadt-Verein.

Wie der Jahresbericht, der in der vorgestrigen Hauptversammlung des Bezirksvereins „Altstadt“ im „Frankfurter Hof“ zur Beratung stand, ausführt, hat es sich der Verein angelegen sein lassen, die Interessen seiner Mitglieder, insbesondere derjenigen seines Bezirks, zu vertreten und zu fördern. Mannigfache Wünsche und Anregungen, die zur Verbesserung des Straßenbildes, des Verkehrs, der Verkehrsmittel, der Straßenbeleuchtung, ferner zur Verschönerung von Plätzen oder Straßenteilen, sowie der Zuführung von Licht und Luft in die beengte Altstadt (Niederlegung der „alten Mose“) dienen sollten, wurden an die städtischen und staatlichen Behörden gerichtet und auch zum guten Teil, soweit es eben die derzeitigen Verhältnisse namentlich in finanzieller Hinsicht gestatten, erledigt. Die Wünsche bezüglich der Verkehrsverbesserung, der sachgemäßen Anordnung von Wohnungs-Erweiterungsarbeiten, der Aufstellung von schützenden Bauscheiben usw., die an die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft gerichtet wurden, seien jedoch unberücksichtigt geblieben. Der gedruckte vorliegende Jahresbericht wurde von dem ersten Vorsitzenden Kaufmann H. Adolf Wegmann eingehend erläutert. Der vom Kassierer Dr. phil. Karl Erich erhaltene Kassensbericht verzeichnet 462 M. Einnahmen und 398 M. Ausgaben und weist einen Vermögensbestand von 1840 M. nach. Die Zahl der Mitglieder beträgt 221. Dem „Verschönerungsverein“ werden 50 M. und der Armenverwaltung für Kohlen und für Frühstück für arme Kinder je 25 M. überwiesen. Die Neuwahl des Vorstandes hatte das Ergebnis, daß die bisherigen Mitglieder wiedergewählt und für den verstorbenen Kaufmann Johann Bergmann sowie den freiwillig auscheidenden Fabrikanten Peter Rindshofen Nachfolger Karl Ernst und Architekt Emil Thomaus neu gewählt wurden. Zur Beratung stand hierauf zunächst eine vom Nord-Ost-Verein angeregte anderweitige Regelung der Einschöpfung der unbebauten Grundstücke. Es wurde bemerkt, daß die Taxen nach dem gemeinen Wert für die gegenwärtige Konjunktur zu hoch seien und deshalb die Festsetzungen als Wertbemessung für den Grundsteuerertrag in Geltung treten soll. Hiergegen wurde jedoch angeführt, daß durch eine allgemeine Herabsetzung der Taxe eine Wertverminderung des Immobilien eintreten würde, was auf die hypothekarische Belastungsfähigkeit nicht ohne Einfluß bleiben würde und der Stadtverwaltung Veranlassung geben könnte, den Grundsteuerertrag zu erhöhen. Die Angelegenheit soll nochmals in gemeinsamer Beratung der Bezirksvereinsvorstände mit dem Haus- und Grundbesitzer-Verein durchgesprochen werden. Hotelbesitzer Walter wies bei dieser Gelegenheit an Hand einiger Beispiele darauf hin, daß die Stadt die Taxe willkürlich herabsetze, wenn sie selbst als Käufer der betreffenden Grundstücke in Frage komme. Nach einer Beschreibung der Verhältnisse und der Verhältnisse in der Basemannstraße, die immer noch der dringenden notwendigen Verbesserung harret, wurde das Thema der neuen Linienführung der Straßenbahnen behandelt. Der Altstadt-Verein steht hier gemeinsam mit dem Nord-Ost-Verein, der in der Versammlung durch mehrere Vorstandsmitglieder vertreten war, auf einem anderen Standpunkt, als der Süd-Verein. Er protestiert gegen die beabsichtigte Linienführung der Sonnenberger Straße durch die Wilhelmstraße und einen vermehrten und verlängerten Verkehr auf der Sonnenasse, der die ohnehin sehr beschränkte Passage in der Langgasse für den übrigen Fußgänger- und Radverkehr noch mehr behindern würde. Das Sonnenberger Verkehrssystem würde außerdem vom Verkehr nach der Altstadt abgeschnitten sein. In diesem Sinne soll beim Magistrat Einspruch erhoben werden.

Der Dank des Kaisers. Dem Herrn Oberbürgermeister ist auf ein an den Kaiser gerichtetes Glückwunschtelegramm zur Geburt eines Thronfolgers in Braunschweig folgende Drahtantwort von Seiner Majestät zugegangen: „Berlin, Schloß, 19. März. Meinen besten Dank für die freundlichen Glückwünsche meiner Residenz Wiesbaden zu dem frohen Familienereignis in Braunschweig. Wilhelm R.“

Naturhistorisches Museum der Stadt Wiesbaden. Die Sammlungen des Naturhistorischen Museums bleiben vom 23. März ab wegen Abhaltung der Hauptversammlung des „Vereins für nassauische Altertums- und Geschichtsforschung“ am 25. und des Jahresfestes des „Nassauischen Vereins für Naturkunde“ am 28. d. M. im Vortragssaal des Museums bis auf weiteres geschlossen. Hingegen sind die Neuwerbungen des Landesmuseums nassauischer Altertümer am 26. und die des Naturhistorischen Museums am 29. März, jeweils von 11 bis 1 Uhr, im Vortragssaal (1. Stock) zur öffentlichen Besichtigung ausgestellt.

Missionsfeier. Das Missionsfest der Missionsvereine 1 und 2 (für Basel), das im Evangelischen Vereinshaus stattfand, nahm einen erhebenden Verlauf. Aus den Berichten der Vorstände dieser Vereine ging hervor, daß auch im letzten Jahre mit viel Treue und Hingabe gearbeitet worden ist. Auch konnten namhafte Beiträge für das Missionsbüchlein

in Basel, zur Erziehung von indischen Mädchen, für die Frauenmission, ärztliche Mission und die Mission in Kamerun aufgebracht werden. Im Mittelpunkt der Feier standen die beiden gehaltenen Ansprachen von Generalsuperintendent Ohly und Missionsinspektor Held. Zur Verschönerung des Festes trug der Vortrag von Chor- und Sologängern bei.

Studentische Volkshochschule Wiesbaden. Nach dem Jahresbericht 1913 (7. und 8. Jahrgang), dauerten die beiden Lehrgänge (Ost- und Herbst-Lehrgang) vom 10. März bis 19. April und vom 11. August bis 11. Oktober. Sie fanden allabendlich in der Woche von 8½ bis 10 Uhr in der Blücherstraße statt. Es beteiligten sich im Berichtsjahr insgesamt 273 Personen (Ostern 188 und Herbst 105) mit 374 Einzelnahmen (1912: 258 Personen mit 406 Einzelnahmen). Es ergaben sich Einnahmen für Deutsch, Rechnen, Schönheitspflege, Erdkunde, Naturkunde, Buchführung und Literatur. 187 Teilnehmer (115 + 72) besuchten je einen Kurs, 60 (38 + 21) je zwei und 17 (15 + 2) je drei Kurse. Im Ostern waren Deutsch und Rechnen in je zwei, im Herbst Deutsch Rechnen in drei Stufen geteilt. Deutsch bedurfte keiner Teilung, da die Teilnehmerzahl sehr gering war. Den Unterricht leiteten 14 Studenten (1 Jurist, 3 Mediziner, 7 Philosophen, 3 Mathematiker und Naturwissenschaftler, 1 emer. Reallehrer und 1 Beamter. Außerhalb des Unterrichts fanden Veranstaltungen verschiedener Art statt. Die Bucherei enthält jetzt 80 Bände. Die Benutzung durch die Teilnehmer war wieder sehr reger. Die „Hörervereinigung“ hat ihre Arbeit erfolgreich fortgesetzt. Im Sommer wurden verschiedene Ausflüge in den Taunus unternommen, im Winter mehrere Vorträge und Besichtigungen veranstaltet. Nach der Kassenübersicht betragen die Einnahmen 314 M., die Ausgaben 297 M. 9 Pf., der Überschuß 17 M. 91 Pf.

Die „Jugenddeutschland-Jugendwehr“ hielt Samstag, den 14. d. M., im „Deutschen Hof“ einen Vortragsabend ab. Der Vorsitzende, Leutnant d. R. Böning, gab in seiner Eröffnungsansprache die Richtlinien der vaterländischen Jugendpflege bekannt. Im Anschluß sprach Herr Hauptmann a. D. Schimpf aus Marburg über Wappentunde und im besonderen über „Der Adler“. Der Vortrag war das Ergebnis einer in fünf Jahren mit großem Fleiß durchgeführten Forschungsarbeit und wurde durch die Vorführung der reichen Sammlung von Anschauungsstudien wesentlich belebt. Der Redner erntete lebhaften Beifall. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied: „Deutschland, Deutschland über alles!“ fand der schön verlaufene Abend seinen Abschluß.

Aus den Tiefen des Meeres werden die Reform-Kino-Vorführungen (Schwalbacher Straße 57) abh. Freitag und Samstag Bilder bringen, die fesselnde Einblicke in die eigenartige Welt jener Lebewesen gewähren, die Pflanzen scheinen und Tiere sind. — In der nächsten Woche wird dann die Befreiung der Schweiz und die Sage von Wilhelm Tell gezeigt werden, und zwar wird der Film schon von Dienstag ab laufen, da die Schönheit der Szenerie und das vollständige Thema auf Interesse in den weitesten Kreisen rechnen kann. Begleitende Vorträge finden jedoch nur Freitag und Samstag zu den gewöhnlichen Zeiten statt.

Übungsabend. Der Vorstand der Jugenddeutschland-Jugendwehr beabsichtigt, Samstag, den 21. März, einen Übungsabend abzuhalten. Beginn 8½ Uhr abends im „Deutschen Hof“, Goldgasse 4. Bei dieser Gelegenheit soll Auskunft gegeben werden über die Aufgaben und Ziele der Jugendpflege an der schulentlassenen männlichen Jugend. Eltern, Arbeitgeber und Lehrherren sowie die Eltern der Ostern zur Entlassung kommenden Schüler dürften Gelegenheit finden, sich durch Besuch des Abends über ungeklärte Fragen der Jugendpflege zu unterrichten.

Verurteilung. Vor kurzer Zeit wurde in einem Vortrag von einer Dame sehr warm der Beruf der Friseurin empfohlen, weil hier noch ein gefährliches Fortkommen sei. In Wirklichkeit ist dieser Beruf der Hausfrau ein sehr armer. Für 2,50 M. bis 3 M., selten mehr im Monat, haben sie die Köpfe der Damen zu bearbeiten. Man braucht hier kein großer Regenschirm zu sein, um herauszurechnen, daß ihr Verdienst kaum ausreicht für Kleider und Schuhe. Aber auch mit Jungen, die den Friseurberuf erlernen sollen, muß man vorsichtig sein. Gar häufig hört man die Worte, der Junge ist etwas schwach zur Erlernung eines anderen Handwerks, er mag Friseur werden. In Wirklichkeit werden an einen Friseur große Anforderungen gestellt, und vor allem junge Leute, die kein angenehmes Aushere haben oder mit irgend einem anderen körperlichen Fehler behaftet sind, sollten nicht Friseur werden.

Uhu! — da kommen sie; Judia! — da sind sie da; Valmarum! — da singen sie traurig! Mit den ersten Frühlingstagen und Wärmelicht stellt sich eine der geistigsten Feiertagsarten der niederen Jagd, die Schnepfe, ein. Sie kommt aus ihrem Winterquartier, dem warmen Italien und Kleinasien, um im hohen Norden Europas und Asiens ihre Sommerresidenz zu beziehen. Bei ihrem Durchzug durch unsere Gegend zieht oder „streichet“ sie in der Morgen- und Abenddämmerung gewöhnlich an Waldrändern und Tälern hin. Der Jäger liegt dem Jagen dieser Vögel, das er „Schnepfentrich“ nennt, mit besonderem Vergnügen ob. Er schießt sie teils beim Strich aus der Luft heraus, teils läßt er sie durch Scherhunde von ihren Ruheplätzen aufjagen, um sie dann zu erlegen, teils fängt er sie in Netzen und Schlingen. Das Fleisch der Schnepfe, das einen schmackhaften Braten liefert, wird sehr geschätzt, noch mehr aber der Schnepfendreck, das sind die mit großen Mengen von Eingeweiden versehenen Gedärme, diese bilden, gewiegt und mit Gewürz auf Brotstücken gebaden, eine besondere Delikatesse für Feinschmecker.

Gegen die „Schönen“ der Wälder erklärt Bürgermeister Wassermann-Jordan in Deidesheim heute eine sehr nachdenkliche Rede in einer amtlichen Bekanntmachung. Der Bürgermeister fordert jedermann, namentlich die Jugend und die Touristen, auf, mitzuwirken, daß im kommenden Frühjahr alles Blühende, besonders die Rosen, die Mandelblüten und die Zweige mit Weiden- und Haselnussblättern, nicht sinn- und zwecklos abgerissen, um dann nach ein paar Stunden oder Tagen auf den Rekruthäufen geworfen zu werden. Mit diesen „Käpfen“ werden den Wäldern ihre erste Nahrung und den Leuten die Freude an der Natur geraubt. Die betreffenden Handlungen qualifizierten sich als Feldbeschädigung. Von dem Mangel an Aufseher kommt des weiteren die Überhandnahme der Schädlinge.

Die spanischen Schachspieler werden eben wieder ihre Reimuten aus dem Dumme zu fangen und zu rufen. So erhielten dieser Tage mehrere hiesige Einwohner die bekannten Briefe, in denen der angeblich wegen Bankrotts im Gefängnis sitzende Absender die Adressaten bittet, nach Madrid

zu kommen und dort seine Prozeßkosten zu bezahlen, wodurch eine vom Gericht beschlagnahmte Handtasche freigegeben würde, in der sich ein Gepäckchen befände. Mit diesem Gepäckchen soll dann der angeblich auf einem französischen Bahnhof lagernde Reisepass des Briefschreibers eingelöst werden. In diesem Koffer sind natürlich 800 000 Franken verborgen, die der glückliche Kontrahent beiseite schaffen konnte. Dem Empfänger des Briefes wird nun grobmutig, wie bekannt, ein Drittel dieser Markensumme versprochen, wenn er den Wunsch des Absenders erfüllt. — Allem Anschein nach lohnt sich noch immer diese Spekulation auf die Dummheit, sonst würde der alte Schwindlertrick nicht immer wieder erneuert werden.

Personal-Nachrichten. Aktuar Reist dahier ist zum Amtsgerichtssekretär beim hiesigen Amtsgericht ernannt. — Assistent Bire in Frankfurt ist als Amtsgerichtssekretär an das Amtsgericht in Höchst, Amtsgerichtssekretär Gernmel in Höchst nach Frankfurt, Amtsgerichtssekretär Tennstedt in Neuwied als Landgerichtssekretär nach Wiesbaden, und Amtsgerichtssekretär Hartwig in Witten an das Amtsgericht in Frankfurt versetzt. — Aktuar Hartmann in Frankfurt ist zum Amtsgerichtssekretär in Witten ernannt. — Amtsgerichtssekretär Casparh in Wesen ist an das Amtsgericht in Idstein, Aktuar Bach in Wies als Amtsgerichtssekretär nach Wesen versetzt.

Fremdenverkehr. Graf v. Kanitz, Rittmeister und Stadtrath im 2. Bismarck'schen Infanterie-Regiment Nr. 9 (Bannion-Demmin), ist hier angekommen und in der Königl. Wilhelm-Heilanstalt abgehoben.

Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultus-gemeinde. (Synagoge: Michaelsberg.) Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Freitag: abends 8½ Uhr, Sabbat: morgens 9 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 7½ Uhr. Gottesdienst im Kleinerebels: Sabbat: morgens 7½ Uhr, abends 8½ Uhr. Die Gemeindefriedhof ist geöffnet: Sonntagvormittag von 11 bis 12 Uhr, Dienstagvormittag von 6 bis 8 Uhr. **Alt-Israelitische Kultusgemeinde.** Synagoge Friedhofstraße 33. Freitag: abends 6¼ Uhr, Sabbat: morgens 8¼ Uhr, Vortrag 10¼ Uhr, Jugendgottesdienst nachmittags 2¼ Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 7½ Uhr. Sabbat: morgens 7 Uhr, abends 6 Uhr.

Talmud Thorah-Verein Wiesbaden. Kerkstraße 16. Sabbat-Eingang 6.15, morgens 8.30, Musaf 9.30, Vortrags nach Musaf 10, Schur 5, Mincha 6, Ausgang 7.30. Sabbat: morgens 7, Mincha und Schur 6, Musaf 7.30.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Wandendes.

Königliche Schauspiele. Heute abend gelangt Gerhart Hauptmanns jüngste dramatische Arbeit „Der Hagen des Odo“ zur Aufführung. Den „Odo“ spielt Herr Gierich. In den übrigen Hauptrollen sind die Damen Behnhammer, Carlsen, Gaus und die Herren Albert, Lehmann, Reiblos, Rados, Schneeweiß, Schöck, Jollin beschäftigt. Die Regie führt Herr Vogel. — Am 8. April wird Schiller's „Wilhelm Tell“ wieder in den Spielplan aufgenommen; danach beginnen die Vorbereitungen für das fünfaktige Schauspiel „Der einsame Berg“ von Arthur Schnitzler.

Kurttheater. Heute Freitag und morgen Samstag wird der letzte Militärabend „Der Millionenrekord“ wiederholt und nicht, wie gemeldet, „Hilfsleistungen“. Am Sonntag findet bekanntlich die Premiere des Stoffes „Der Doppelgänger“ (oder „Der Lumpenball“) von Wilhelm Jacoby statt. Nachmittags 8½ Uhr wird zu kleinen Preisen „Das Hiesigstehen“ zum letztenmal gegeben.

Wiesbadener Künstler auswärts. Gottfried Hagedorn, ein Wiesbadener Kind, jetzige Mitglied des Oberfelder Stadttheaters, wurde nach erfolgreichem Probefestspiel am 1. September d. J. für 1. Jahr auf 3 Jahre an das Hoftheater in Karlsruhe verpflichtet.

Mitteilungen aus dem Geschäftsleben.

(Für Redaktion wie Verlag unverantwortlich.)
Erlauben Sie sich i. d. Drogerie Nassenheimer, 10. Bismarckstr., Tel. 820, n. d. neuen Baufortreinigungsmittel.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

y. Sonnenberg, 19. März. Bei den diesjährigen Ergänzungswahlen zur Gemeindeverwaltung wurden gewählt in der 8. Abteilung Landwirt Karl Philipp Wagner mit 152 und Steinroder Karl Wintermeyer mit 153 Stimmen. Die Gegenkandidaten der Arbeiterpartei erhielten je 89 Stimmen. In der 2. und 1. Abteilung waren gegenkandidaten überhaupt nicht aufgestellt. Es wurden gewählt Hüttenbrenner Adolf Schmidbrenner und Landwirt Karl Christian Pfeiffer mit je 50 Stimmen; in der 1. Abteilung erhielten Oberkassier Dr. Guesler und Rentner Franz Semmer je 12 Stimmen. — Die diesjährige Frühjahrs-Kontrollversammlung der Kontrollpflichtigen der Gemeinde Sonnenberg findet am Montag, den 20. April, vormittags 9 Uhr, im Saal des Gastlokals „Sonnenberg“, Westramstraße 3 in Wiesbaden, statt. — Die Liste über die zur Willkürfeuerwehr gehörigen männlichen Personen des hiesigen Gemeindebezirks liegt zurzeit aus. Feuerwehrlustige sind diejenigen, welche in den Jahren 1879 bis 1889 einschließig geboren sind. Gefühle um Abkündigung von der Feuerwehrlust sind schon jetzt einzureichen, damit Bestrafungen wegen Verfalls der Abkündigung vermieden werden.

el. Aus dem Dekanat Wallau, 16. März. Die Kirchenkollekte im Jahre 1913 betrugen 1435,30 M. Diese verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Gemeinden: Driedenbergen 443,36 M., Dellenheim 254,42 M., Breidenheim 169,38 M., Hochheim 186,94 M., Nordend 127,78 M., Jagd 109,38 M., Wallau 100,48 M. und Wallenheim 64,30 M. Die Anstalten, für die Kollekte eingeammelt wurden, sind folgende: Jerusalemverein, Soldatenfürsorge, Rheinische Missionsgesellschaft, bedürftige Gemeinden, Jungfrauenvereine, Seemannsmission, Rettungshaus bei Wiesbaden, Nationalspende, Gefängnisverein, Herbergsverband, Deibel, Diasporagemeinden, ärztliche Mission, Hoffnungstal, Evangelisch-lutherischer Hilfsverein, Gustav-Adolf-Verein, Paulinenstift, Banjaluka, Elisabethenstift, Ärmel Mission und Jüdischenanstalt Scheuern.

Nassauische Nachrichten.

Der überlistete Vaterlandsverteidiger in spe.

ht. Aus dem Taunus, 13. März. Bei dem augenblicklichen Musterungsgebot in einem Taunusstädtchen beteuerte ein militärfeindlicher Bauernburche dem untersuchenden Stabsarzt fortgesetzt seine absolute Militäruntauglichkeit mit der Begründung, daß er erheblich schwächer sei. Die darauf sofort vorgenommene Untersuchung schien das auch zu bestätigen, denn der Burche war nicht imstande, Worte, die in der Nähe gesprochen wurden, zu verstehen, selbst, wenn man sprach. Arzt und Burche sahen sich verständnislos an. Da folgte der gewiegte Militärarzt plötzlich ganz, ganz leise: „Frei! Beurlaubt!“ Und blitzeschnell fuhr der „Schwächer“ nach links herum und eilte dem Hintergrund zu. Aber ebenso schnell stellte man seine Tauglichkeit auch „von wegen der schlechten Ohren“ fest und setzte den jungen Mann zur Artillerie an; denn hier kann er wenigstens das Donnern der Kanonen nicht überhören.

k. Höchst a. M., 17. März. Die Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft nach dem Muster der Frankfurter Volksbau- und Spargenossenschaft

wurde hier in einer gestern abend stattgefundenen, gut besuchten Versammlung in die Wege geleitet. Das Referat hatte Herr Dr. Kuhn vom „Sozialen Museum“ von Frankfurt. Der Vorsitz führte Beigeordneter Dr. Herz. Da hier schon seit Jahren große Wohnungsnot herrscht, so wurde die Gründung einer gemeinnützigen Bauvereinsgesellschaft m. b. H. zur Errichtung von 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen empfohlen. Eine Kommission ist mit der Ausarbeitung der Statuten betraut. Die konstituierende Versammlung wird in 8 Tagen stattfinden.

n. **Weilburg, 17. März.** Zur Krankenversicherung der städtischen Beamten usw. hatte der Magistrat folgendes beschließen: Den endgültig angekauften Beamten wird in Krankheitsfällen ihr Gehalt weiter gezahlt, den einstellenden Angehörigen, deren Gehalt 2000 M. nicht übersteigt, wird das 1/2-fache Krankengeld gewährt. Dieser Beschluss bezieht sich aus auf die zukünftig Anzustellenden und hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1914 ab. Das gleiche gilt für die Lehrer und Lehrerinnen an der höheren Mädchenschule. Lehrern oder Lehrerinnen an der Volksschule wird nachweislich entbehrte Krankheitsbeihilfe im Sinne der RVO. oder der 1/2-fache Betrag des Krankengeldes bewilligt. Weiter übernimmt die Stadt für den Gemeindefiskus die Gewährleistung nach § 189 der RVO. und ist bereit, die Beiträge zur Krankenversicherung nach dem Anteil ihrer Wohnfläche zu tragen. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß entsprechend dem Magistratsantrag. — Der städtische Etat für 1914 beläuft sich in ordentlichen Einnahmen und Ausgaben mit 315 000 M., in außerordentlichen mit 19 230 M.

s. **Altenkirchen (Westerwald), 17. März.** Das hier erstehende Mädchenherbergsheim ist so weit gefördert, daß seine Einweihung am 22. Juli erfolgen kann. — Die Stadt hat die Erbauung eines Hauses für die höhere Schule beschlossen. Als Wohnplatz soll ein Grundstück an der Frankfurter Straße für 14 000 M. angekauft werden. — Die Stadt feiert in diesem Jahre ihr Jubiläum des 600-jährigen Bestehens. Sie erhielt zusammen mit Hachenburg von Kaiser Maximilian 1314 Stadtrechte. Eine Denkschrift über die Stadt von 1314 wird demnächst erscheinen.

s. **Westerwald, 17. März.** Zur Bahnfrage haben verschiedene Körperschaften des Westerwaldes Stellung genommen. So haben der Kreisverband vom Kreis Siegen und der Verkehrsverband der Siegerer Handelskammer für den Bau der Linie Burbach-Merxhausen mit Abzweigung über Hof nach Hachenburg sich ausgesprochen. Der Kreisverband von Altenkirchen befürwortet die Linie Daden-Hell-Alt-Kirchen. Der Kreis Altenkirchen hat sich ebenfalls für den Bau der Kreisbahn Siegen-Hell-Nauroth ausgesprochen. Für die Fortführung dieser Strecke nach Hachenburg wird in letzterem Ort sehr ansehnliche Bewilligung erteilt. Doch kann das nicht, da diese Linie aller Wahrscheinlichkeit nach in Hachenburg Anschluss finden wird.

Aus der Umgebung.

Versuchs- und Vergleichspflanzungen.

6. **Mainz, 18. März.** Der Deutsche Pomologenverein beabsichtigt, im Deutschen Reich Versuchs- und Vergleichspflanzungen anzulegen. Es sollen besonders Sauerkirschen, Stachelbeeren, Aprikosen, Zwetschen, Pflaumen und schwarze Johannisbeeren angelegt werden. Im Kreis Mainz sollen speziell wegen seiner günstigen klimatischen Lage Aprikosen und Stachelbeeren angelegt werden. Es wurde anlässlich der Landwirtschaftlichen Woche nun der definitive Beschluss gefasst, mit den Versuchs- und Vergleichspflanzungen auch im Großherzogtum Hessen zu beginnen. Zu Abteilungsversprechungen in Hessen wurden gewählt die Kreisobstbauinspektoren Schäfer (Mainz) und Margarin (Worms).

w. **Frankfurt a. M., 19. März.** Im April findet eine vom Frankfurter Verband für Säuglingsfürsorge im alten Sendenbergschen Museum veranstaltete Ausstellung „Mutter und Säugling“ statt. Der Verband bittet um entgegen anderen Mitteilungen festzustellen, daß infolge dessen an einen Abbruch des alten Gebäudes vor Mai nicht zu denken ist.

— **Offenbach a. M., 19. März.** Im Alter von 62 Jahren nach Musikdirektor August Wülfel, der Dirigent des Sängerkorps des Turnvereins in Offenbach. Bekannt machte er sich namentlich als Männerchorleiter, dem es gelang, den ihm anvertrauten Turnverein zu mehrfachen, auch anlässlich des vorjährigen Weltfestes um den Kaiserpreis allseitig rühmlichst anerkannter Leistungsfähigkeit heranzubilden.

Sport und Spiel.

* **Herrnrennen in Auteuil, 19. März.** Prix Reueue. 2000 Fr. 1. A. Bell-Parade (Koton 2) (Vorfreudent), 2. Continental, 3. Ront Poram. 22:10; 15. 23. 25:10. — Prix de Madrid. 9000 Fr. 1. G. H. Viennet, Scott 2 (Dob), 2. Valeria 2, 3. Saint Nom. 14:10. — Prix de Bordeaux. 10 000 Fr. 1. Lepetit (Hine Coud) (Vovors), 2. Er Rapiot 3. Manturbe. 30:10; 21. 30:10. — Prix Grandmaitre. 4000 Fr. — Comte F. S. Serpenteau (Amosier), 2. La Vileire, 3. Dode. 31:10; 19. 20. 21:10. — Prix Nanville. 4000 Fr. 1. Semelles (Gloppier) (Gawfins), 2. Esillon, 3. Etall. 70:10; 29. 23:10. — Prix Auguste. 4000 Fr. 1. Thores Preisbante (Verab), 2. Cendre des Ebene, 3. Montfray. 18:10; 10. 12:10.

* **Turnerisches.** Der diesjährige (78.) Kreisturntag des A. (Mittelrhein.) Kreises wird am Sonntag, 22. März, in der Festhalle in Pingen abgehalten; eine Kreisausschussung findet am Samstag ebenfalls statt.

ht. **Feldbergfest-Turntag.** In der Turnhalle des Wodenheimer Turnvereins „Vorwärts“ fand in Gegenwart der Vereine des Mittelrheintalturnfestes der deutschen Turnerschaft der vorbereitende Turntag für das diesjährige Feldbergfest statt. Oberturnwart Münch (Hachenburg) wurde für seine 25-jährigen Dienste im Interesse des Festes mit einer Ehrennadel ausgezeichnet. Der Antrag der Turngesellschaft Oberursel um Einführung des Jugendturnens bei den Feldbergfesten wurde abgelehnt, ebenso der Antrag Hanau (Turngemeinde) auf Gewährung des Mittelturnrechts des Turntags bei der Auswahl der Übungen. Das diesjährige Feldbergfest findet am 26. Juli statt; das Fest 1915 soll am letzten Juli-sonntage abgehalten werden, vorausgesetzt, daß an diesem Tage nicht das Kreistfest gefeiert wird. In diesem Falle wird der Termin um 14 Tage früher gelegt. Für das diesjährige Wettturnen bestimmte man folgende Übungen: Ränkekampf, Weithochsprung, Stabhochsprung, Steinstoßen, 100-Meterlauf und eine Ränkeübung. Als Mindestzahl beim Wettturnen gelten 66 Punkte. Der Ränkekampf um den Ränkepreis soll mit dem für das Einzelwettturnen vorgesehenen Ränkepreis verbunden werden. Insgesamt müssen mindestens 240 Punkte bei diesem Turnen erreicht werden. Der vom Oberturnwart gestiftete Jahrschuld kommt in einem Eisbaterlauf zum Austrag. In den diesjährigen Feldbergfest-Ausschuss wurden gewählt: Philipp Möbig (Mödelheim) als Vorsitzender, Theo Heber (Mödelheim) als Obmann, Adolf Münch (Hachenburg) als Oberturnwart, Wilhelm Baumann (Oberursel) als Schriftwart und Fritz Engel (Wiesbaden) als Beisitzer.

ar. **Weltrekord für Motorboote.** Auf der Seine bei Paris stellte der bekannte französische Motorboot-Konstrukteur Despujols mit einem neuen für Monaco bestimmten Gleitboot einen neuen Weltrekord auf, indem er über eine mehrmals

abgefahren Strecke von 500 Meter eine durchschnittliche Stundenleistung von annähernd 117 Kilometer erzielte. Der Weltrekord stand auf 94 Kilometer und wurde gleichfalls von einem Despujols-Boot gehalten.

* **Regeln.** Bei dem im Mai d. J. stattfindenden Frühjahrs-Preisfest der Reglervereinigung in Frankfurt a. M. wird zum erstenmal das sogenannte Gruppenfest eingeführt. Zu diesem Zweck werden die Mitglieder in zwei Gruppen eingeteilt. Die in diesem Jahre erfolgreichsten Regler beider Gruppen bilden im nächsten Jahre Gruppe 1. Die Nichterfolgreichen treffen sich dann in Gruppe 2. — Ende vorigen Monats starb in New York der speziell in Reglerkreisen sehr bekannte Herr G. Feldmann, ein geborener Vuhbacher, im Alter von 72 Jahren.

* **Frühjahrsfest des Gau 9 D. M. B.** Der Gau 9 des Deutschen Radfahrer-Bundes hielt in Offenbach unter dem Arrangement des Offenbacher Reichsclubs seinen Frühjahrsfest ab. Am 10. März fand im „Hotel Deutscher“ die Delegiertenversammlung statt. Der 1. Gauvorsitzende Aug. Stiffert eröffnete den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl mit 2008 ist etwa die gleiche wie voriges Jahr. Die Zahl der Vereine beträgt 50. Gauvorsitzender Georg Schmidt berichtete über die ansehnlichen Leistungen für das Reichsfest in der Kategorie 5-9, über die vom Gau 6 zu veranstaltende Vereinsfesten Frankfurt-Strasbourg und über die Beteiligung der Bundesmitglieder bei der Olympiade 1916. Die vom Bund neugestiftete 500-Kilometer-Bundeswanderfahrt soll in Verbindung mit der Gau-Zugend-Ferienfahrt 21. bis 23. Juli unter Leitung des Gauvorsitzenden O. Strauß-Gauau nach den Rotor-Schlachtfeldern führen. Der frühere langjährige Gauvorsitzende Karl Schmidt-Darmstadt wurde in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenmitglied des Gau 9 ernannt.

Neues aus aller Welt.

Aur Affäre des Grundstückspekulanten Schiffmann. Berlin, 19. März. Die Beschwerde der Frau Staatsanwältin Hirsch gegen ihre Verhaftung infolge der Affäre des Grundstücksspekulanten Schiffmann ist jetzt vom Straßengericht des Kammergerichts als unbegründet zurückgewiesen worden. Auch das Kammergericht hat in seiner Entscheidung über die Haftbeschwerden zum Ausdruck gebracht, daß bei der Verhaftung der Frau unter Randmordverdacht, Saarbrücken, 19. März. Unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Offenbacher Raubmord wurde die Ehefrau Heinrich Müller in Gersheim, eine Tochter des Ermordeten Peter März, verhaftet.

Die schwarzen Boden. Hameln, 19. März. Auf der Domäne Schiebei bei Blomberg in Lippe sind unter den polnischen Arbeitern die schwarzen Boden ausgebrochen. Ein Arbeiter, der gestern gestorben ist, wurde sofort beerdigt. Ein anderer Erkrankter der polenverdächtige ist, fand im Krankenhaus von Detmold Unterkunft. Die Domäne ist polizeilich abgesperrt worden.

Schwindereien einer falschen Krankenschwester. Hirschberg, 19. März. Die Frau eines Oesterreichers, namens Reichs, wurde verhaftet, welche es verstanden hatte, als angebliche Krankenschwester von einem Berliner Rentier während 1 1/2 Jahren ca. 21 000 M. zu erschwindeln. Gleichzeitig wurde ihr Mann unter dem Verdacht der Beihilfe verhaftet. Das Paar wohnte jetzt in Moskau in Sachsen mit vier Kindern, während der Betrügerin hatte es seinen Wohnsitz in Nichtenrade bei Berlin.

Des „Bauernschreck“ Ende. Graz, 17. März. Der am 5. März bei Waldenhein - Wolfseben in Kärnten erlegte Bauernschreck, ein mächtiger Wolf, hat nun endgültig die Steiermark verlassen und ist wieder nach Wolfseben in das Grazer Gendekische Jagdschloß zurücktransportiert worden. Der Rudrang zu dem in Graz angeketteten Raubtier war enorm; an einzelnen Tagen betrug die Viehschädigung über 20 000. Die Vermutung, er sei bei einem Menagerie-Transport auf der Station Knittelfeld bei Sedau aus einem Wagon ausgebrochen, ist noch nicht bewiesen. Mehr Wahrscheinlichkeit hat die Ansicht, es handle sich um einen Balkenwolf, der die Kriegswunden auf dem Balkan bei schmälerer Kost nicht mehr länger mitmachen wollte und nach dem friedliebenden Oesterreich hinübergewandert. Nach der Größe und dem ganzen Körperbau zu urteilen, dürfte das Tier etwa 6 Jahre alt sein. Da es im Herbst so viele Kinder und Schafe „angriffen“ und im Winter Rehe und Girsche erbeutet hat, so ist es sehr gut genannt. Der Viehschaden betrug nach vorläufiger Schätzung etwa 15 000 bis 20 000 Kronen, der Verlust an Wild durch Zerreißen und Verleihen dürfte noch bedeutender sein. Die vom Ministerium ausgesetzte Schühprämie von 3000 Kronen fällt dem Jäger Paul Steinbauer zu, nachdem Fabrikdirektor Diamant, der dem Tier den Fangschuß gegeben, auf jeden Anspruch verzichtet hat. Auch Graf Denzel als Jagdgrundbesitzer hatte für seine Jäger ein Schußgeld von 1000 Kronen bestimmt, die dem traditions Weidmann zuerkannt wurden.

Unfall des Zugwagens Ostende-Berlin. Brüssel, 19. März. Nach der Meldung eines belgischen Blattes ist der Zugzug Ostende-Berlin auf dem Bahnhof Dolsman auf einen Güterzug gefahren. Ein Passagier wurde getötet und einer schwer verletzt. Der Verlehte ist heute nachmittag wieder aufgenommen worden.

Stiffert. London, 19. März. Die Abendblätter melden: Die englische Schoner „Valder“ von Cork nach Rio de Janeiro, ist heute früh, als sie sich im Schlepptau des deutschen Schleppschiffes „Wulkan“ befand, auf der Höhe von Rio de Janeiro untergegangen. Das deutsche Schleppboot hat die Besatzung des „Valder“ gerettet und ist mit ihr in Rio de Janeiro angekommen. Die Besatzung des „Valder“ bestand meistens aus Deutschen, während der „Valder“ selbst unter englischer Flagge segelte.

Die Epidemie in Trentin. Rom, 19. März. Die Epidemie in der Provinz Trentin hat, wie der „Messaggero“ meldet, bereits 17 Todesopfer gefordert. Die Ursache des Auftretens der Seuche ist noch nicht ermittelt. Um die verheerenden Gegenstände ein Militärkorps abgezogen worden, um die weitere Ausbreitung der Epidemie zu verhindern.

Miseriabler Tod eines deutschen Schiffverwalters in Ancona. Saloniki, 19. März. Vom Schiffe, der Vertreter der deutschen Levante-Linie in Ancona, wurde bei Saloni auf Trabse in der Nähe eines am Strand getriebenen Motorbootes tot, wie es heißt erstickt, aufgefunden und ebenso der das Boot führende Mechaniker. Das Motorboot war von dem Dampfer der Deutschen Levante-Linie „Rennasos“, auf der Fahrt nach Konstantinopel, wie es gemeldet worden war, angedockt worden. Eine Untersuchung ist von der griechischen Behörde eingeleitet worden.

Kühnere Kühle. New York, 19. März. Nach einem Telegramm aus St. Petersburg hat sich die berühmte russische Tänzerin Anna Pawlowna gestern abend beim Tanze der Knöchel gebrochen. Die Ärzte hoffen, den Fuß wieder gänzlich heilen zu können. Jeder Fuß der Tänzerin ist mit 500 000 Mark versichert.

Deutscher Reichstag.

Aus unseren afrikanischen Kolonien.

s. Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach den kurzen Vorferien, die sich das hohe Haus am Königsplatz gegönnt hat, waren die Herren heute nicht sonderlich zahlreich, aber munter und redelustig wieder vereinigt. Zuallererst gab es eine kleine Demonstration. Als der Präsident der Geburt des jüngsten Kaisers in Braunschweig Worte des

Glückwunsches widmete, beendeten die Sozialdemokraten wieder einmal ihre „revolutionäre“ Gesinnung dadurch, daß sie zwar im Saale, aber frampfhaft sitzen blieben. Beim Etat für Ostafrika gab es eine längere Debatte über Schulen und Lehrer und über die Abschaffung der Hausflaverei. Der Abgeordnete Erzberger interpellierte den Staatssekretär über den Gruberlaß, den der vom Preußenbund her so unruhig bekanntgewordene Generalleutnant von Brochem seinerzeit in Dar-es-Salam ausgegeben. Dr. Solf schüttelte den General und seinen Erlaß höflich, aber entschieden ab. Dies hielt Herr Roske nicht ab, Herrn v. Brochem, den „lebenden Leinwand“, noch einmal tot zu reden. Beim Etat für Südwest leitete Herr Solf, der Diamantenpezialist des Zukunftstaates, prompt die unerfreuliche Debatte über die Diamantenregie ein. Der Kolonialverwaltung warf er dabei nicht mehr und nicht weniger vor, als daß sie sich von der Großbankengruppe vollkommen habe leiten lassen und betrügerische Manipulationen geduldet habe. Auf den großen Klob legte der Staatssekretär in erschütterter starker Erregung einen fast noch größeren Keil. Die versöhnliche Note brachten erst der Zentrumsabgeordnete Erzberger und der Volksparteier Waldstein in die Debatte. Beide waren bereit, schon um die geschäftlichen Kreise der Diamantenregie nicht zu fördern, über manche Vorgänge des letzten Jahres den Schleier der Milde und des Vergessens zu breiten. Herr Waldstein nannte sehr hübsch die südafrikanischen Diamanten den Nibelungenjag unserer Kolonien. Nur daß wir nun auch etwas von der Nibelungennot zu fühlen bekämen. Herr Solf erklärte zum Schluß noch, daß er die schweren Angriffe, die man aus seiner Rede heraus hörte, gar nicht habe erheben wollen. Darauf vertagte man sich.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

§ Berlin, 19. März.

Am Bundesratsstisch: Staatssekretär Dr. Solf, braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Boden.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2.23 Uhr mit folgenden Worten: Die Thesen allen bekannt ist, ist die einzige Tochter unseres Kaiserpaars, die Frau Herzogin von Braunschweig und Lüneburg, gestern von einem Prinzen entbunden worden. (Die Abgeordneten, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, haben sich von ihren Plätzen erhoben.) Ich bitte um die Ermächtigung, Seiner Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin sowie dem Herzogpaar von Braunschweig die Glückwünsche des Reichstags auszusprechen zu dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die zweite Beratung zum

Kolonialetat

(Ostafrika) fortgesetzt.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die in afrikanischen Kreisen gegen mich erhobene Beschuldigung wegen meiner Ausführungen über

die Eingeborenenbehandlung

ist völlig ungerechtfertigt. Ich stelle fest, daß ich von allen meinen Behauptungen, die ich über die Behandlung der Eingeborenen im Plenum gemacht habe, kein Jota zurücknehme. Die Beschäftigung der Eingeborenen erfolgt in den allerwenigsten Fällen ordnungsmäßig. Ordnungsmäßige Lohnbücher sind so gut wie gar nicht vorhanden. Was ich über die Verhältnisse gesagt habe, hat schon 1908 Staatssekretär Dernburg bestätigt, als er sich dahin äußerte, daß die Situation der Eingeborenen in Ostafrika durch die fortgesetzten Forderungen der Ansiedler und Farmer erschwert würde. Die Eingeborenen bekämen nur einmal zu essen und hätten bei der wechselnden Temperatur ungünstige Lebensbedingungen. Fast tödlich bringt die Regierung jetzt, im Jahre 1914, die gleichen Klagen vor. In diesem Zusammenhang sind die Proteste der Ostafrikaner, als hätte ich unwahre Behauptungen aufgestellt, überhaupt nicht zu verstehen. Wie steht es mit dem Gruberlaß des stellvertretenden Gouverneurs, Major v. Brochem, vom Jahre 1898, des jetzigen Generalleutnants, der den Reichstag als gemischte Gesellschaft und Rote bezeichnete? Ist dieser Erlaß noch in Geltung? Herr v. Brochem hat die Eingeborenen und Fremden, die ihn nicht kannten, in unerhörter Weise angefahren. Er hat verlangt, daß sie aufstehen und eine strenge Haltung annehmen. Es fehlte nur noch, daß sie noch die Hand an die Hosennacke legen sollten. (Zuruf und Geisterkeit.) Zuwiderhandelnde wurden bestraft. Dieser Erlaß hat damals zu internationalen Verwicklungen geführt und auch diplomatische Verhandlungen in Berlin ergeben. Bezeichnend ist, daß schließlich Herr v. Brochem die Verantwortung für diesen Erlaß von sich ab und Unbeteiligten zugeschoben hat. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf: Der Erlaß des Herrn v. Brochem ist nicht mehr in Geltung. Er ist nicht in die Sammlung der Verordnungen aufgenommen worden. (Bravo!) Was die Schule in Wilhelmshöhe anbelangt, deren Gründung Herr Dr. Wendt verlangt hat, so kommen 27 Kinder in Frage, für die nicht nur Schulgebäude, sondern auch eine Pension errichtet werden müßte. Das würde pro Kopf einen Zuschuß von 500 M. ausmachen, und diese Kosten kann die Regierung nicht übernehmen. Aber den Hofen von Dar-es-Salam wird gegenwärtig ein zweites Projekt ausgearbeitet, das alsbald als Vorlage an den Reichstag kommen dürfte. Die Dienstperiode in den Schutzgebieten können wir nicht allgemein verlängern. Für Südwestafrika wird es vielleicht allmählich dazu kommen können. Nun

das schwierige Gebiet der Hausflaverei.

Die Anlagen und Schliffe des Abgeordneten Roske, daß ein grausamer Sklavenhandel in Ostafrika bestünde, sind nicht zureichend. Als wir Ostafrika erwarben, bestand dort der schrecklichste Sklavenraub und Sklavenhandel. Dies ist vollständig von uns beseitigt worden. Kommt noch Sklavenraub und Sklavenhandel vor, so stehen schwere Strafen darauf, eventuell die Todesstrafe. Es bestehen viele Verordnungen zugunsten der Sklaven bei Übergang eines Sklaven aus dem Besitz eines Herrn in den eines anderen. Ich werde nicht unterlassen, dem Gouverneur weitere Vorschläge zugunsten der Sklaven zu machen. (Beifall rechts.)

Abg. Reinath (nat.): Ein plötzliches Verbot der Hausflaverei läßt sich nicht dekretieren. Die Bedingungen müssen

fortgesetzt erschwert werden, damit die Hausflaverei allmählich verschwindet. Die Währungsfrage muß nochmals geprüft werden, da wir durch die Tanganjika-Bahn bald zu einem lebhafteren Handel mit Ostafrika kommen dürften. Die Nordbahn muß langsam vorgeschoben und Seitenbahnen zum Tanganjika-See gebaut werden. Die Hoffnung ist berechtigt, daß diese Bahn den Handel aus dem Kongogebiet auf die Ostmärkte ziehen und so für die wirtschaftliche Eroberung Zentralafrikas für die deutschen Interessen mitgewirkt wird. (Beifall.)

Abg. Brudhoff (Bpt.): Die Koloniallehrer müssen an Ort und Stelle herangebildet werden. Die Befolgung genügt nicht. Die Lehrer müssen mindestens mit den Verwaltungsfachkräften gleichgestellt werden und auch die Schulinspektoren in den Kolonien müssen in ihrer Stellung gefördert werden.

Abg. Kasse (Soz.): Auf die Einwurfe des Herrn von Brodowicz gegen den Reichstag will ich nicht eingehen. Es heiße dies,

dem unangenehmen Maulheldentum viel zu viel Ehre antun. Ich hätte auch ein Einschreiten des Staatsanwalts in dieser Angelegenheit bedauert. Der Reichstag steht viel zu hoch, als daß er durch solche Anwürfe beleidigt werden könnte. Die Herren, die gegen die Ausführungen des Reichstags wegen Mißständen in Afrika Protest erhoben haben, sollten dafür sorgen, daß diese Mißwirtschaft verschwindet, dann haben wir keine Veranlassung zu Klagen. Ich hoffe, daß im nächsten Jahre für Schulzwecke größere Summen im Etat angefordert werden.

Damit schließt die Diskussion. — Das Gehalt des Gouverneurs wird bewilligt und die zu diesem Titel vorliegenden Resolutionen, betreffend Befestigung der Hausflaverei bis zum Jahre 1920, und betreffend eine alljährliche Übersicht über den Wechsel des Besitzes und der Pachtverhältnisse der Pflanzungen, angenommen. Die Hauptteile des Etats werden nach dem Beschluß der Budgetkommission erledigt.

Beim außerordentlichen Etat tritt Abg. Dr. Krenndt für Erwerbung der Sigsbahn, einer Zweiglinie der Hambara-Bahn, ein.

Der Rest des Etats wird nach den Beschlüssen der Kommission bewilligt.

Es folgt der Etat für

Südwestafrika

mit den Nachtragsetats.

Abg. Hoch (Soz.): Die Vorwürfe über die Art, wie die Diamanten in den Handel gebracht werden, mußte die Kolonialverwaltung schließlich anerkennen und die Abmachungen mit den Antwerpener Großkapitalisten abändern. Die Ergebnisse des letzten Jahres zeigen, daß

viele Millionen zum Schaden des Reiches und der deutschen Förderer verloren gegangen sind.

In die Diamantenregie müssen auch Vertreter der Diamantenarbeiter berufen werden. Man hätte erwarten sollen, daß die Kolonialverwaltung auch der Budgetkommission Mitteilung davon gemacht hätte, was das Antwerpener Syndikat wollte, daß nämlich von einer unbedingten Abnahme des ganzen geförderten Quantums, die zunächst vertraglich festgelegt war, Abstand genommen wurde. Durch diese Maßnahme sind die deutschen Interessen außerordentlich geschädigt worden.

Staatssekretär Dr. Solf: Wenn der Abgeordnete Hoch sein Stenogramm liest, wird er wohl Gelegenheit nehmen, zu mir zu kommen und sich entschuldigen. Im vorigen und vorvorigen Jahre habe ich ihm Rede und Antwort gestanden über das, was er fälschlich vorgetragen hat, ich habe ihm auch gedankt für sein Interesse für die deutschen Schleifer. Auf die heutige Rede will ich nicht eingehen. Sie war getragen und voll von Verleumdungen. (Große Lärme bei den Soz.) Der Abgeordnete Hoch hat behauptet, ich hätte gewußt, daß betrügerische Manipulationen in der mir unterstellten Regie vorgenommen seien, der Aufsichtsrat hätte seine Hände in unsauberen Gewissen gebahrt. Das sagte er, trotzdem ich in der Kommission das Gegenteil behauptet habe. Der Abgeordnete Hoch hat sich in das Diamantengeschäft hineingearbeitet, aber lediglich vom Standpunkt der Schleifer aus. Wenn er behauptet, ich hätte in schmutziger Weise gehandelt, so muß er das Geschäft doch noch näher kennen. Auf diese Anschuldigungen werde ich nicht mehr antworten. Auf diese Anschuldigungen hätte ich nicht für möglich gehalten, nachdem wir gemeinsam die Interessen der Schleifer gefördert haben.

Abg. Waldstein (Bpt.): Der Auffassung, als ob der Reichstag der Ansicht gewesen, daß die Bankherren lediglich in uneigennützigster Weise die Regiegeschäfte besorgten, muß nachdrücklich entgegengetreten werden. Wir sind uns bewußt, daß wir weder eine einseitige Eingeborenenpolitik noch eine einseitige Kapitalistenpolitik treiben. Wir müssen beide Interessenten berücksichtigen. Wir wollen lediglich eine deutsche Kulturpolitik betreiben. (Beifall.)

Darauf wird ein Antrag auf Vertagung gestellt. Vorher aber erledigt das Haus auf Vorschlag des Präsidenten noch den im Laufe der Sitzung eingegangenen

Nachtragsetat für 1913

in erster Lesung ohne Debatte. Der Nachtragsetat wird der Budgetkommission überwiesen.

Darauf wird der Vertagungsantrag angenommen. Persönlich weist Abg. Hoch (Soz.) die Darstellung des Staatssekretärs Dr. Solf zurück, als ob er ihm, wenn auch nur hypothetisch, eine schmutzige Handlungsweise vorgeworfen habe. Im Gegenteil habe er sich ausgedrückt, daß die Verwaltung unmöglich zu solchen Manipulationen die Hand bieten könne. Hätte er um Entschuldigung zu bitten, so hätte er sicherlich nicht den Umweg gewählt, den der Staatssekretär genommen habe.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

§ Berlin, 19. März.

Am Ministertisch: Eisenbahnminister von Breitenbach. Präsident Graf von Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Zunächst wird der Abgeordnete Kronsosch (Fortfchr. Bpt.) als Mitglied der Staatsschuldenkommission wiedergewählt.

Darauf wird die

Beratung des Eisenbahnetats

beim Extraordinarium fortgesetzt.

Abg. Wittrock (Fortfchr. Bpt.) wünscht, daß die Umgestaltung der Bahnanlagen in und bei Friedrichsdorf in schnellerem Tempo erfolgen möge.

Ministerialdirektor Dörner erkennt die Mißstände an und sagte möglichst schnelle Abhilfe zu. Ein bestimmter Zeitpunkt lasse sich dafür allerdings noch nicht festsetzen.

Abg. Dr. Lippmann (natl.): In Tempelhof bei Berlin wird die Anlage eines großen Verschiebebahnhofs projektiert, der bis Mariendorf reichen würde. Die Bewohner der südlichen Vororte von Berlin würden durch Rauch und Lärm, die mit einer solchen Anlage verbunden sein würden, stark belästigt werden. Derartige große Rangierbahnhöfe sollten über die Peripherie von Berlin hinaus verlegt werden, in diesem Falle vielleicht nach Mariensfelde.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwig: Da noch 28 Redner sich zum Worte gemeldet haben, so bitte ich die Herren, sich in den weiteren Ausführungen möglichst Beschränkung aufzulegen zu wollen.

Die Abgeordneten Traub (Fortfchr. Bpt.), Wense (Fortfchr. Bpt.), Dr. Wagner (freikons.), Hase (Fortfchr. Bpt.), Dr. Wagner (freikons.), Warg (Bpt.), Heins (Bpt.), v. Conrad (freikons.), Eichhoff (Fortfchr. Bpt.), Krenmer (natl.), Dr. Wendlandt (natl.) tragen Spezialwünsche, betreffend Verbesserungen von Bahnhofsanlagen vor.

Ministerialdirektor Dörner sagt Abhilfe zu.

Abg. Wolf-Biebrich (natl.):

Die Gemeinde Sindlingen-Heilsheim ist schon vor längerer Zeit bei der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. vorstellig geworden,

bei der Station Sindlingen-Heilsheim eine Unterführung zu errichten.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt forderte damals von der Gemeinde einen Zuschuß zur Herstellung der Unterführung in Höhe von 18 000 M. Diesen Betrag konnte die Gemeinde Sindlingen nicht bezahlen. Ende des vorigen Jahres wandte sich die Gemeindebehörde von Sindlingen nochmals an die Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. M., indem sie bat, die Direktion möge nunmehr doch ihre Wünsche erfüllen und auf dem Bahnhof Sindlingen-Heilsheim diejenigen Einrichtungen treffen, die den beiden Orten entsprächen. Da die beiden Orte zu beiden Seiten der Bahn liegen, ist bei der Benutzung der Bäche eine immerwährende Überkreuzung des Geleises nötig, und da aus den beiden Orten eine große Zahl von Arbeitern nach Höchst fahren, auf der Taunusbahn außerdem sehr viele Schnell- und Güterzüge verkehren, so sind Unzulänglichkeiten unvermeidlich. Da die Schnell- und Güterzüge durchfahren, während die Personenzüge auf der Station halten und immer zahlreiche Personen, die nach Höchst oder Frankfurt a. M. oder umgekehrt nach Wiesbaden fahren wollen, ein- und aussteigen, so sind öfters schwere Unglücksfälle vorgekommen. Sie sehen also, welchen Gefahren man durch den starken Schienenverkehr ausgesetzt ist. Im weiteren will ich dann der königlichen Staatsregierung die Bitte unterbreiten, ob sie auch auf der

Station Sindlingen-Heilsheim den Güterverkehr ein-zurichten gedenkt?

Welche Mühen und Kosten den Bewohnern von Sindlingen entstehen, wenn die für sie bestimmten Güter anstatt in Sindlingen erst in Höchst abgeholt werden müssen, können Sie sich denken. Eigentlich müßte es auch an, daß in einem Orte wie Sindlingen, der elektrischen und Gaslicht besitzt, die Station noch mit Petroleum beleuchtet ist! Auch in dieser Beziehung sollte Abhilfe geschaffen werden, um so mehr, als die beiden Orte Sindlingen und Heilsheim heute zusammen bereits 8000 Einwohner zählen und im raschen Steigen begriffen sind. Wohl hat die königliche Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. in einem Schreiben vom 25. April 1912 sich mit der Herstellung einer Unterführung auf der Station Sindlingen-Heilsheim befaßt und mitgeteilt, daß dieselbe in etwa 5 Jahren verwirklicht werden könne. Wenn auch diese 5 Jahre noch nicht verstrichen sind, so erwischen wir doch die Eisenbahnverwaltung, daß Gesuch der Gemeindebehörde von Sindlingen, um Errichtung einer Güterhaltestelle und einer Bahnunterführung nunmehr recht bald in Ausführung zu bringen. In seinen weiteren Ausführungen brachte der Abgeordnete noch Wünsche bezüglich der Station Griesheim zum Ausdruck.

Abg. Wohlfarth (natl.): Der Bahnsteig bei der Station Frankfurt-Griesheim muß unbedingt überdacht werden. In der Verrückung der Niveauübergänge muß ein schnelleres Tempo eingeschlagen werden.

Abg. Oeser (Fortfchr. Bpt.): Der Verkehr von Frankfurt a. M. erfährt von Jahr zu Jahr eine größere Steigerung, daher ist die Erweiterung des Hauptbahnhofs, wie des Ostbahnhofs unbedingt erforderlich. Daß der Frankfurter Haupt- und Personenbahnhof in einer verhältnismäßig so kurzen Zeit vergrößert werden muß, hätte man noch vor einigen Jahren für ganz unmöglich gehalten.

Es ist auch eine bringende Notwendigkeit, den Taunusverkehr zeitgemäß auszugestalten und zu verbessern.

Der Taunusverkehr ist ja zum Teil Touristenverkehr, andererseits aber auch ein großer Teil der Taunusbevölkerung nach Frankfurt a. M. fahren, weil er dort seine Arbeitsstätten hat. Ferner sprechen die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Taunusbevölkerung für die Ausgestaltung des Verkehrs. Die Wünsche der Stadt Frankfurt werden von der Eisenbahnverwaltung nicht in dem Maße berücksichtigt, wie es der Entwicklung des Verkehrs entspricht. Die Konkurrenz-Hafenplätze von Frankfurt, wie z. B. Ludwigshafen, Mainz usw., werden von der Regierung mehr gefördert als Frankfurt. Man empfindet es in Frankfurt als eine Ungerechtigkeit, daß Frankfurt von allen Tarifermäßigungen ausgeschlossen bleibt. (Redner will dann auf die Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltung näher eingehen, wird aber vom Vizepräsidenten Dr. von Krause daran gehindert.) Ich bitte, daß die Wünsche der Stadt Frankfurt bei der Eisenbahnverwaltung endlich Gehör finden.

Minister der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach: Es ist nicht richtig, daß die Eisenbahnverwaltung den Verkehrsverhältnissen der Stadt Frankfurt nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zuteil werden läßt. Die Eisenbahnverwaltung ist bemüht, den Verkehrsverhältnissen der Stadt Frankfurt in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen. Wir sind augenblicklich damit befaßt, durch Anwendung sehr großer Mittel den Hauptbahnhof von Frankfurt den Verhältnissen des Verkehrs vollkommen anzupassen. Auf die Tarifpolitik kann ich an dieser Stelle leider nicht eingehen. Ich bedauere, daß Abg. Oeser nicht in der allgemeinen Diskussion über die wirtschaft-

lichen Verhältnisse auf diese Frage nicht eingegangen ist, denn hätte ich Gelegenheit gehabt, den Redner zu führen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse von Frankfurt in weitestgehendem Maße gefördert

wurden. Ich nehme an, daß Abg. Oeser auf diese Frage später noch einmal bei passender Gelegenheit zurückkommt und werde dann auf seine Ausführungen in dieser Beziehung antworten.

Des weiteren äußern die Abgg. Thurm (Fortfchr. Bpt.), Dr. Krenndt (freikons.), Dr. Bremer (Soz.), Wand (Soz.), Dr. von Campe (natl.), Graf Braßma (Bpt.), Peter-Weiß (Bpt.) und von Wenden (Soz.) Spezialwünsche.

Der Rest des Eisenbahnetats wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt die erste Beratung zum

Grundteilungs-gesetz.

In Verbindung damit werden beraten die Anträge der Abgg. Engelbrecht (freikons.) und Voß (natl.), betr. Erhaltung des Bauernstandes. Der Antrag Eder-Winsen (natl.), auf Annahme eines Gesehensurteils, betr. die Siedelung von Landarbeitern und Schaffung von Alleen in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hannover, der Antrag Eder-Winsen auf Annahme eines Gesehensurteils, betr. Schaffung von kleinen und mittleren Bauernbetrieben, der Antrag der Abgg. Eder und Kronsosch (freikons.), betr. Förderung der inneren Kolonisation.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Ich habe bereits im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß es sich bei der inneren Kolonisation nicht so sehr um die Aufteilung des Großgrundbesitzes, sondern darum handelt,

die richtige Mischung von großen, mittleren und kleinen Besitzern

zu finden. Der Förderung der inneren Kolonisation, der Ansetzung von Bauern und Arbeitern, dient der vorliegende Gesehensurteil in erster Linie. Die Entbölkerung des Ostens ist nicht so sehr auf das Bauernwesen, als vielmehr auf die Industrialisierung von früher ländlichen Distrikten zurückzuführen. Die Ansetzung von Bauern und ländlichen Arbeitern haben sich bisher schon vielfach Siedelungsvereinigungen und Kommunalverbände zur Aufgabe gemacht. Der Gesehensurteil verfolgt den Zweck, die Hindernisse, die sich bisher in der Förderung der inneren Kolonisation geltend machten, zu beseitigen. Nach der Vorlage soll die Genehmigung der Regierungspräsidenten erforderlich sein, wenn es sich um gewerksmäßige Verklagung von Gütern handelt. Damit soll der reelle Güterhandel nicht getroffen werden. Der Gesehensurteil richtet sich gegen den Grundstücksboom, die Grundstückspekulation, gegen die Konfurrenz, welche den staatlichen und gemeinnützigen Siedelungsvereinigungen durch einen derartigen Güterhandel bereitet wird, und vor allem gegen die Abwertung von Kolonisten, welche durch die aufgelegten Lasten als existenzfähig nicht bezeichnet werden können. Das Ziel der Grundstücksänderung soll verhindert werden. Die ungerecht hochgestellten Preise sollen durch Erleichterung des Grundstücksverkehrs auf eine gesunde Basis zurückgeführt werden.

Die Vorlage verfolgt ferner auch das Ziel, daß auch im Westen der Monarchie der bäuerliche Besitz vor Schaden bewahrt bleibt.

Durch die in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen über das Rücktrittsrecht des Käufers soll dem Güterhandel entgegenge-wirkt werden. Diese Bestimmung hat in Bayern sehr günstig gewirkt. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, den Güterhandel zurückzubringen.

Das Vorkaufsrecht des Staates

soll in erster Linie dazu dienen, den für die innere Kolonisation erforderlichen Bodenbedarf herzustellen. Der boden-ländliche Grundbesitz bleibt von dem Vorkaufsrecht unberührt. Das Vorkaufsrecht soll ebenfalls den Grundstücksboom zurückdrängen und zur Ermäßigung der Grundstückspreise beitragen. Hervorragende Nationalökonomien wie Herr von Wangenheim und der Vorsitzende der ostpreussischen Landwirtschaftskammer Batocki haben sich für das Vorkaufsrecht ausgesprochen. Ich hoffe, daß der Gesehensurteil in der Kommission eine solche Gestalt gewinnt, daß die innere Kolonisation sowie die nationalen und wirtschaftlichen Ziele durch ihn gefördert werden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kries (Soz.): Der vorliegende Gesehensurteil behandelt

eines der wichtigsten Probleme der Gegenwart.

Wir beantragen Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Die Entbölkerung des platten Landes hat einen bedeutenden Grad erreicht. Es muß durchgreifende Abhilfe geschaffen werden. Die Frage der inneren Kolonisation ist von so großer nationaler Bedeutung, daß sie aus dem Streik der Parteien herausgehoben werden muß. Wir begrüßen es, daß der Entwurf eine Förderung der gemeinnützigen Vorgehensaktivität herbeiführen will. Gegen das Vorkaufsrecht des Staates haben wir Bedenken. Dieses Recht bedeutet einen so starken Eingriff in das Grundeigentum, daß wir aus grundsätzlichen Erwägungen heraus für das Vorkaufsrecht in dieser Form nicht stimmen können. (Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird auf Freitag 11 Uhr vertagt. Schluß 1/2 5 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Das Befinden der Herzogin von Braunschweig. Wb. Braunschweig, 19. März. Nach gut verbrachter Nacht ist das Befinden der Herzogin und des neugeborenen Erbprinzen durchaus zufriedenstellend.

Eine neue preussische Wahlrechtsreform?

S. Berlin, 19. März. (Vig. Drahtbericht) Es ist eine Zeit der kühnsten politischen Gerüchte und in parlamentarischen Kreisen konnte man heute allen Ernstes erzählen hören, Herr v. Bethmann-Hollweg gedenke nicht, aus dem Amt zu scheiden, ohne vorher noch einmal den Versuch einer Wahlrechtsreform in Preußen unternommen zu haben. Der völlige Umbau des Ministeriums des Innern, der augenblicklich im Gange ist, die Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin aus Köln zu seinem Nachfolger, die gleichzeitige Beförderung zweier vortragender Räte im Ministerium, des Freiherrn v. Jellich und Dr. v. Hertmann, muß in der Tat auffällig erscheinen. Dazu kommt die hartnäckig aufretende Nachricht, daß Herr v. Döllwitz, der mit Recht oder Unrecht als der „Vater aller Hindernisse“ für eine Reform des preussischen Wahlrechts angesehen wird, dem

Der neue Haushaltsplan der Stadt Wiesbaden.

Die Etatsrede des Oberbürgermeisters Gläffing.

In der gestrigen außerordentlichen und lebendigsten Beratung des Haushaltsplans der Stadt Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1914 gewidmeten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung gab zunächst Oberbürgermeister Gläffing einen längeren Überblick über den neuen Etat und die Gesamtlage der städtischen Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik. Mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit, die den Ausführungen des Oberbürgermeisters gerade diesmal beigemessen werden muß, geben wir seine Rede im Wortlaut wieder. Er führte aus:

Meine sehr geehrten Herren! Der Hauptvorschlag für das Jahr 1914, den wir heute zu beraten haben, schließt in der ordentlichen Verwaltung in Einnahme und Ausgabe mit rund 13 Millionen Mark ab, in der außerordentlichen Verwaltung mit 3 895 825 M., insgesamt handelt es sich also um einen Etat von 16 895 825 M.;

es ist auch diesmal gelungen, das Budget ohne jede Steuererhöhung in Einnahme und Ausgabe auszugleichen.

Gleich zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich darauf hinweisen, daß sich der Gesamtetat der Einnahmen und Ausgaben der Stadt eigentlich nicht — wie eben angegeben — auf nahezu 17 Millionen, sondern auf 2 1/2 Millionen, also auf rund 6 1/2 Millionen mehr, bezieht; es erklärt sich diese auf den ersten Blick etwas eigenartig erscheinende Erscheinung durch die Ihnen ja bekannte Tatsache, daß wir neben dem Hauptetat einen Etat der Zweigverwaltungen führen, der das Regimeamt, die Wasser- und Kanalisation, das Verkehrsamt, die Museumsverwaltung, die Schlachthofverwaltung und die Leihhausverwaltung, ferner die Wasser- und Lichtwerke und die Krankenhausverwaltung umfaßt. Aus diesem Etat werden lediglich die Endergebnisse der einzelnen Verwaltungen, wie sie sich aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergeben, in den Hauptetat übergeführt, nicht aber die Bruttoeinnahmen und -ausgaben, so daß die Gesamtsummen der Einnahmen und Ausgaben dieser Zweigverwaltungen nicht im Hauptetat erscheinen, was dazu führt, daß die Gesamteinnahmen und -ausgaben der Stadt zu einem um 6 1/2 Millionen vergrößerten finanziellen Ausdruck gelangen. Wir werden in Zukunft die beiden genannten Etats vereinen, damit die Gesamtleistungsfähigkeit der städtischen Verwaltung, die für die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben von wesentlicher Bedeutung ist, zu einem klaren und unverfälschten Ausdruck gelangt, schon des Vergleichs wegen mit den Leistungen anderer Städte.

Nach dieser die Art der Etatsaufstellung berührenden Bemerkung darf ich Sie wohl bitten, mit schon mit Rücksicht auf die neu eingetretenen Herren Stadtverordneten zu gestatten, daß ich unsere finanzielle Situation etwas ausführlicher auseinandersetze.

Sie wissen, meine Herren, daß ich aus Anlaß einer Anfrage des Herrn Stadtverordneten Hartmann einmal die Vermutung ausgesprochen habe, daß bei Aufstellung des Etats für 1914 die Frage einer Einkommensteuerverhöhung in greifbare Nähe trete. Diese Vermutung war nicht unrichtig; es ist auch nur — wie Ihnen die spätere Auseinandersetzung zeigen wird — unter äußerster Sparfamkeit und unter Verzicht auf manche an sich sehr berechtigten Wünsche gelungen, mit 100 Prozent Einkommensteuer auszukommen. Eine günstigere, von dem Magistrat nicht vorausgesehene Situation erfährt aber vielleicht der Etat durch die Wirkungen des Generalpardons.

Bei dem Mehrertrag; es hat den Anschein, als ob hier nicht unansehnliche Mehrerträge an Einkommensteuer sich zur Verfügung stellen wollten, die uns gerade jetzt sehr willkommen sein werden. Eine bestimmte Auskunft über diese Mehrerträge kann leider heute noch nicht gegeben werden; das Budget ist ohne Rücksicht auf diese Beträge aufgestellt; die Stadtverordneten-Versammlung wird sich also — wenn sich die gegungen Erwartungen erfüllen sollten — erst später mit einer Vorlage des Magistrats über die Verwendung dieser Beträge zu beschäftigen haben.

Bei Beginn der Etatsaufstellung stellte sich der Gesamte von den einzelnen Ressorts verlangte Mehrbedarf gegen das Vorjahr auf 777 000 M.; es sind hier von dem Magistrat als nicht unbedingt nötig und verschiedene Forderungen im Betrag von 277 000 M. gestrichen und der Mehrbedarf hiernach auf rund 500 000 M. festgestellt worden. Davon fallen allein 210 000 M. auf persönliche Kosten, an denen Sie nichts ändern können; ferner 122 800 Mark auf Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr, die gedeckt, bezogen, ersetzt werden mußten, und nur 167 200 M. auf sachliche Kosten.

Das Mehr an persönlichen Kosten setzt sich zusammen aus 86 000 M. Befoldungsmehr infolge Aufstiegs in höhere Gehaltsklassen, 5000 M. Pensionen, 21 000 M. für Angestelltenversicherung, auf 82 000 M. Mehr für Befoldungen der Lehrer, ferner auf eine vom Magistrat vorgeschlagene Lohnerhöhung der Arbeiter im Betrag von 360 000 M., auf ein Mehr an Arbeiterpensionen von 10 000 M. und an Familiengulagen für Arbeiter von 20 000 M. An diesen Beträgen ist nichts zu ändern und nichts zu ändern, ebenso wenig wie an den Mindereinnahmen von 122 800 M., für die Ersatz gesucht werden mußte und die sich zusammenfassen aus 22 000 Mark Mindereinnahmen für Regie, aus einer Mindereinnahme an Schenkungssteuer infolge einer von der Stadtverordneten-Versammlung verlangten Reform der Steuer im Betrag von 20 000 M. und aus 6000 M. Mindereinnahme aus den Weinbergen; hinzu kommen als Verluste für den Hauptetat 16 300 M. Nach für Theater, Malwasser, die seit der Hauptverwaltung bekam und jetzt dem Kaiser-Friedrich-Bad überlassen wurden zur Bilanzierung seines Etats; ferner ein Verlust von 8000 M. Nach für das Paulinenschloß; die Kurverwaltung zahlte seit der Zeit von 60 000 M. an die Hauptverwaltung, der vorläufig ermäßigt wurde auf 52 000 M. mit Rücksicht auf die inwärtigen vorgenommenen Aufstellung des

Geländes und Ausscheidung eines Teils desselben zum Zweck des Verkaufs von Bauplätzen; und schließlich tritt hinzu eine Mindereinnahme aus dem Ausgleichsfonds im Betrag von 50 000 M.; dieser Betrag stand in diesem Jahre nach dem Hauptetat zu als vorläufiger teilweiser Ersatz für den Ausfall an Wasserentgelt infolge Ermäßigung desselben; da ein dauernder Ersatz nicht zustande kam und dieser Ersatz für das kommende Jahr nicht wieder aus dem Ausgleichsfonds genommen werden kann, muß anderweitig Deckung geschaffen werden. Auch hieran, meine Herren, wird die kritische Hand nichts zu ändern haben; es fehlt also nur noch

die Begründung des Mehrs an sachlichen Kosten im Gesamtbetrag von 167 200 M., die recht einfach ist. Da ist zunächst ein Mehr an Polizeikosten im Betrag von 13 600 M., das gedrückt und als richtig befunden wurde; ein Mehr an Straßeneinigungsarbeiten, entsprechend der Zunahme an Straßenfläche, ein nicht vermeidbarer Mehrertrag an die Armenverwaltung von 11 000 M.; ein Mehrertrag für gemeinnützige Zwecke von 12 200 M.; ich erwähne hiervon nur die 4000 M. Mehrertrag an das Arbeitsamt, der von der Stadtverordneten-Versammlung bereits beschlossen ist, 8100 M. Mehrertrag an den Verein der Kinderhorte, 2000 M. Mehrertrag an den Wiesbadener Verein für Speisung bedürftiger Schulkinder und andere kleinere hier nicht weiter bemerkenswerte Steigerungen; 3300 M. Mehrertrag erhalten die einzelnen Abteilungen der Museen, die damit recht fleißig mitgearbeitet werden, was aber mit Rücksicht auf die derzeitigen äußerst beschränkten Räumlichkeiten eine gewisse Rechtfertigung findet; 10 000 M. Mehraufwand erfordern die Ferienpaziergänge der Kinder; 3000 Mark mehr die Schülereigenen und nur 13 000 M. mehr die sonstigen sachlichen Kosten unserer gesamten Schulen. Unfall- und Krankenversicherung, Veteranenrente und eine Menge kleiner Mehrausgaben, die sämtlich vom Finanzausschuß geprüft und genehmigt sind, stellen noch eine Gesamtmehrforderung von 36 000 M. dar,

während schließlich noch 50 000 M. mehr eingestellt werden mußten für das von der Stadt zur Straßenreinigung und Straßenbepflanzung usw. verbrauchte Wasser, das in Zukunft dem Wasserwerk vergütet werden soll.

Wenn Sie diese Gesamt-Mehrforderungen und Mindereinnahmen überblicken, so wird Ihnen sehr schon klar sein, daß weitere Streichungsversuche hier nicht gelingen können; es wird Ihnen auch klar sein, daß der Magistrat sich in seinen Forderungen an das Budget auf das Notwendigste beschränkt hat.

Die Frage, wie diese 500 000 M. Mehrforderungen bzw. Mindereinnahmen zu decken sind,

ist ebenso kurz zu beantworten. Vor allem sind es hier die Wasser- und Lichtwerke, die einen Mehrertrag von 116 700 M. gegenüber dem Vorjahr zur Verfügung stellen konnten; an Einkommensteuer wurden 50 000 M. mehr eingestellt nach den Erfahrungen der Vorjahre (ohne Rücksicht auf die noch nicht bekannte Wirkung des Generalpardons), an Grundsteuer 20 000 M., an Luftfahrzeugsteuer 15 000 M., an Hundesteuer 1800 M. und an Schulschuld 12 300 M.; dazu kommen noch 60 000 M. für Filialsteuer, die übrigens in der Form, wie sie von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt wurde, nicht genehmigt wurde; es ist hier indes ein neuer Betrag eingestellt mit Rücksicht auf eine neue Vorlage, die der Magistrat in aller Kürze der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung vorlegen wird. Die eben genannten Mehreinnahmen betragen insgesamt 318 300 M., hinzu treten noch 181 700 M. Ersparnisse an dauernden Ausgaben gegenüber dem Vorjahr, und zwar 122 000 M. für den Anleihe- und Tilgungsdienst, hauptsächlich infolge gänzlicher und damit wegfallender Tilgung der Anleihe von 1879; ferner 22 000 M. Ersparnisse bei dem Beamtenpersonal der Bauverwaltung, 7000 M. weniger Ausgaben bei den Straßenbahnen; 8700 M. werden bei der Schlichtungsverrechnung einsparungspolig, und 22 000 M. verminderte Ausgaben bei den sonstigen Verwaltungen, auf die ich im einzelnen nicht zurückkommen will.

Also diese oben erwähnten 318 300 M. Mehreinnahmen und die eben genannten Ersparnisse von 181 700 M. laufender Ausgaben bilden den Ersatz der 500 000 M., die im Budget für 1914 als Mehreinnahmen gegen das Vorjahr oder zu ersetzende Ausfälle von Einnahmen zu decken waren.

Im einzelnen will ich noch darauf hinweisen, daß der vielleicht auffallend erscheinende Mehrertrag bei der Gar-tenverwaltung im wesentlichen hervorgerufen wurde durch die Lohn- und Familiengulagen und durch einen Flächenzuwachs; ich verweise nur auf die Albrecht-Dürer-Anlage, während die Steigerung bei der Armenverwaltung um 11 225 M. ihre Begründung findet in einer kleinen Erhöhung des Verpflegungstarifs des städtischen Krankenhauses, der ermöglichte, daß das Krankenhaus mit dem seitherigen Bedürfnis aus rund 256 000 M. auszukommen in der Lage war. Bei der Schulverwaltung steigen die Einnahmen um 12 300 M. und die Ausgaben um 110 400 M., so daß der Bedürfniszuwachs im ganzen um rund 98 000 M. gegen das Vorjahr wächst. Diese Mehraufwendungen sind entstanden durch den Ausbau der Mittelschule an der Blumenhofstraße und der Knabenwertschule an der Dörcherstraße; durch die Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf weibliche Handwerkerlehrlinge und ungelernte Arbeiter, durch die Gehaltssteigerungen und die Beförderungen für neue Stellen an den beiden Lyzeen und der kaufmännischen Fortbildungsschule.

An den Pflasterfonds und Schulbaufonds konnten nach dem Stand des Etats Zuweisungen leider nicht erfolgen, was sehr zu bedauern ist; ich komme auf diesen Punkt am Schluß meiner Ausführungen zurück.

Das finanzielle Gewand, das dieser Etat zeigt, ist also nicht allzu glänzend ausgestattet;

es zeigt, daß die Kasse der Wasser der städtischen Verwaltung nicht allzu reichlich gefüllt ist und daß eben nur das unbedingt Notwendige Veranschlagt erfahren hat.

Im außerordentlichen Etat sind 3 197 000 M. neue Anleiheemittel vorgesehen, darunter für Grund-

stückservierungen und Restzahlungen für bereits erworbene Grundstücke 800 000 M., für Krankenhausveränderungen 250 000 M., für das Museum 1 500 000 M., für das Lyzeum auf dem Hofplatz 400 000 M.; ferner als 1. Baurate für Erweiterung der Dekorationsmagazine des Hoftheaters 75 000 Mark; für das Straßenreinigungsdepot an der Beethovenstraße 25 000 M., für Vorarbeiten zu einem Volksschwimmbad an derselben Straße 3000 M., für die Volksschule an der Zahnstraße 200 000 M., 1. Baurate; für einen Erweiterungsbau für das Verkehrsbureau 40 000 M., für das Restaurationsgebäude an der Blumenwiese 30 000 M. und die Volksschule an der Lehrstraße (Einrichtung von Zentralheizung) 49 000 Mark. Auf dem außerordentlichen Etat des Straßenbauamts stehen Umbauten in der Nikolastraße, Wilhelm- und Lauenstraße, Bahnhofstraße, die wohl mit ganz kurzfristigen Anleihen durchgeführt werden; der bereits genehmigte Umbau der Sonnenberger Straße findet auf laufenden Mitteln Deckung, während noch Beratungen darüber schweben, ob und inwieweit es noch möglich sein wird — vielleicht aus den Mitteln des noch zu erwartenden Einkommensteuer-Mehrertrags — die Parkstraße in einen besseren Zustand zu versetzen. Im übrigen sind auf dem außerordentlichen Etat noch rund 300 000 M. für Kanalisation vorgesehen. Alle diese Projekte unterliegen natürlich noch der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung; ich führe sie nur an, um zu zeigen, daß es immerhin möglich ist, auch in 1914 durch Vornahme dieser vom Magistrat für notwendig erkannten Arbeiten lohnende Arbeits- und Verdienste zu schaffen.

Das ist so in großen Zügen das, was ich zu dem Etat zu sagen hätte; Sie werden sich aus diesen kurzen Ausführungen schon überzeugen können, daß es dem Finanzausschuß nicht möglich war, Wesentliches an den Etatsaufstellungen des Magistrats zu ändern.

Es wird sich im Lauf der Diskussion nun zeigen, daß verschiedene Wünsche unberücksichtigt geblieben sind, auf deren Erfüllung einzelne der Herren Stadtverordneten großen Wert legen; Sie wissen alle, daß es schwer ist, diesen Wünschen Rechnung zu tragen; sehen Sie sich unsere Steuern, Abgaben und Gebühren an, sowohl ihrer Höhe nach wie in ihrer Wirkung auf die von ihnen betroffenen Berufsstände und die wirtschaftliche Lage dieser Stände, dann werden Sie mit mir der Meinung sein, daß zurecht nur die Einkommensteuer in Frage kommen könnte, wenn neue Wünsche mit erhöhten Steuern befriedigt werden sollten.

Der Magistrat hat nun diese Wünsche nicht für so dringend gehalten, um gerade in heutiger Zeit zu einer auch die Mindereinnahmen unter der Augen der Zeit schwer bedrückenden Erhöhung der Einkommensteuer zu schreiten,

einnahm mit Rücksicht auf die Tatsache, daß gerade in diesem Jahre die Mehrsteuer, und besonders in Wiesbaden, außerordentliche Anforderungen an den Geldbeutel der Wohnbevölkerung stellt, die ohnedies — so weit sie seitlich mit ihren Steuerdeklarationen größere Zurückhaltung als notwendig gezeigt haben — neben der Mehrsteuer auch eine höhere Einkommensteuer zu entrichten haben; hierzu noch einmal eine Erhöhung der Einkommensteuer von der Gemeinde aus treten zu lassen, das wäre nach Auffassung des Magistrats vielleicht des Guten etwas zu viel gewesen. Ob und inwieweit nun dieser infolge des Generalpardons eingehende höhere Einkommensteuerebetrag, der ja — wie ich schon an anderer Stelle sagte — im Budget noch nicht einkalkuliert ist, zur Erfüllung jener Wünsche verfügbar gemacht werden kann, lasse ich dahingestellt sein; wir werden uns später nach vollendeter Veranlagung ja hierüber zu unterhalten haben; warnen möchte ich nur davor, allzu große Hoffnungen nach dieser Richtung hin zu hegen; mindestens muß ein Teil dieser Mehrbeträge in den Pflaster- und Schulbaufonds übergeführt werden, denn diese Fonds, die einmal in 1906 über Beträge von 330 000 M. bezw. 380 000 M. verfügten, sind nach Abzug der für 1914 in das laufende Budget eingestellten Beträge auf 18, bezw. 12 000 M. zusammengeschrumpft, also auf Beträge, die den gegebenen Bedürfnissen, besonders den in 1915 kommenden, gar nicht standhalten vermögen. Auch wird man nicht umhin können — wenn es angängig ist — die Lage der unteren Beamten zu verbessern, für die eine Aufbesserung wirklich recht notwendig wäre, und damit einen Anfang zu machen, den in vieler Beziehung nicht unberechtigten Wünschen der Beamtenschaft entgegenzukommen.

Wir wollen nur hoffen, daß recht viele Steuerhelfer reinig zur Stadtkasse zurückkehren

und uns damit in die Lage versetzen, wenigstens die eben erwähnten Zwecke zu erfüllen; ob darüber hinaus sich noch weitere Möglichkeiten ergeben werden, wage ich zurzeit nicht zu behaupten; Versprechungen kann ich auf diesem Gebiet überhaupt nicht machen, da die Höhe des zu erwartenden Mehrertrags noch gar nicht bekannt ist und deshalb auch ein Magistratsbeschuß noch nicht vorliegt.

Ob nun die verehrliche Stadtverordneten-Versammlung die in der Einkommensteuerfrage geübte Taktik des Magistrats billigt, wird ja die heutige Diskussion ergeben; vorbeigehen kann man hierbei nicht an drei Fragen, die zu unterfragen und zu beantworten ja ebenso reizvoll ist wie wichtig für die zukünftige Politik der städtischen Verwaltung; ich möchte deshalb zunächst für die Vergangenheit die Frage stellen.

Ob unter der Einkommensteuerpolitik der städtischen Verwaltung wichtige Aufgaben vernachlässigt wurden sind, ob als Folge dieser Politik eine übermäßige Anspannung der übrigen Steuern, Abgaben und Gebühren eingetreten ist, und ob etwa das Stillstehen der Bevölkerungsziffer, das wir leider in den letzten Jahren zu verzeichnen haben, mit unserer Steuerpolitik in irgend einem Zusammenhang steht.

Ich habe zur Prüfung dieser Fragen und zur Gewinnung einer klaren und einwandfreien Beurteilung eingehende Feststellungen machen lassen und belege diese Zahlen nicht mit Redensarten und Vermutungen, sondern

mit nackten Ziffern und Zahlen, die vor jeder Kritik standhalten.

Dabei gehe ich von dem Gedanken aus, daß die 100-Prozent-Politik mit Recht erst erhebliche Anzeigerungen erfährt

seit dem Jahre 1910, in dem mit dem Wegfall der Kasse und anderer Einnahmen ein Ausfall von 1/2 Million Einnahmen entstand und bei dem stets wachsenden Verwaltungsbedarf sich die Bedenken mehrten, ob es richtig sei, an dieser Stelle festzuhalten. Sehen wir uns die Tätigkeit unserer Verwaltung seit jenem Zeitraum an und machen wir dabei, wo es möglich ist, einen Vergleich gegenüber den früheren Jahren, dann werden wir von selbst die nötigen Schlüsse ziehen können. Zunächst einige wichtige und nicht uninteressante Daten über Hochbau, Kanalbau und Straßenbau.

Schon das Hochbauwesen bietet ein interessantes Bild. Nehmen Sie die zehn Jahre vor dem kritischen Jahr 1910, also den Zeitraum von April 1900 bis April 1910, so gelangen Sie zu einer Gesamtausgabe für Hochbauten von 17 600 000 M., oder auf eine durchschnittliche Jahresausgabe von 1 760 000 M. Dabei fallen in diesen zehnjährigen Abschnitt die Erweiterungsbauten des Königl. Theaters und der Neubau des Kurhauses mit nahezu 6 Millionen, ferner 3 Millionen Schulbauten und 2 1/2 Millionen Krankenhausbauten; ferner 1 1/2 Million für den Südfriedhof, Mehrzweckbrennungsanlage und Schlachthofverlängerung. Seit dem 1. April 1910 bis Ende März 1913 beläuft sich die Gesamtausgabe für Hochbauten auf 8 1/2 Millionen, also auf einen Jahresdurchschnitt von 1 620 000 M., oder also pro Jahr nur um 120 000 M. zurückgeblieben hinter dem Jahresdurchschnitt der Ausgaben jener vor 1910 liegenden zehnjährigen Bauperiode, in der ganz außergewöhnliche Bauten, wie das Kurhaus, aufgeführt wurden. Nimmt man aber das Jahr 1914 noch hinzu und die dort für Hochbauten vorgesehenen Ausgaben von 2 500 000 M. (darunter 1 1/2 Millionen für das Museum), so ergibt sich ein Jahresdurchschnitt von 1 800 000 M.

Ich stelle also fest, daß die Bautätigkeit, so weit sie die Stadt angeht, sich nicht vermindert hat seit 1910, selbst nicht gegen den Durchschnitt jener durch besonders hervorragende Bauten ausgezeichneten Periode.

So haben wir seit April 1910 das Kaiser-Friedrich-Bad mit 2,3 Millionen Mark vollendet, wir haben für Krankenhausverlängerungsbauten 600 000 M., für Schulbauten 900 000 M., für die Landesbibliothek 550 000 M. und die Schlachthofverlängerung 300 000 M. ausgegeben; im Bau begriffen sind das Museum, für das 2 1/2 Millionen eingelegt sind, ferner das Anzeigebüro, die Volksschule an der Bahnhofstraße, zwei Krankenhäuser mit Anschlagsummen von rund 800 000 M., 400 000 M., bzw. 550 000 M. Im ganzen beträgt der Ausgabeetat des Hochbauamts seit 1. April 1910, einschließlich der Voranschläge für 1914, rund 9 Millionen Mark, die sich verteilen auf Bauten für das Kur- und Badewesen mit 2 624 000 M., Bauten für Bildungsanstalten mit 4 230 000 M., Bauten für Krankenpflege mit 976 000 M. und Bauten für andere Zwecke mit 1 660 400 M. Und das steht wirklich nicht darnach aus, als ob die städtische Verwaltung auf diesem für die Entwicklung der Stadt so wichtigen Gebiet des Hochbaus etwas vernachlässigt hätte. Zurückgestellt haben wir lediglich das Schwimmbad und die Märanlage in vorläufiger Beachtung der Staatslage und der gewis richtigen Meinung, daß es wertvoll ist, auch für später noch größere Arbeiten auf diesem Gebiet übrig zu haben. Dabei ist als ganz besonders erfreuliche Tatsache festzustellen, daß wir in den letzten vier Jahren von den 988 000 M., die für Schulbauten ausgegeben wurden, 726 000 M. aus laufenden Mitteln, d. h. aus Überschüssen der Staats bestritten konnten und nur 210 000 M. aus Anleihe zu nehmen brauchten.

Und nun sehen wir uns einmal die Leistungen auf dem Gebiet des Straßenbaus an, die ja so wichtig sind für jede Stadt und für eine Stadt von dem Charakter Wiesbadens insbesondere. Auch auf diesem Gebiet, auf dem man übrigens niemals die Wünsche aller befriedigen kann, ist im allgemeinen nur Befriedigendes zu berichten. In den Ausgaben für die Straßenpflege, ich meine für Unterhaltung, Reinigung und Sprengung der Straßen, steht Wiesbaden unter den deutschen Großstädten an 6. Stelle; es sind für diesen Zweck in den letzten vier Jahren über 2 Millionen ausgegeben worden, während die Straßenrenewierung von 1910 ab, wo sie 292 000 M. kostete, auf 684 000 M. in 1913 stieg und insgesamt in diesen vier Jahren über 1 1/2 Millionen Kosten verursachte; auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, stiegen die Ausgaben für Straßenunterhaltung und Straßenrenewierung von 1910 mit 7,45 M. auf 11,53 M. in 1913. Auch gegenüber den Aufwendungen vor dem Jahre 1910 ist ein Rückgang nicht zu verzeichnen; zu beanstanden ist höchstens, daß wir in letzter Zeit einen Teil der Straßenrenewierung durch Aufnahme einer laufenden Schuld oder kurzfristigen Anleihe bestritten. Das sollte eigentlich nicht sein; es sollten alle Straßenkosten aus laufenden Mitteln bestritten werden können; leider reicht die Dotierung des Straßenbauamts hierzu nicht aus; deshalb greift man bezüglich eines Teils der Straßen zu einem Mittelweg zwischen Deckung aus laufenden Mitteln und Deckung als Anleihe; man wählt den Weg der Aufnahme einer auf kurze Zeit, höchstens 10 Jahre, bemessenen Schuld, die in jährlichen Raten aus den laufenden Mitteln zurückbezahlt wird. Übrigens ist dieser Weg bis jetzt nicht in einem Umfang gewählt worden, der zu Bedenken Anlaß geben würde; es ist ein Drittel der nötigen Summe auf dem Wege der kurzfristigen Anleihe, zwei Drittel durch laufende Mittel gedeckt worden.

Auch das Kanalbauamt konnte mit Mitteln so ausgestattet werden, daß es in der Lage war, der natürlichen Entwicklung vollkommen zu folgen; das Kanalnetz hat sich in den letzten vier Jahren in Wiesbaden und Sonnenberg zusammen um insgesamt 10 600 Meter erweitert; in der ordentlichen und außerordentlichen Verwaltung belaufen sich die Aufwendungen einschließlich der Sonnenberger Kanalisation auf 1 1/2 Millionen Mark. Der Ressortchef, Herr Magistratsbaurat Frensch, hat selbst bekundet, daß Einschränkungen in der Tätigkeit des Kanalbauamts aus Mangel an Mitteln nicht vorgekommen sind, daß lediglich der Bau einer neuen Abwasserungsanlage auf später zurückgestellt worden sei mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde, da die bestehende Märanlage zurzeit noch ausreicht. Auch Rücksicht auf Eingemeindungsverhandlungen spielt hierbei eine Rolle.

Nachdem wir uns nun mit unserem Schulwesen; schon die städtische Entwicklung der letzten vier Jahre zeigt, daß hier von einem Stillstand keine Rede sein kann; die Bedürfnisse haben sich von 1910 mit rund 1 1/2 Millionen jährlicher Ausgabe auf 1 856 000 M. gesteigert, also um 356 000 M. mehr an jährlicher Ausgabe, während sich das Schulgeld in dem gleichen Zeitraum von 488 000 M. auf rund 503 000 M., also um nur 17 000 M., gesteigert hat. Die städtische Verwaltung schießt zu den Schulen in 1914 den Betrag von 1 353 000 M. zu; rechnen Sie hierzu noch die Zinsen der sich

auf nahezu 9 Millionen belaufenden Schulbauten mit nur 4 Prozent, so ergibt sich ein jährlicher Zuschuß von rund 1 700 000 M. Im allgemeinen ahnen die Berichte der Direktoren eine gewisse Zurückhaltung mit der Entwicklung, die ich mir bei der Voraussetzung einer vom Standpunkt des Ressortchefs begründeten Zurückhaltung wohl in eine volle umrechnen darf. Jedenfalls hat der Magistrat gerade auf dem Gebiet des Schulrats Streichungen überhaupt nicht oder nur in geringem Maß vorgenommen; es wurde ihm allerdings hierbei eine vorzügliche und stets gewissenhafte Arbeit geleistet von dem Herrn Stadtschulrat Müller, dessen mit dem Schulrat des Jahres erfolgtes Ausscheiden aus dem Dienst der Stadt ich mit meinen Magistratskollegen auf das lebhafteste bedauere; ich glaube dem Herrn Stadtschulrat diese aus aufrichtiger Überzeugung hervorgegangene Anerkennung hier schuldig zu sein. (Beifall.)

Gehen wir über zu dem Gebiet der Kunst und Wissenschaft, zu den Theatern, zu den Museen, zu den Bibliotheken; auch hier hat die Stadt in den letzten vier Jahren nicht aufgehört, tätig zu sein; die Fertigstellung und Inangriffnahme von Museum und Bibliothek mit einem Kostenanfall von mindestens 3 1/2 Millionen legt Zeugnis ab für die Bereitwilligkeit der städtischen Verwaltung, das kulturelle Interesse nicht unter dem Kurinteresse leiden zu lassen. Man kann sich nur freuen, daß auf diesem Gebiet durch

Bibliothek und Museum eine hervorragende Stütze für kulturelle Bestrebungen

geschaffen wird, die bei verständiger Weiterentwicklung zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Die jährlichen Zuschüsse, die wir in den letzten Jahren diesen Bildungsanstalten gegeben haben, waren allerdings bescheiden; das wird sich aber ändern und

hoffentlich auch mit Hilfe der Opferwilligkeit der Wohlhabenden und Reichen, die eingedenk sein sollen des Wortes, daß der Reichtum verflüchtigt.

Für das Königl. Theater hatten wir stets eine offene Hand; die jährlichen Aufwendungen der Stadt haben sich nicht vermindert; sie betragen zurzeit 253 000 M. und werden sich nach Erbauung des von der Intendantur als dringend bezeichneten Dekorationsmagazins noch erhöhen. Auch dem Residenz-Theater konnten wir unsere Gunst bezeugen durch Einrichtung von Volksspektakeln, die hoffentlich — wenn auch vielleicht in anderer Form — zur dauernden Einrichtung werden.

Wenden wir uns nun zur Kur- und Bäderverwaltung, die ja das Recht hat, eine bedeutende Stelle in meinen Ausführungen zu nehmen und zu beanspruchen, daß ihnen volle Berücksichtigung zuteil wird. Nun, ich meine, meine Herren, wenn ein Teil unserer Verwaltung sich nicht beklagen kann über die Fürsorge des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, dann ist es die Kur- und Bäderverwaltung; im Vordergrund des Interesses steht hier der Bau des Kaiser-Friedrich-Bades mit einem Kostenanfall von 2 1/2 Millionen Mark, das die städtische Verwaltung einen jährlichen Zuschuß von mindestens 75 000 M. kostet; die Begründung des Verkehrsbureaus, das einen jährlichen Zuschuß von 73 000 M. erfordert; die Niederlegung der alten Rose, die der Kurverwaltung einen Jahresverlust von 13 000 M. brachte; die Finanzierung der Mennbahn mit 1 Million städtischem Geld und einem Jahreszuschuß von rund 30 000 M., die Unterstützung des Wiesbadener Golfklubs mit einem Aufwandszuschuß von 3500 M.; die Eröffnung des Emanatoriums, das infolge eines für die Stadt günstigen Vertrags städtische Opfer nicht verlangt, die neu angelegte Trinkkur an der Adlerquelle, die vermehrten Aufwendungen für sportliche Veranstaltungen, wie die mit großem Risiko verbundene Beteiligung der Stadt an dem Prinz-Heinrich-Flug; die Umgestaltung des „Badeblattes“, das unter geschickter redaktioneller und geschäftlicher Leitung die wesentlich erhöhten Betriebskosten ohne Verminderung des Reingewinns zu decken in der Lage war und sich zu einem außerordentlich wertvollen Propagandamittel entwickelt hat und zugleich eine Stütze bildet für das Verkehrsbureau, das mit wesentlich erhöhten Mitteln arbeitet — es wurden im laufenden Jahre allein nahezu 75 000 M. ausgegeben —, die qualitative und quantitative Verbesserung des Kurorchesters, das seit 1910 einen Mehrkostenanfall von 33 000 M. erfordert und sich zu einem Musterorchester ausgebildet hat, auf das wir stolz sein können, ebenso wie auf die Leistungen seines Direktors, der jetzt wieder hervorragende, auch Wiesbaden zugute kommende Erfolge in London errungen hat.

Das alles, meine Herren, bedeutet nichts weniger wie Stillstand, sondern ein ganz außerordentliches Vorwärtsschreiten, das endlich einmal auf die rückhaltlose Anerkennung der interessierten Kreise finden dürfte. Dabei will ich von der Tatsache, daß der Straßenbau gerade die Kurstraßen in erster Linie bevorzugt und alle verfügbaren Mittel für sie bereitstellt, noch gar nicht einmal sprechen; jedenfalls hat die Finanzlage der Stadt nie Halt gemacht bei der Kurverwaltung. Die Stadt hat im Gegenteil, wie auch von dem verantwortlichen Ressortchef gern anerkannt wird, ganz hervorragendes in finanziell ungünstigen Zeiten geleistet. Im übrigen kann man der Kurverwaltung nicht die Anerkennung versagen, daß sie sich außerordentlich Mühe gegeben hat, den Kurbetrieb auf voller Höhe zu halten und trotz Gutes zu leisten, ebenso wie auch das Verkehrs-bureau die ihm gestellte Aufgabe zu voller Zufriedenheit gelöst hat; auf einzelnes kann ich hier selbstverständlich nicht eingehen; die Erfolge sind natürlich nicht auszusprechen, die Fremdenfrequenz wurde nicht nur behauptet, was angesichts der stets sich mehrenden Konkurrenz schon ein Erfolg gewesen wäre, sie stieg sogar auf 192 108 Personen und erzielte somit gegen das Vorjahr ein Mehr von 2793 Fremden. Dabei ist es von ganz besonderem Wert, daß

Gerade die eigentlichen Kurgäste im Zunehmen begriffen

sind; sie sind gegen das Vorjahr von 62 900 auf 65 131, also um 2231 Gäste, gestiegen. Die Mennern scheinen nach dem Bericht des „Mennklubs“ in günstiger Entwicklung begriffen zu sein und müssen überhaupt erst die Minderjährige ausgegrenzt haben, um gerecht gewürdigt zu werden; das gleiche gilt vom Kaiser-Friedrich-Bad, dessen Erfolge und Werte zurzeit überhaupt noch nicht beurteilt werden können. Mein Gewährsmann wird den Wert seines Geschäfts nach dem Ergebnis des ersten Betriebsjahres beurteilen oder verlangen, daß ihm schon das erste Jahr vollen Erfolg bringe. Dessen bin ich aber sicher, daß sich der Ruf dieses nach der Meinung der bekannten medizinischen Autorität von Behring ganz hervorragend ausgestatteten Heilfaktors schon verbreiten wird. Und dann wollen wir uns erst für berechtigt erachten, den Wert dieses mit so großen Opfern errichteten Bades zu beurteilen. Bedenken Sie auch, daß wir jährlich mit durchschnittlich 2 Prozent das angelegte Kapital tilgen, was natür-

lich den Reingewinn mit verschmälern hilft. Selbstverständlich waren diese Erfolge auf dem Gebiet der Kur- und Bäderverwaltung nur möglich unter Heranziehung der Fremden zu den Kosten auf dem Weg der Kurtag, die voll und ganz dem Kurbetrieb zugute kommt und nur einen Teil der gesamten Kosten deckt. Aber auch in der Kurtagfrage war der Magistrat stets entgegenkommend; er hat 1911 eine Reform vorgeschlagen, die günstig aufgenommen wurde und den gehagten Erwartungen vollkommen entspricht; er hat auch erst im Vorjahr die Bierwodenkarte eingeführt und dabei wiederum ca. 20 000 M. als Verlust geschätzt. Wie ein weiteres soll an der Kurtag nicht mehr gerüttelt werden; wir können nicht fortgesetzt an dieser Frage ändern und müssen vor allem schon deswegen hiervon Abstand nehmen, weil die Kurverwaltung selbst noch einen Fehlbetrag aus früheren Jahren zu decken hat.

Ich habe mich absichtlich etwas länger bei der Kurverwaltung als einem wichtigen Zweig unserer Verwaltung aufgehalten, um jetzt etwas schneller Ihnen die Entwicklung der anderen Verwaltungen in den letzten vier Jahren zu zeigen. Zunächst zur Armenverwaltung und zum Krankenhaus. Den Bedürfnissen der Armenverwaltung ist von den städtischen Körperschaften stets Rechnung getragen worden; eine Entlastung dieser Verwaltung ist durch Wegzug finanzreicher Familien bis zu einem gewissen Grad eingetreten; immerhin ist die Gesamtausgabe in den vier letzten Jahren von 403 000 auf 440 000 M. gestiegen; auch die Privatwohltätigkeit, die hier durch nicht weniger wie 73 Korporationen geleistet wird, leistet Außerordentliches für die Armen und Bedürftigen; leider habe ich trotz des Verfalls einer Enquete die tatsächlichen Leistungen nicht feststellen können, da ich nicht immer Bereitwilligkeit zur Auskunft vorfand. Daß unser Krankenhaus ein Betrieb ist, der sich sehen lassen kann, wissen Sie; auch für diesen Faktor haben die städtischen Körperschaften immer eine offene und freigiebige Hand gehabt; es ist nie geknauert worden; es sind für Bauten für Krankenpflege seit 1910 976 000 M. ausgegeben worden, während für 1914 als Restauszahlung 250 000 M. für die letzten Pavillons zur Verfügung gestellt wurden; die gesamten Umbauten haben die städtische Verwaltung ca. 3 1/2 Millionen Mark gekostet, wovon 2,4 Millionen auf die Zeit vor 1910 fallen. Die seit 1910 entstandenen jährlichen Mehrkosten der laufenden Verwaltung betragen ein jährliches Mehr von 48 000 M., der Gesamtzuschuß in 1914 beträgt 255 700 M.; also auch hier, meine Herren, durchaus kein Stillstand, sondern ein tüchtiges Vorwärtsschreiten mit dem Endziel eines musterhaften Krankenhauses, dank der Opferwilligkeit der städtischen Körperschaften.

Auch die Grundstücksverwaltung hatte nicht nötig, untätig zu sein, in den letzten vier Jahren; sie hat in diesem Zeitraum für 3 1/2 Millionen Mark Grundstücke erworben, abgesehen von dem Jagdschloß „Blatte“, das erst in 1914 mit der ersten Rate fällig wird; nicht in letzter Linie hat auch die Gartenverwaltung reichlich Mittel zur Verfügung gehabt, um ihre Zwecke zu erfüllen. So hat sich der jährliche Zuschuß der Gartenverwaltung von 1910 mit 91 000 M. auf 157 000 M. in 1914 erhöht; der außerordentliche Etat hat in den letzten vier Jahren ebenfalls 106 000 M. zur Verfügung gestellt; Aufgaben wesentlicher Natur, die auf diesem Gebiet gelöst wurden, sind die gärtnerische Ausgestaltung des Volkshofes, des Südfriedhofs, der hinteren Märanlagen, des Volksparks „Unter den Eichen“ und der Anlagen der Golfstraße. Also auch hier kein Stillstand, sondern ein ganz erheblicher Fortschritt.

Auch unsere Schlacht- und Viehhofverwaltung ist nicht stehen geblieben; sie ist in den letzten vier Jahren mit einem Aufwand von rund 1 1/2 Millionen Mark verbessert worden; das gesamte in der Anlage stehende Kapital beträgt nahezu 2 1/2 Millionen.

Nun noch zur Veranschaulichung des Bildes einen Blick auf die

Entwicklung der Straßenbahnen,

so weit sie städtisch sind, und unsere Wasser- und Lichtwerke.

Die Dohheimer Linie hat sich gut angelassen; sie verzeichnet einen stets wachsenden Verkehr und stets wachsende Einnahmen; in den sechs vollen Betriebsjahren von 1907 bis 1912 ist die Bruttoeinnahme von 164 000 auf 220 000 M. gestiegen; der Reingewinn liegt in der gleichen Zeit von 27 500 auf 53 500 M., hat sich also nahezu verdoppelt. Das Anlagekapital der Strecke liegt von 510 000 M. im Jahre 1907 auf 916 000 M. in 1912. Die Gewinnbeteiligung der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft stieg in den genannten Jahren von 300 M. auf allmählich 11 000 M., ist jedoch im letzten Jahre mit Einführung des 5-Minutenverkehrs auf etwa 3000 M. zurückgegangen, so daß also die „Süddeutsche“ circa die Hälfte der durch diese Verbesserung entstandenen Kosten zu tragen hat. Unter Berücksichtigung dieser Gewinnbeteiligung ist die Verzinsung zunächst von 5 1/2 bis 7 Prozent gestiegen und jetzt wieder auf 6 Prozent zurückgegangen. Die Rücklagen für den Erneuerungsfonds sind reichlich bemessen, so daß Zuschüsse auch zur Anleihebildung nicht zu leisten sind. Das finanzielle Ergebnis ist also ein durchaus befriedigendes. Der Verkehr ist von 350 000 Wagenkilometer auf 400 000 gestiegen, die zahlenden Fahrgäste von 1,3 auf 1,8 Millionen.

Für die Wiesstadter Linie, die Ostern 1910 eröffnet wurde, liegt das Ergebnis von drei Betriebsjahren vor; die Einnahme ist gleichmäßig von 91 000 auf 105 000 M. gestiegen; der Reingewinn nach Abrechnung der Erneuerungsrücklagen von 25 000 auf 19 500 M. zurückgegangen, nachdem 1912 der dichtere Verkehr eingeführt wurde. Zu gleicher Zeit stieg das Anlagekapital durch Beschaffung weiterer Betriebsmittel von 480 000 auf 550 000 M., so daß die Verzinsung von 5,1 auf 3,6 Prozent zurückging und die „Süddeutsche“ ohne Gewinnbeteiligung blieb. Das finanzielle Ergebnis dieser Strecke ist also nicht so gut, wie das der Dohheimer Linie. Die Anzahl der Fahrgäste ist zurzeit ca. 680 000.

Im übrigen ist jetzt schon festzustellen, daß im laufenden Jahr die Anzahl der Fahrgäste für beide Linien gegen das Vorjahr wieder im Steigen begriffen ist, so daß man mit der Entwicklung der städtischen Straßenbahnen wohl zufrieden sein kann.

Daß man das Ergebnis der Bahnen zusammen, so ergibt sich bei einem Anlagekapital von 1,45 Millionen und 80 000 M. jährliche Rücklagen ein Bruttogewinn von 73 000 M., der zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals in Anspruch genommen wird.

Nun die Wasser- und Lichtwerke. Die Abflüsse dieser Werke sind von 1910 mit 1 274 000 M. auf 1 648 000 M. in 1913 gestiegen; ausdrücklich bemerke ich dabei, daß in diesen Abflüssen auch Beträge früherer Jahre stecken, die mit 1913 aufhören werden. Diese Gewinne bilden mit unserer Einkommensteuer und der Grundsteuer des

Rückgrat unserer gesamten Finanzen. Man kann im übrigen mit Befriedigung feststellen.

Daß die Gewinne der Wasser- und Lichtwerke nicht etwa infolge zu geringer Abschreibungen zu befriedigend sind, daß im Gegenteil die Abschreibungen völlig ausreichen und sich überhaupt die wirtschaftliche Situation der Werke in einem durchaus erfreulichen Zustand befindet.

Zur eingeleiteten auf das eingeleitete, was die Werke geleistet haben, fehlt leider die Zeit; ich kann nur versichern, daß die eingehenden Berichte, welche die Vorstände der drei Werke mir erstattet haben, das Bild einer rührigen, umsichtigen Verwaltung geben, die nichts veräußert, um die Werke auf der Höhe zu halten. So sind im Elektrizitätswerk in den letzten vier Jahren für Verbesserungen und Erweiterungen 1 1/2 Millionen Mark aufgewandt worden; beim Gaswerk zirka 2 1/2 Millionen; beim Wasserwerk stieg das Anlagekapital um ca. 1/2 Million; für eine größere Bautätigkeit fehlt dank der gewaltigen Anstrengungen der Jahre 1896 bis 1910 das Bedürfnis. Jedenfalls sehen wir unsere Werke in einer günstigen Entwicklung.

Nicht vergessen will ich übrigens, zu erwähnen, daß auch die Ausgaben für soziale Zwecke mit ca. 2 1/2 Millionen Mark von dem Budget getragen werden.

Wenn Sie nun noch hinzunehmen, daß in der fraglichen vierjährigen Periode auch für die Beamten und Arbeiter manches geschehen ist, daß der Etat beispielsweise trotz des Ausfalls der Abgabe gegenüber dem Stand des Jahres 1909 eine natürliche Steigerung der Gehälter

für Beamte, Hilfspersonal und Lehrer im Gesamtbetrag von 400 761 M. infolge des 1910 in Kraft getretenen Besoldungsgesetzes und der Lohnsteigerung für die Arbeiter und eine rund 100 000 M. betragende Steigerung des Pensionats zu tragen verstand, dann muß man in Zusammenfassung des ganzen Bildes und der eben angeführten Leistungen auf den hauptsächlichsten Gebieten der Verwaltung denn doch sagen, daß die Grundlage unserer Finanzen eine recht gute und gesunde sein muß und daß es von einer außerordentlichen Unkenntnis unserer Verhältnisse und recht oberflächlicher Beurteilung Zeugnis ablegt, wenn behauptet wird, daß die städtische Steuerpolitik die Tätigkeit der städtischen Verwaltung in notwendigen Aufgaben zum Stillstand gebracht hätte.

Nun ist es außerordentlich interessant, die zweite Behauptung auf ihre Richtigkeit zu untersuchen, nämlich die Behauptung, daß unsere Einkommensteuerepolitik — im Verhältnis zu anderen Städten — eine außerordentliche Anspannung der übrigen Steuern, Abgaben und Gebühren zur Folge gehabt hätte. Ohne unsere Einkommensteuerepolitik für alle Fälle in Schutz zu nehmen oder mich gar auf das Dogma der 100prozentigen Einkommensteuer zu verpflichten, stelle ich zunächst fest, daß bezüglich der Einkommensteuer 1913 Wiesbaden mit fünf anderen Städten den niedrigsten Satz erhob; 1914 wird — nachdem sämtliche Berliner Vororte über die 100prozentige Grenze hinausgegangen sind — nur noch Wiesbaden und Berlin die unterste Grenze beibehalten, was ja eine Verhütung ist für die auf diesem Gebiet allzu anglistischen Gemüter; hinsichtlich der Grundsteuer steht Wiesbaden an dritter Stelle unter den Großstädten; nur noch zwei Orte, Briesen und Koblenz, haben einen niedrigeren Satz; hinsichtlich der Gewerbesteuer placierte sich Wiesbaden an zweifelter Stelle; nur Altona erhebt einen geringeren Satz wie unsere Stadt.

Hinsichtlich der sogenannten indirekten Steuern — Wirtschaftskongresssteuer, Umsatzsteuer, Wertzuwachssteuer, Biersteuer, Hundsteuer und Luftverkehrssteuer — steht Wiesbaden auf einem Satz, der die Mitte hält zwischen höheren und niedrigeren Sätzen, welche die anderen Städte zur Erhebung bringen.

Interessanter wird das Bild, wenn man sich einmal vor Augen hält,

wie sich denn die Steuerpolitik unserer Stadt gerade in den letzten vier Jahren geändert hat,

in denen trotz Beibehaltung der 100 Prozent Einkommensteuer die städtische Verwaltung eine recht gute Entwicklung zeigte; und hier finde ich die Anfänge einer Entwicklung, die vielleicht auch für die Reinde unserer Einkommensteuerepolitik nicht so ganz unbefriedigend sein dürfte. Da ist der Wegfall der Abgabe mit 500 000 M., die Ermäßigung der Einkommensteuer im Fall des Vorhandenseins von Kindern mit 85 000 Mark, die zweimalige Reform der Schenkungssteuer mit 30 000 M., die Ermäßigung des Wassergeldes mit einem Verlust von 170 000 M. Nehmen wir nur diese Hauptposten, dann finden Sie, daß die Stadt in der Lage war, trotz Beibehaltung der 100 Prozent Einkommensteuer und der großen Leistungen der letzten vier Jahre

auf eine Gesamtsumme von Steuern, Abgaben und Gebühren von 735 000 M. Zehreinnahme zu verzichten und damit einzelnen Berufsständen nicht unerhebliche Erleichterungen zu verschaffen.

Und welche neuen Belastungen der Bürger Wiesbadens stehen diesem Verzicht auf 735 000 M. Steuern und Gebühren gegenüber? Belastungen von nur 200 000 M., die sich verteilen auf eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/2 Prozent im Betrag von 60 000 M., aus einer Schlachthofabgabe, welche die Schlachthofverwaltung zu tragen hat, im Betrag von rund 50 000 M., aus einer Tarifserhöhung der Vergräbniskosten, die 10 000 M. brachte, aus einer kleinen Erhöhung des Schulgelds im Betrag von 20 000 M., aus einer Erhöhung des wesentlich unter den Selbstkosten gebliebenen Krankenhaushalts für die 1. und 2. Klasse, die 22 000 M. lieferte, aus einem Mehr an Abreichtabfahrgeldern von 18 000 M. und einer Erhöhung der Hundsteuer im Betrag von 29 000 M.

Die Lösung des Rätsels,

daß in einer vierjährigen Periode voller Arbeitsleistung und thätigen Vorwärtstrebens außerordentliche Aufgaben bewältigt wurden, dabei noch die Einkommensteuer auf ihrer Höhe verblieb und überdies noch auf Abgaben im Betrag von rund 520 000 M. Differenz zwischen den aufgegebenen und neu eingeführten) verzichtet werden konnte, — das alles in einer vierjährigen Periode, in der die Staatsfehlbeträge von 520 000, 650 000, 700 000 und 830 000 M. zu decken waren — liegt natürlich neben der Anwendung äußerster Sparfamkeit und vorsichtiger Verwaltung in der Einführung der Kuriage, die den Wiesbadener Bürgern bis zu einem gewissen Grade die Sorge für die außerordentlichen Aufwendungen der städtischen Verwaltung für die Kureinrichtungen abnahm und sie teilweise den Fremden überließ, für die diese Ausgaben gemacht wurden.

Ohne Einführung der Kuriage hätten wir eine Erhöhung der Einkommensteuer von 15 Prozent vornehmen müssen und damit eine Politik treiben müssen, die vom Standpunkt ausbleibender Berechtigung wohl kaum zu verantworten ge-

wesen wäre und auch die kleinsten Steuerzahler verpflichtet hätte, an den Kosten von Einrichtungen mit zu bezahlen, die in ihrem Interesse gar nicht geschaffen werden. Der Vollständigkeit halber will ich noch erwähnen, daß auch eine Reform der Kuriage vorgenommen wurde, die einen Verlust von 35 000 M. brachte und damit sich hineinpogte in die gegebenen Bedürfnisse, daß selbst der Chef der Kurverwaltung, dem man vom Standpunkt seines Berufs keine anfängliche Stellungnahme gegen die Kuriage nachempfinden kann, sich nunmehr dahin ausdrückt, daß die gesuchten Folgen der Kuriage nicht eingetreten sind.

Also, ich meine, Sie werden dieser in den letzten vier Jahren getriebenen Steuerpolitik eine gewisse Öffnung nicht abstreifen können und werden mit mir der Auffassung sein, daß auch hier Vorteilhaftes und Fortschrittliches zu erkennen ist, mindestens aber, daß festzustellen ist,

daß die Behauptung nicht richtig ist, daß sich infolge der Einkommensteuerepolitik die übrigen Steuern und Gebühren ins Unerträgliche gesteigert hätten.

Eine gewisse Ausnahme möchte ich allerdings machen bezüglich des Preises, den wir für elektrisches Licht erheben; jetzt schon mit Tarifänderungen hier aufzutreten, hält der Magistrat indes nicht für zweckmäßig, da eine neue Lampe in Verwendung ist, die an sich schon — wie ich höre — eine mindestens 30prozentige Ersparnis an Licht garantieren soll. Aber wir werden immerhin diese Frage nicht aus dem Auge verlieren; auch gebe ich gern zu, daß die Wertzuwachssteuer einer gründlichen Reform unterzogen und zu einer erträglichen Steuer gemacht werden muß; auch will ich ebenso freimütig bekennen, daß ich es gern sehen würde, wenn sich unsere Finanzverhältnisse so besserten, daß wir die 1910 eingeführte Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/2 Prozent wieder rückgängig machen können im Interesse der Herbeiführung eines vermehrten Umlages und einer erträglichen Belastung.

Und wenn nun schließlich noch behauptet worden ist, daß unsere Einkommensteuerepolitik auch

die Abwanderung mehrerer Tausend Arbeiter

veranlaßt hätte, so möchte ich zunächst feststellen, daß Wiesbaden in den letzten 4 1/2 Jahren an Einwohnerzahl um 4000 abgenommen hat; hieron entfallen indes 1500 auf den Geburtenrückgang, so daß sich ein Verlust von 2500 ergibt, der allerdings sicherlich zu vier Fünfteln aus Arbeitern und kleinen Handwerkern sich rekrutiert; im letzten halben Jahr (von Oktober bis März) ist übrigens diese Abwanderung zum Stillstand gekommen; hoffen wir, daß es dabei sein Bewenden hat.

Mit dieser Abwanderung hat aber die Einkommensteuerepolitik nichts zu tun; sie ist

lediglich die Folge des Stillstehens der privaten Bautätigkeit, also die Folge einer Erscheinung, die wir — mit Ausnahme der rein industriellen Städte — mit allen anderen Städten teilen. Diese private Bautätigkeit dürfte schon anzuregen, etwa durch Vergabe städtischen Geldes zu Hypotheken für neue Bauten, dürfte ein nicht ungeschicktes Unternehmen sein angesichts der Tatsache, daß noch 5 Prozent der Wohnungen leer stehen und wir also noch 2 Prozent von dem normalen Satz entfernt sind. Was wir hier tun können, liegt auf dem Gebiet der Schaffung eines normalen Angebots von bauseigenem und preiswertem Gelände; die Vorarbeiten für diese Kommission sind vollendet und im Besitz der Mitglieder der Kommission, die Anfang April ihre Arbeiten aufnehmen wird.

Diese Verdrängung des Baumarckts tritt überall hervor; lesen Sie den letzten Bericht über den Grundbesitz- und Hypothekenmarkt in der Zeitschrift des „Tages“ über Grundbesitz und Realcredit, und Sie gewinnen wenigstens einen schwachen Trost durch die Tatsache, daß wir auf diesem Gebiet nur zu zahlreich, daselbst schicksal teilende Genossen unter den deutschen Städten haben.

Hätten wir wirklich 10 Prozent Einkommensteuer mehr

erheben, so wäre an diesen Verhältnissen nicht das geringste geändert worden;

es könnte die Einkommensteuerfrage nur insofern in Betracht kommen, als einmal aus Mangel an Mitteln wirklich notwendige Ausgaben, die Geld und lohnende Arbeitsgelegenheit schaffen, unterlassen werden müßten, bloß um der Einkommensteuer willen. Das wäre ein falsches Prinzip, das bekämpft werden müßte, denn eine städtische Verwaltung soll nicht nur aus Sparen denken; sie soll sich auch bewußt sein, daß die Entwicklung nicht zum Stillstand gebracht werden darf, daß Notwendiges geschaffen werden muß, und schließlich auch daran zu denken ist, daß durch Schaffung lohnender Arbeitsgelegenheit die Steuerkraft sich hebt, was schließlich der Stadt selbst zugute kommt.

Der Magistrat kann sich nur freuen, mit Rücksicht auf die eben geschilderte Verwaltungstätigkeit der vergangenen vier Jahre feststellen zu können, daß die auf allen Gebieten vorgenommenen großen Arbeiten der städtischen Verwaltung den arbeitenden Ständen, Handel und Gewerbe und dem Handwerk doch manchen guten Verdienst gebracht haben. Wir empfinden es mit Befriedigung, daß unser Budget — wie an anderer Stelle schon hervorgehoben — für soziale, vor allem auch den Minderbemittelten zugute kommende Zwecke rund 2 1/2 Millionen zur Verfügung stellen kann; ich rechne hierbei die Ausgaben für Armenpflege, für Kranken- und Gesundheitspflege, für Schul- und Bildungszwecke, mit Ausschluß der höheren Schulen, für Arbeiterfürsorge, für Invaliden, Kranken-, Unfall- und Angestelltenversicherung, ferner die Zuschüsse zu wohltätigen und gemeinnützigen Anstalten. Wir haben uns gefreut, für Notstandsarbeiten in den letzten vier Jahren über 420 000 M. zur Verfügung gestellt zu haben, und waren gerne bereit, im laufenden Jahr wie im kommenden Etat Beträge für Lohnserhöhungen der Arbeiter in Höhe von ca. 80 000 M. bereitzustellen.

Auch das Handwerk, dessen schwere Bedrängnis der letzte Bericht der Handwerkskammer über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Kammerbezirk Wiesbaden eingehend schildert, bedarf der wohlwollendsten Berücksichtigung, und es wird eine ernste Aufgabe der Verwaltung sein, daran zu denken, daß mit Ablauf des Etatsjahres 1914 die hauptsächlichsten städtischen Bauten beendet sind; es wird dann niemand gereuen, wenn noch Notwendiges ausgeführt und im übrigen auch das besondere Interesse der städtischen Verwaltung darauf gerichtet wird, alles zu tun, daß auch die vom Staat beauftragten Bauten, Realgymnasium und Regierungsgebäude, alsbald in Angriff genommen werden können.

Der Notlage des Hauses haben wir zu steuern versucht durch ein Abkommen mit der Nassauischen Landesbank zwecks Hypothekendarlehen; es sind auch unter Bürgerschaft der Stadt 2 1/2 Millionen zu diesem Zweck gegeben worden, wozu noch 1/2 Million aus eigenen städtischen Mitteln tritt, so daß im laufenden Jahr 3 Millionen an Hypotheken in die Hände der städtischen Grundbesitzer gelangten.

Sie wissen, daß dies Abkommen mit der Landesbank aus formellen Gründen aufgehoben wurde; es wird zurzeit weiter verhandelt mit der Landesbank, die sich ihrerseits an den Herrn Oberpräsidenten gewandt hat um Erwirkung der Genehmigung zu einer Erweiterung ihrer Geschäftstätigkeit und zur Vermeidung weiterer Schwierigkeiten bei eventueller Aufschließung eines neuen Abkommens. Sollte auf diesem Weg nichts zustande kommen, so wird der Magistrat versuchen, selbst auf irgend eine Weise vorzugehen.

Hoffentlich werden wir auch in der Lage sein, in Wälde einen Betrag flüssig zu machen, der den unteren Beamten etwas bessere Bezüge verschafft.

Sie werden aus allem entnehmen, daß der Magistrat den besten Willen hat, zu helfen, wo er kann; dabei wird er es für seine erste Pflicht halten, stets darüber zu wachen, daß die Finanzlage der Stadt eine gute bleibt. Mit außerordentlicher Befriedigung will ich dabei feststellen, daß

die Schulden der Stadt sich in den letzten vier Jahren nicht vermehrt, sondern um 1,6 Millionen Mark vermindert haben. Seit dem 1. April 1910 bis zum 1. April 1914 sind 6,36 Millionen Schulden neu aufgenommen und 7,9 Millionen getilgt worden.

Für Neubauten und größere Umbauten sind in den letzten vier Jahren insgesamt 12 Millionen aufgewendet worden, und zwar 8,5 Millionen aus Anleihenmitteln und 3,5 Millionen aus den laufenden Mitteln des Etats. Auch das spricht für eine durchaus gesunde Finanzlage.

Wenn Sie nun diese in meinen Ausführungen eingehend geschilderten Leistungen der Stadt seit 1910 zusammenfassen und wenn Sie ferner nicht vergessen, daß diese Leistungen trotz Wegfalls von über 1/2 Million Mark beizugender Einnahmen möglich waren, wenn Sie ferner bedenken, daß in dem gleichen Zeitraum auch eine vorteilhafte Verschiebung, bezw. Verminderung der Steuerlast — so weit die Wiesbadener Einwohner in Frage kommen — stattgefunden hat und trotz dieser Umstände noch eine Schuldverminderung um 1,6 Millionen Mark eingetreten ist, so werden Sie zugeben, daß wir keinen Grund haben, mit der Entwicklung unseres städtischen Budgets unzufrieden zu sein.

Wir sind zu dem günstigen Ergebnis gelangt durch unsere eigene Kraft und werden das auch in Zukunft tun.

Die Hoffnungen, vom Staat Hilfe zu erhalten durch ein neues Gemeindeabgabengesetz, werden sich — wenn der vorliegende Entwurf Gesetz werden sollte — zerfliegen, denn dieser Entwurf arbeitet nach dem Schema der kleinen Mittel, die uns nicht helfen können, er vermeidet es, einen neuen, sozial gerechteren Einkommensteuertarif den Gemeinden zur Verfügung zu stellen; auch hat er den Gedanken der Kapitalrentensteuer nicht in sich aufgenommen. Wir wollen uns deshalb allein weiter helfen; die Stadt Wiesbaden besitzt in sich selbst die Kraft, wieder zu einer besseren Entwicklung zu gelangen; gewiß erwarten uns zunächst keine allzu angenehmen und leichten Jahre, aber der Magistrat fürchtet die Schwierigkeiten nicht, besonders dann nicht, wenn er die Hoffnung hat, auch im kommenden Jahr mit der Stadtverordnetenversammlung in den Haupt- und Lebensfragen sich in so erfreulicher Übereinstimmung zu finden, wie dies im jetzt ablaufenden Etatsjahr der Fall gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Namens des Finanzausschusses erstattet dessen Vorsitzender, Stadtverordneter Dr. Dreher, den folgenden

Bericht über den Etat der ordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1914 ist von dem Magistrat mit großer Vorsicht aufgestellt. Der Magistrat hat sich von den Gerüchten über einen zu erwartenden starken Zuwachs infolge des „Generalarbonds“ nicht verleiten lassen, die Steuern höher zu veranschlagen, als sie ohne Zuwachs aus solch unsicherer Quelle zu erwarten sind, und dann dementsprechend aus dem Vollen zu wirtschaften, bevor noch die Einnahmevermehrung gesichert ist. Lieber hat er die bisher mit so guten Resultaten geübte

Politik der vernünftigen Sparsamkeit

fortgesetzt. Einer Sparsamkeit, die für alles sorgt, was die in Wiesbaden bereits in Fülle gebotenen Annehmlichkeiten noch wirklich mehrt, die aber nicht mit Überflurung vorgeht und glaubt, daß alles, was lebenswichtige Projektmaße irgendwie erdenken können, auch sofort in einem Jahre ausgeführt werden muß. So ist es ihm möglich gewesen, trotz der Verabschaffung des Wasserpreises und dem Bau des prächtigen Kaiser-Friedrich-Bades ohne irgendwelche Steuererhöhung auszukommen und ein Budget vorzulegen, in welchem der seit langen Jahren bestehende Einkommensteuertarif von 100 Proz. unverändert geblieben ist, ebenso wie der niedrige Satz von 2% Grund- und Gebäudesteuer, der nicht ganz 140 Prozent des Staatssteuersolls ausmacht. Auch die Eröffnung der neuen Landesbibliothek und der rüstig voranschreitende Bau des neuen Museums werden darin keinen Unterschied machen, da es möglich war, die alten Gebäude zu entsprechenden Preisen zu verkaufen.

Der Finanzausschuss hat denn auch noch sorgfältiger Prüfung des Haushaltsplans

wenig dazu zu bemerken und keine weiteren Abstriche zu empfehlen.

Erbringen die Steuern etwas mehr als veranlagt, so müssen in erster Linie die Reserve- und Ausgleichsfonds, welche in diesem Jahre wenig bedacht werden konnten, ausgiebig berücksichtigt werden. Ebenso die Neuverteilung einiger Beamtengehälter. Auch

der Pflastererneuerungsfonds und der Schulbankfonds bedürfen dringend weiterer Zuweisungen. Der letztere, dem seit 1894 die Baukosten aller unserer Volks- und Mittelschulen und selbst die 783 000 M. für unsere Realschule, die höhere Mädchenschule am Schloßplatz, entnommen werden konnten, wird, nach Veranschlagung der im Haushaltsplan 1914 eingestellten 249 000 M. für die neue Schule an der Bahnstraße und die Zentralheizung der Lehrerschulung am 1. April 1915 bloß noch einen Bestand von 12 636 M. aufzuweisen haben, wenn ihm nicht aus etwaigen Überschüssen des Jahres 1913 weitere Zuweisungen gemacht werden können. Denn von den 208 262 M. Überschuss aus 1912 konnten ihm bloß 100 000 M. überwiesen werden, weil die weiteren 108 262 M. zur Deckung der 1913 bewilligten zweiten Arbeiterlohnserhöhung und Notstandsarbeiten verwendet werden müssen. Die Zilialsteuer, welche diese Kosten decken sollte, konnte im laufenden Jahre noch nicht erhoben werden. Sie ist nun mit nur 80 000 M. in den vorliegenden Etat eingestellt, und es ist zu hoffen, daß die Genehmigung zeitig erfolgen wird, um sie wenigstens für 1914 erheben zu können.

— Die Schankkonzessionssteuer, die 1910 noch mit 75 000 M. eingestellt werden konnte, kommt infolge der wiederholten Änderungen jetzt bloß mit 20 000 M. in Betracht. Sie hat bis 28. Februar 1914 nur 16 600 M. ergeben, wie dies gelegentlich der letzten Änderung bereits vorhergesagt worden war. — Bloß

die direkten Steuern

zeigen ungeachtet unserer niedrigen Sätze eine gesunde stetige Zunahme und empfehlen damit die Beibehaltung der seit langen Jahren befolgten Steuerpolitik. Trotz der geübten vernünftigen Sparsamkeit ist Wiesbaden dabei eine der schönsten, angenehmen und gesündesten Städte Deutschlands geworden. Ermöglicht wurde dieses Resultat aber auch mit dadurch, daß Wiesbaden in seinen industriellen Werken, dem städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk, verbundene Anlagen hat, die der Stadtkasse bedeutende Überschüsse zur Verfügung stellen konnten, zum Teil freilich nur unter Heranziehung von Überschüssen aus früheren Jahren. Die letzteren erscheinen in dem vorliegenden Budget zum letztenmal. Solange diese Werke weiter die Finanzen Wiesbadens kräftig unterstützen können, so müssen dieselben aber auch produktiv erhalten bleiben und es darf ihnen nicht durch Herabdrückung ihrer Preise die Lebenskraft beschränkt werden. Wir sind darin bereits etwas weitergegangen, wie manchen richtig erschien, als wir den

Preis für unser vorzügliches Wasser

von 30 auf 25 Pf. den Kubikmeter ermäßigt haben. Es geschah dies, um solchen notleidenden Hausvermietern zu helfen, welche in Ermangelung von besonderen Wassermessern in den einzelnen von ihnen vermieteten Wohnungen das Wasser für ihre Mieter mitbezahlen mußten und dies in der gegenwärtig gebräuchlichen Lage vieler Vermieter als eine Härte empfanden. Eine als Kompensation gedachte mäßige Wasseranschlußgebühr, die von den Mietern getragen werden sollte, fand in der vorgeschlagenen Form keinen Beifall, und so gehen dem Wasserwerk bereits 170 000 M. jedes Jahr verloren. Weiter in dieser Richtung darf aber nicht gegangen werden, wenn unsere Finanzen gesunde bleiben sollen.

Die größte Steigerung der Ausgaben tritt wieder bei der Schulverwaltung ein:

100 000 M. mehr als im Vorjahr. Abgesehen von jeder Verzinsung und Tilgung der Gebäude erfordern sie dieses Jahr einen Zuschuß von 1 855 748 M., bedeutend mehr als die Hälfte der ganzen Einkommensteuer von 2 950 000 M. Davon entfallen auf die höheren Schulen rund 336 000 M., die Volksschulen rund 838 000 M., die Mittelschulen 254 000 M., der Rest auf die gemeinsame Schulverwaltung.

Die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung

dagegen haben sich angenehmerweise gegen das Vorjahr um 110 000 M. verringert; der dem Ordinariat zur Last fallende Betrag sogar um 134 000 M. Zu danken ist dies der im letzten Jahr erfolgten Abtragung des Restes der 1879er Anleihe. Eine ähnliche Ersparnis wird aber in den nächsten Jahren nicht folgen, da keine größere Anleihe vor dem Jahre 1924 ganz abgetragen sein wird.

Der Etat der ordentlichen Verwaltung für 1914 schließt ab in Einnahme und Ausgabe gleichlautend mit 13 052 133 M. auf 93 Pf., so ziemlich dem gleichen Betrage wie im Vorjahr.

Der Antrag des Finanzausschusses

geht dementsprechend dahin: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle der Festsetzung des Haushaltsplanes der ordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914 in Einnahmen und Ausgaben auf 13 052 133 M. 93 Pf. zustimmen und genehmigen, daß für das Rechnungsjahr an Steuern erhoben werden: 1. eine Gemeindefiskal-Kommunensteuer von 100 Prozent der Staatssteuer; 2. eine Gewerbe- und Betriebssteuer von je 150 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbe- und Betriebssteuer, und 3. 200 Prozent des gemeinen Wertes der Gebäude und Grundstücke, gleich 139,90 Prozent der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuer. Die Durchschnittsbefragung der Realsteuern beträgt damit 146,92 Prozent.

Stadtoberordneter Dr. Dreyer referiert namens des Finanzausschusses auch über den

Etat der außerordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914.

Bei etwas Zurückhaltung ist es dem Magistrat möglich gewesen, auch im laufenden Rechnungsjahr ohne Anleihe auszukommen, und zwar ist dies geschehen, ohne daß irgend etwas Wesentliches in der günstigen Weiterentwicklung Wiesbadens verkannt wurde. Unser herrliches Kaiser-Friedrich-Bad, das mit seinen praktischen modernen Einrichtungen auch den verwickeltesten Anforderungen gerecht wird, ist vollendet und schon reichlich von Kurgästen und Einheimischen benutzt worden. Ebenso das neue Gebäude der Landesbibliothek mit seinem gut ventilierten großen Lesesaal. In den Erweiterungen des städtischen Krankenhauses sind weitere Fortschritte gemacht worden, so daß mit den im Jahre 1914 zu vollendenen Pavillons 3 und 4 die gesamten, nahezu 3 1/2 Millionen kostenden Erweiterungsbauten abgeschlossen sein werden. Auch

unser neues Museum

ist bereits unter Dach und wird, neben seinem Hauptzweck, der Aufnahme unserer reichen Natur- und Kunstschatze, eine weitere Fierde unserer Stadt werden. Dank seiner günstigen zentralen Lage am Kreuzungspunkt unserer wichtigsten Straßen (der Rheinstraße, Wilhelmstraße und Kaiserstraße) wird es sofort jedem Ankömmling zeigen, daß Wiesbaden, neben allen seinen sonstigen Vorzügen, auch die geistigen Interessen hegt und pflegt. Dabei ist unsere finanzielle Lage eine recht günstige geblieben. Abgesehen von den Schäden unserer sich selbst tragenden Zweigungsverwaltungen, deren Bedienen uns ermöglicht hat, bei Weiterentwicklung aller Annehmlichkeiten unsere seit Jahren festgehaltenen niedrigen Steuersätze beizubehalten,

betrugen unsere Schulden am 1. April 1914 nur 24 368 270 M. Damit stehen sie bloß 400 000 M. höher als vor drei Jahren, wo sie mit 23 968 478 M. zu Buch standen, während unser Grundbesitz weiter stetig zugenommen hat.

Für das kommende Rechnungsjahr ist zwar ein Anleihebedarf von 8 197 400 M. vorgesehen, dem bloß eine Tilgung von 1 165 945 M. gegenübersteht, so daß rechnerisch eine Schuldzunahme von 2 031 455 M. in Aussicht steht. Davon ist aber eine halbe Million für den Grundstücksfonds

bestimmt, dem im Jahre 1913 bereits eine Million zugewiesen war. Auch dürfte die in den Etat der außerordentlichen Verwaltung für 1914 eingestellten 1 500 000 M. Baukosten des neuen Museums folgerichtig den 2 000 000 M. Erlös aus dem Grundstück des alten Museums entnommen werden, da uns dieses Grundstück zusammen mit den alten Gerichtsgebäuden gegeben wurde, um daraus die Kosten des Museumsneubaus zu decken.

Außer den erwähnten 500 000 M. für den Grundstücksfonds und den 1 500 000 M. für den Museumsneubau sollen aus der vorgesehenen Anleihe von größeren Beträgen zur Verfügung gestellt werden: 400 000 M. für den Neubau des Lyzeums 2 am Vesparg; 250 000 M. für die Erweiterungsbauten des Krankenhauses; 202 000 M. für Erweiterung der Kanalisation; 105 000 M. für Straßenbauten und 75 000 M. für Erweiterung der Dekorationsmagazine des Hoftheaters.

An wichtigen Aufgaben für die gesunde Fortentwicklung Wiesbadens fehlt es demnach noch nicht. Deshalb kann nur wiederholt empfohlen werden, der Verwaltung nicht mit unnötigen Projekten zu kommen, wenn sie auch dem einen oder anderen von uns als wünschenswert erscheinen möchten. Gesunde Finanzen sind auch eine schöne Einrichtung für eine Stadt und reichen noch mehr zu ihrem dauernden Vorteil als mancher überflüssige Prunkbau.

Der Finanzausschuss beantragt: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle, unter Vorbehalt der besonderen Genehmigung der verschiedenen Kostenansätze, der Feststellung des Voranschlags der außerordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914 mit 3 865 825 M. 43 Pf. in Einnahmen und des gleichen Betrages in Ausgaben ihre Zustimmung erteilen.“

Auf die umfangreiche Generaldebatte, die sich an die Rede des Oberbürgermeisters und die Berichte des Finanzausschusses angeschlossen, kommen wir in der heutigen Abend-Ausgabe zurück.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Auf Veranlassung des hiesigen „Freidenkerbundes“ sprach am Montag im Saale der „Wartburg“ Frau Dr. phil. Helene Stöcker aus Berlin über „Geburtsrückgang und freiwillige Weltanschauung“. Das Thema steht bekanntlich im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses der Gegenwart, wird aber leider zumeist nur vom national-politischen Standpunkt aus betrachtet. Die erwähnte Rednerin ist nun bekannt als energiegeladene Vertreterin des Neu-Religiosismus. Sie bietet deshalb wohl dafür Gewähr, daß die Geburtensage durch sie zur vollen wissenschaftlichen Würdigung kommen wird.

Vereinsberichte.

Der „Blaukreuzverein“ veranstaltete am Sonntag im voll besetzten Saal des „Evang. Vereinshauses“ einen Vortragabend, der den aufklärenden und belehrenden Bestrebungen des Vereins dienen sollte und diese Aufgabe in höchst glücklicher Weise erfüllt hat. Nach einem einleitenden Wort des 1. Vorsitzenden, Herr Schöcker, befasste sich der vorläufige Vortrag Dr. med. Otto von der Hand eines reichen und zweifelsfrei ausgewählten Tabellenmaterials die Schäden des Alkohols vom hygienischen und sozialen Gesichtspunkt aus. Daß es ihm trefflich gelungen ist, seinen wissenschaftlich wohl begründeten Ausführungen auch die rechte volkstümliche Form zu geben, das bezeugt die gespannte Aufmerksamkeit, mit der der Vortragende dem fast ständigen Vortrag folgte. Nach einem Gesang des Chores und einer nachdenklichen Deklamation eines Blaukreuzers folgte dann eine Lichtbildvorrede: „Zwei Häuser, zwei Leben“, welche die den Menschen verurteilenden und die Familie demütigenden Wirkungen des Trunks in erschütternder Weise zur Anschauung brachte. — Drei Sätze aus dem Vortrag Dr. Ottos seien besonders angeführt: einmal: „Die typische Folge der Trunksucht ist die Abkehr von der Familie“ und dann: „Der Weg zur Rettung führt allein in der völligen Abstinenz“. Diese beiden Sätze beleuchten ein viel wertvolles Rettungswort. Die Rettung eines einzigen Trunkers ist, da sie meist die Rettung einer ganzen Familie bedeutet, und daß der Weg, den das „Blau Kreuz“ dazu beiseite, von allen, die das Wesen der zu befreienden Person kennen, immer mehr als der richtige erkannt wird. (Ohne Gewähr.)

Im „Hessen-Nassauischen Provinzialverein für Frauenzimmer“ wurden gelegentlich eines fünf-tägigen Besuchs von zwei weiblichen Mitgliedern der Referate gehalten. Die erste Rednerin zeigte in ihren Ausführungen, welche Folgen die bestehende Rechtlosigkeit der Frau, besonders für die im Etwas stehende Frau, nach sich zieht. Sie forderte die Frauen auf, die noch nicht von der Notwendigkeit des Frauenstimmrechts überzeugt sind, im Gegensatz zu vielen Männern, die seine Berechtigung anerkennen, sich in die Bestrebungen der Frauenbewegung zu vertiefen, dann würden auch sie für den Grundstein „des Stimmrechts“ gewonnen werden. — Darauf sprach die zweite Rednerin über den Geburtenrückgang. Entsetzt mit Fries, Raumanns Ausdruck: „Ein ganzes Volk wird fast ohne Ausnahme von der Anleihe am Nachwuchs ergriffen“, führte sie aus, daß die Anleihe zur Fortpflanzung ein soziales Problem sei. Bei der Verteuerung aller Lebensverhältnisse seit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs hätten es viele für eine stillige Notwendigkeit, die Kinderzahl zu beschränken, da sie nicht die Möglichkeit besitzen, ihre Kinder ausreichend zu ernähren und ihnen eine ihrem Vorkommen dienliche Erziehung geben zu können. Ein außerordentlicher Einfluß auf vermehrte Kindererzeugung ist bei den Arbeiterinnen festzustellen worden (König, Preuß. Statistik Landesamt) die eine Lebenshaltung mit landlichem Zuschnitt führen. Eine Steuerermäßigung für Mütter zahlreicher Kinder wäre anzuwenden, damit nicht durch Überlastung der Einkommensteuer der Frau eine Prämie auf das Junggeburtenum angesetzt wird. Die Pflicht des Staates, d. h. der organisierten Gesellschaft, ist es, solche Verhältnisse zu schaffen, daß möglichst viele Kinder erziehen zu dürfen und ernähren zu können. Im Familienkreis der Arbeiter handelt es sich nicht so sehr um das Überleben als um das Gelingen, ohne die Erweiterung der Frauenrechte, ohne Einfluß der Frau auf die Gesetzgebung, zwei Forderungen der Gerechtigkeit kann nach dieser Richtung nichts Gutes erreicht werden. Das zahlreiche erscheinende Problem dankt durch seinen Beifall den vorzüglichen Leistungen beider Rednerinnen. (Ohne Gewähr.)

* Der Verein zur Pflege englischer Sprache und Literatur hat am Dienstagabend mit einem Vortrag in englischer Sprache über Schloßpoesie „Kaufmann von Venedig“ zum Erkennen an die Öffentlichkeit. An der Hand von Bildnissen hat Dr. Cusden zunächst den Inhalt des Lustspiels und belebte die Erzählung durch guten Vortrag darstellerischer Stellen aus dem Stück selbst. Der künstlerisch dramatische Gehalt des Stoffs durch Schloßpoesie trug er wenig Rechnung, da die ganze Darstellung mehr auf Erwecken der Anteilnahme am Handeln und Geschehen des Stückes und auf Erheben der historischen Schönheit des Stückes abzielte. Darum schenkte Dr. Cusden seinen vollen Poesie besonders Aufmerksamkeit und in der Deklamation hervorragender Stellen konnte der Zuhörer der Schloßpoesie Sprache auf die Zuhörer wirken. Die Ausführungen über Schloßpoesie Quellen, die Zeit der Abfassung des Stückes, der nur aus einem Vergleich mit künstlerisch geringeren und reiferen Werken gemindert werden kann, kennzeichnet Dr. Cusden als einen Schloßpoesie-Kenner. Die Dichter Wordsworth und Browning sind die nächsten, über die berichtet werden soll. (Ohne Gewähr.)

Aus unserem Leserkreise.

(Nicht verteilte Meinungen können weiter ausgedrückt, noch ausgedrückt werden.)

* Täglich bringen die Zeitungen neue Berichte von großen Erfolgen des Generalparks, und wenn man auch annimmt, daß sich die bisherigen Steuerhinterziehungen nicht ganz so schnell erweisen, als teilweise vorausgesetzt wird, so scheint es sich doch um ungeheure Summen zu handeln. Straßlos gehen diejenigen aus, für die wir, die immer gewissenhaft auf Heller und Pfennig unsere Pflicht getan, bisher also die Staatsausgaben mit beitrugen haben. Wir sind also sehr dankbar für die Geldstrafen! Wäre es da nicht Recht und Anstandspflicht, als kleinen Ausgleich uns Gewissenhaften wenigstens die dritte Steuerklasse zur Wehrsteuer zu erteilen und die anderen ruhig zahlen zu lassen? Der Steuerbehörde würde es ja leicht sein, diese von jenen zu unterscheiden. Wer nimmt sich unserer an, vertritt diesen Vorschlag an geeigneter Stelle? Wäre würde dieser kleine Ausgleich vorzugsweise Leute mit nicht großem Einkommen treffen, denen es vielleicht oft bitter schwer wurde, die Steuern pünktlich zu zahlen.

Ein treuer Staatsbürger und eifriger Steuerzahler.

* Am „Tagblatt“, Abend-Ausgabe vom 17. d. M., steht in dem Artikel über die Einführung der Straßbahn folgende Passage: „Nach 10 Uhr abends konnte der abwechselnde Verkehr nach Kerol und Sonnenberg durch die Wilhelmstraße geleitet werden, da die Kurinteressen einer Verlängerung des Betriebes durch die Kanngasse nach 10 Uhr abends entgegenstehen.“ Also die Kurinteressen beschränken sich auf die Kanngasse, für die Wilhelmstraße bestehen solche Interessen scheinbar nicht, und man scheint es in der Ordnung zu finden, daß die Kurinteressen am Kanngasse entlastet und hier für die in der Wilhelmstraße doppelt belastet werden. Eine höchst wunderliche Ansicht und Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. J. R. (Wenn alle 7 Minuten abwechselnd ein Wagen nach Kerol und Sonnenberg durch die Wilhelmstraße verkehrt, so wird in dem bisherigen Verkehr in der Wilhelmstraße nichts geändert, während für die Kanngasse eine beträchtliche Verlängerung des Verkehrs vorgenommen werden müßte, was bei der engen Kanngasse entschieden eine Schädigung der Kurinteressen bedeutend wäre.)

* Die Sonntagsruhe. In Nr. 101 des „Tagblatts“ findet sich unter der Überschrift „Die Woche“ ein warmherziger Artikel zugunsten der vollen Sonntagsruhe. Die Forderung, jedem einen freien Tag in der Woche einzuräumen, ist sicher berechtigt. Daß aber gerade der Sonntag frei sein muß, kann gar mancher nicht einsehen. Der Sonntag ist, wie die Erfahrung beweist, durchaus nicht so geeignet, daß es erwünscht wäre, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe aufrecht zu erhalten oder gar noch zu verschärfen. Er ist, soweit sich der Einfender zu erinnern vermag, nach der Statistik der an Verbrechen reichste Tag. Der Verfasser des Artikels in Nr. 101 der Zeitung wendet sich nun zum Schluß an die positiven Christen mit der Begründung, woran glaube, daß Gott in 6 Tagen die Welt erschaffen und am 7. Tage Gottesruhe gehalten hat, dem müsse es Glaubenssache sein, den Sonntag allgemein als Ruhetag zur Geltung zu bringen. Dies mag gut gemeint sein, ist aber verfehlt. Wenn die Welterschöpfung hier mitbestimmend sein soll, dann kann der Sonntag als Feiertag überhaupt nicht in Frage kommen, denn er ist — wie auch die Kalender zeigen — nicht der 7., sondern der 1. Tag der Woche. Vielmehr müßte der von Gott bei der Schöpfung besonders gesegnete und geheiligte, d. h. am heiligen Gebot abgegrenzte Sabbat gewahrt werden, wie ihn schon die Menschen im Paradies und ihre Nachfahren, später die Juden, Jesus Christus, die Apostel und anderen Christen sowie ein Teil ihrer Nachfolger bis auf die Jetztzeit hielten und noch halten.

* Laut Mitteilung im „Tagblatt“ betrug die Frequenz der Volkskassette im Monat Februar 3829 Leser und 478 Zuhörer. Was wollen diese Zahlen besagen, wenn darin die regelmäßigen Besucher mitgezählt sind, die also täglich immer wieder besucht werden? Ferner sei daran erinnert, daß der mittlere Schluß auf 1 Uhr festgesetzt ist. Es sollte genügen, wenn der Zuhörer mit dem Glockenschlag Schluß gäbe und dann aufbräume. Zurzeit geschieht letzteres viel früher, schon von 1/2 Uhr ab, und um 1/4 beginnt ein bearteteres Hin- und Hergehen des Mannes und Schüffels, was es direkt störend ist. Unter diesem Zwang verlassen meist die Leser schon 10 Minuten vor 1 Uhr flüchtig das Lokal, zugleich mit dem Zuhörer, der es offenbar nötig hat. Sehe man also ihm auf die Entzweiung der offiziellen Schluß auf 1/2 Uhr fest oder aber, der Beamte richte sich besser nach der jetzigen Bestimmung. Ein Leser für mehrere.

* Eines jeden Naturfreundes Auge wird wohl durch den Blick auf die Beaufite gestrichelt. Nun wurde in der letzten Sitzung des Subvereins von Herrn Oberingenieur Max Rißer ein Projekt über eine Ringbahn über Beaufite-Gärten vorgelegt, für die ein Viadukt im hinteren Kerol vorzusehen ist. Gott behüte uns vor einem zweiten Viadukt in diesem herrlichen Flecken! Dies ist nicht tief näher, wenn die Ringbahn von der jetzigen Endstation Beaufite über die obere Wilhelmstraße, obere Platter Straße nach den Eichen geführt würde. In jeder Beziehung dürfte diesem Projekt der Vorzug zu geben sein. S. R.

Briefkasten.

Die Schriftleitung des Wiesbadener Tagblattes übernimmt nur schriftliche Anfragen in Briefkasten, und zwar ohne Rücksichtnahme. Beherzungen können nicht anerkannt werden.

A. R. Ob der eine der Brüder den Verstorbenen bis an sein Lebensende versorgt und bedient hat, ist eine laienhafte Frage. Ob die Witwe und Bedienung lange oder kurz gedauert hat, wird nach dem Wortlaut des Testaments nicht in Betracht kommen. Ist die Witwe zu bejahen, so ist der Erbe bestimmt bezeichnet. Da das Testament in seiner Form nicht anfechtbar ist, wird der Erblasser erteilt werden. Sonst müßte das Testament anfechtbar werden von denjenigen, welche einen Anteil an der Ausübung erblicken.

B. R. Wenn sein Ehevertrag besteht und die Eheleute in gemeinsamer Verwaltungsgemeinschaft leben, hat der Ehemann nur die Verwaltung und Ausübung des Frauengutes. Nach dem bekannten Spruch „Frauengut soll weder wachsen noch schmelzen“ hat der Ehemann bei der Auflösung der Ehe alles das zurückzugeben, was er zur Verwaltung und Ausübung erhalten hat. Es muß also nach Auflösung der Ehe Auseinandersetzung erfolgen.

C. R. Niederrhein. 1. Wenn die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht beobachtet sind und der Hypothekengläubiger den Schuldner persönlich nicht entlassen hat, so haftet dieser persönlich für einen eventuellen Ausfall. § 416 des BGB. sagt: übernimmt der Entwerfer eines Grundstückes durch Vertrag mit dem Veräußerer eine Schuld des Veräußerers für die eine Hypothek an dem Grundstück besteht, so kann der Gläubiger die Schuldübernahme nur genehmigen, wenn der Veräußerer sie ihm mitteilt. Sind seit dem Empfang der Mitteilung sechs Monate verstrichen, so gilt die Genehmigung als erteilt, wenn nicht der Gläubiger dem Veräußerer gegenüber vorher verweigert hat. Der Veräußerer hat auf Verlangen des Entwerfers dem Gläubiger die Schuldübernahme mitzuteilen. 2. Es gibt veräußerte Wechselverpflichtungen, Akzept, Indossament. Die Veräußerungsverpflichtungen sind verschieden: sie sind in der Wechselordnung bestimmt.

D. R. 100. A 55 besteht sich auf die Autablen und A 44 bedeutet nicht auffallende Schließheit des Hais, Erhöhung einer Säule oder Güte ohne Beeinträchtigung der Verweilbarkeit des betreffenden Objekts, geringe Fehler, welche die Tauglichkeit zum Dienste mit der Waffe nicht ausschließen.

100. R. Sie selbst können das Scheitern nicht verhindern. Sie müssen sich deshalb mit der Gemeinde als Zwangsverpflichtete in Verbindung setzen.

E. R. Freund. Die Platte der Tür ist rot mit weißem Rahmen und Stern.

F. R. Ihre Frau hat kein Erbrecht an dem Vermögen Ihrer Eltern, sobald Sie vor Ihrer Frau sterben.

„Tagblatt-Druck“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.



Besuchspreis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich. **N. 2.** — vierteljährlich durch den Verlag
Bergstraße 1, ohne Frachtporto. **N. 3.** — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, außerdem
Bergstraße — **Besuchs-Verordnungen** nehmen außerdem zugunsten: in Verbindung mit der **Zeitschrift** **Die**
Verordnung N. 2, sowie die **Zeitschriften** in allen Teilen der Stadt; in Verbindung mit den **Zeitschriften**
ausgeben und in den benachbarten Vororten und im **Ausland** die betreffenden **Zeitschriften** Träger.

Einzelnen-Preis für die Seller: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „**Wochenblatt**“ und „**Stärker Anzeiger**“ in unvollständiger Spalte; 20 Bg. in davon abweichender Ausführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 BZL für lokale Stellen, 3 BZL für auswärtige Stellen. Ganze, halbe, dritteil und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeilen.

Angaben-Nachname: Für die Abend-Ausg. des 12. Ubr mittags. Für die Morgen-Ausg. des 6. Ubr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Winkelfstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an gesetzlich bestimmten Tagen und Wochen nach folgendem Schema: Wiesbadener Tagblatt

Freitag, 20. März 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 134. • 62. Jahrgang.

Bürgerkrieg im Britenreiche?

Im englischen Unterhause hatte die Opposition feierlich erklärt, daß der Bürgerkrieg in Irland sicher sei, wenn die protestantische Provinz Ulster nicht von den Bestimmungen der Home Rule Bill ausgenommen werde, und aus Ulster selbst ist jetzt die zweifellos sehr ernst gemeinte Ankündigung ergangen, daß dieser Bürgerkrieg am Montag seinen Anfang nehmen werde. Der Ehrensäbel, welcher dem ungekrönten König von Ulster, Sir Edward Carson, überreicht wurde und dessen Klinge die Inschrift trägt: „Geschenk an Sir Edward Carson von seinen Ulsterfreunden, die überzeugt sind, daß Gott das gute Recht verteidigen wird“, kennzeichnet die Stimmung, die unter den sogenannten Drangisten herrscht.

Die Provinz Ulster, um die sich der Streit bei dem Homerulegesetz dreht, ist die einzige in Irland, die eine protestantische Mehrheit hat. Nach der Zählung der Ulsterleute besteht die Bevölkerung der Provinz aus 890 000 Protestanten und 690 000 Katholiken. Ob diese Zählung zutrifft, steht dahin, aber jedenfalls sind die Glaubensbekenntnisse innerhalb der Provinz ungleich verteilt. Von den neun Grafschaften weisen nur Antrim, Armagh, Down und Derry eine fast rein protestantische Bevölkerung auf, während in Fermanagh und Tyrone die Konfessionen gemischt sind und in Donegal, Cavan und Monaghan die Katholiken bei weitem überwiegen. Merkwürdigerweise gehören von den 33 Abgeordneten Ulsters im englischen Unterhause nur 16 den Unionisten und 17 den irischen Nationalisten an, was freilich wohl auf die Mängel des englischen Wahlgesetzes und auf den irischen Wahlterrorismus zurückzuführen ist.

Die protestantische Bevölkerung der Provinz Ulster hat von Anfang an leidenschaftlich gegen die Homerulebill protestiert mit der Begründung, daß sie bei der Durchführung der Selbstverwaltung Irlands von der katholischen Mehrheit unterdrückt zu werden fürchte, und die Unionisten haben sich ihrer Sache angenommen, wobei sie zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, nämlich zugleich das liberale Kabinett zu stürzen hofften. Als die Homerulebill trotzdem zweimal vom Unterhause angenommen wurde, drohten die Ulsteraner mit dem Bürgerkriege, und diese Drohung hat auf die Regierung doch einen so starken Eindruck gemacht, daß sich der Ministerpräsident Asquith zu der ganz ungewöhnlichen Maßnahme bereit erklärt hat, das Gesetz vor der dritten und letzten Beratung noch einmal in einer den Forderungen der Opposition wenigstens teilweise entgegenkommenden Form umzugestalten. Der neue Vorschlag der Regierung geht dahin, daß jede der neun Grafschaften befugt sein soll, durch die Volksabstimmung zunächst auf sechs Jahre für sich den Ausschluß der Wirksamkeit des Homerulegesetzes zu verlangen. Wenn die Regierung glaubte, mit diesem Entgegenkommen, für das sie die Zustimmung der Freepartei nur sehr schwer erlangt hat, die Opposition zu versöhnen, so hat sich das als eine starke Selbsttäuschung erwiesen. Der Führer der Ulsterleute, Sir Edward Carson, hat den Vorschlag sogar als eine „heuchlerische Herausforderung“ bezeichnet, und die Unionisten unter Bonar Law griffen diese Ablehnung schon deshalb mit Freuden auf, weil sie, wie gesagt, die Homerulefrage als die geeignetste Handhabe betrachten die Regierung zur Parlamentsauflösung zu zwingen und das liberale Kabinett zu stürzen.

Dieses befindet sich in einer sehr heikelen Lage, in einer argen Zwangsmühle. Zwar hätte es in der Hand, die Somersschiff mit der von ihr vorgeschlagenen Abänderung im Unterhause zur Abstimmung und zur Annahme zu bringen, denn die aus Liberalen, Frey und Arbeiterparteilern bestehende Mehrheit hat, wie es sich auch gestern bei der unten mitgetheilten Parlamentsabstimmung über das von Bonar Law eingebrachte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett ergeben hat, das Heft in der Hand. Aber gerade das von den Liberalen durchgeführte Parlamentsgesetz, durch welches das Veto des Oberhauses eingeschränkt wurde, erweist sich hier als Hindernis. Diesem Gesetz zufolge erlangt eine zweimal vom Unterhaus angenommene Vorlage noch zweimaliger Ablehnung durch das Oberhaus, falls sie zum dritten Mal im Unterhause angenommen wird, auch gegen den Willen der Lords Gültigkeit. Die Bestimmung bezieht sich aber natürlich nur auf ein und dieselbe, nicht auf eine inzwischen wesentlich abgeänderte Vorlage. Das Kabinett Asquith könnte also die Somersschiff in der bisherigen Gestalt, nicht aber mit den neuerdings vorgeschlagenen Änderungen zum Gesetz erheben.

Das ist die Schwimühle. Durch ihren Vermittlungsvorschlag hat die Regierung indirekt eingeräumt, daß die Sommersebill die Provinz Ulster benachteiligt.

Will sie das Kompromiß durchführen, so würde, da das Oberhaus zur grundsätzlichen Opposition entschlossen ist, der ganze Kampf um Homerule von neuem beginnen. Setzt sie aber die Bill in der bisherigen Gestalt in Kraft, so muß sie mit der Gefahr des angeordneten Bürgerkrieges in Ulster rechnen, während sie im anderen Fall die Gefolgschaft der ungeduldig werdenden Iren zu verlieren fürchten muß. Die Frage, wie die englische Regierung sich zwischen dieser Scylla und Charibdis hindurchwinden wird, läßt sich schon deshalb nicht beantworten, weil der nächste dazu, nämlich Asquith, die Lösung selbst noch nicht gefunden hat. Immerhin wird er sich vielleicht in Ermangelung eines besseren Trostes auf die alte Erfahrung berufen, daß gerade die Revolutionen, welche vorher angekündigt werden, selten auszubrechen pflegen.

Die Homerule-Debatte im Unterhaus.

wb. London, 19. März. Das Unterhaus bot das Bild eines großen Tages. Bonar Law und Premierminister Asquith hielten ihre Reden vor einem dicht besetzten und gespannt lauschenden Hause. Der Ton beider Reden war maßvoll, aber nachdrücklich. Ein von Carson gegen die Regierung, besonders gegen den Marineminister Churchill unternommener Angriff rief auf beiden Seiten des Hauses Unruhe hervor.

Bonar Law beantragte ein Mißtrauensvotum, in dem erklärt wird, das Haus bedauere die Weigerung der Regierung, Vorschläge zu dem Zusatzantrag zur Homerulebill zu machen, und meinte, daß diese Vorschläge vor der Wiederaufnahme der zweiten Lesung gemacht werden müßten. Premierminister Asquith wiederholte die Vorschläge der Regierung vom 9. d. M. Er fügte hinzu, er habe Kenntnis von den Vorschlägen Bonar Laws über die Volksabstimmung genommen und frage, ob Ulster das Ergebnis einer Volksabstimmung annehmen würde. Carson unterbroch ihn und sagte: Wenn Asquith mir einen endgültigen Vorschlag macht, so will ich Antwort geben. Asquith richtete im weiteren Verlauf seiner Rede einen ernstlichen Appell an das Haus, zu bedenken, daß die neuen Vorschläge den einzigen Weg böten, der Hoffnung auf eine dauernde Verständigung gäbe. Carson erwiderte: Die Regierungsvorschläge in ihrer gegenwärtigen Form sind nicht wert, von Ulster in Erwägung gezogen zu werden. Später stellte der Nationalistenführer Delvin neuerlich fest, daß Carson einstmals Anhänger von Homerule gewesen sei. Carson sprang erregt auf und rief: Das ist eine infame Lüge! (Große Unruhe.) Der Sprecher ersuchte Carson, sich in seinen Ausdrücken zu mahigen. Carson erwiderte: Die Behauptung war eine wissenschaftliche Unwahrheit. (Erneute Unruhe.) Delvin versuchte in seiner Rede fortzufahren, doch dauerte der Tumult weiter an. Der Sprecher schritt erneut ein und forderte die Mitglieder des Hauses auf, persönliche Angriffe zu vermeiden. Delvin setzte hierauf seine Rede ungestört fort. Er führte aus, es habe niemals eine größere Mäskerade des Scheins oder des Betrugs gegeben als die Erzählung von dem Bürgerkrieg in Ulster. Die einzige neue Entwicklung in der Lage ist das Anerbieten Bonar Laws, daß die Opposition die Homerulebill annehmen würde, wenn sie durch eine Volksabstimmung gebilligt würde. — Während der Debatte erhob sich Carson und verließ das Haus, um sich nach Belfast zu begeben. Sämtliche Mitglieder der Opposition erhoben sich von ihren Sitzen und brachen in begeisterte Schreie aus. — Das von Bonar Law beantragte Zabelsvotum für die Regierung wurde schließlich mit 345 gegen 252 Stimmen abgelehnt.

Massuth beim König.

wb. London, 19. März. Premierminister Asquith wurde heute vormittag im Buckingham-Palast vom König empfangen. Man glaubt, daß dieser Empfang mit der heutigen Somerville-Debatte im Unterhaus zusammenhängt.

Der Erbprinz von Braunschweig.

Die Glückwünsche des Kaisers und des Herzogs von
Gumberland.

wh. Braunschweig, 19. März. Der Kaiser und der Herzog von Cumberland richteten in Erwiderung auf die ihnen vom Herzoglichen Staatsministerium dargebrachten Glückwünsche zur Geburt des erbrinzlichen Enkelsohnes nachstehende Telegramme an den Staatsminister Wolff: „Berlin, Schloß, 18. März. Ich danke Ihnen und dem Staatsministerium für Ihren freundlichen Wunsch. Mit dem ganzen braunschweigischen Lande freue ich mich, daß durch Gottes Gnade dem Fürstenhaufe ein junger Sproß erwachsen ist. Gott

schüre ihn! gez. Wilhelm I. R." — „Wien, 18. März. Die von Ihnen und dem Staatsministerium dargebrachten herzlichsten Glück- und Segenswünsche haben mich und die Herzogin sehr erfreut. Wir danken Ihnen aus tiefbewegtem Herzen und erwidern die Wünsche für Sie und das ganze Land Braunschweig in der Hoffnung, daß Gottes Segen auf Volk und Fürstenhaus ruhen möge. gez. Ernst August.“

Der Armeebefehl des Kaisers für Berlin.

Berlin, 20. März. Der Armeebefehl des Kaisers anlässlich der Geburt des Thronerben von Braunschweig hatte folgenden Wortlaut: „Meine Tochter hat ihren ersten Sohn heute erhalten. Gottlob alles wohl. Alle Kaiserjungen klagen. Waden ziehen mittags im Paradeanzug auf. Von Mittag ab find die Truppen dienstfrei. Garnison geht im Helm aus.“

Ein Suldiaungsflug Berliner Anstifter.

wb. Braunschweig, 19. März. Heute vormittag traf ein ganzes Fluggeschwader, von Berlin-Johannisthal kommend, über Braunschweig ein. Die Flieger, die in beträchtlicher Höhe über die Stadt hinfliegen — es wurden im ganzen sieben gezählt —, führten Evolutionen über dem Schlosse aus, um dem Herzogspaar ihre Glückwünsche darzubringen. Es trifft ein Kommando aus Berlin hier ein, das auf dem großen Exercierplatz zur Bewachung der Apparate postiert wird.

Der Herzog von Cumberland an den Relfenführer.

wb. Hannover, 19. März. Die „Deutsche Volkszeitung“, das hannoversche Welfenorgan, veröffentlicht heute an der Spitze ihres Blattes folgendes Telegramm des Herzogs Ernst August von Cumberland aus Wien vom 18. März an den Reichstagsabgeordneten Baron v. Schöele-Berlin: „Wie stets bei allen bedeutungsvollen Ereignissen in unserem Hause ist es mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen und allen Getreuen in Hannover die Geburt eines gesunden Enkelsohnes in Braunschweig mitzuteilen. Soherfreut und mit innigstem Danke gegen Gott erfüllt, weis ich mich der herzlichsten Anteilnahme an diesem frohen Ereignis bei Ihnen allen überzeugt. gez. Ernst August.“

Dieses Telegramm zeigt, daß die Beziehungen zwischen Gmunden und den hannoverschen Welfen von ihrer Herzlichkeit nichts verloren haben.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser nahm gestern die Vorträge des Kriegsministers v. Falkenhayn, des Chefs des Generalstabes der Armee v. Moltke und des Chefs des Militärkabinetts-Freiherrn v. Mueller entgegen.

Das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz ist derzeit zufriedenstellend, doch, wenn keine besonderen Zwischenfälle eintreten, Staatsrechtsberichte nicht mehr ausgeben werden.

Der Minister des Innern v. Dallwitz und die Gräfin v. Rößern ließen zu gestern Abend zahlreiche Einladungen zu einem parlamentarischen Abend ergeben.

* Minister v. Dallwitz als Statthalter von Elsass-Lothringen? Die Berliner Morgenblätter melden erneut, die Ernennung des preussischen Ministers des Innern v. Dallwitz zum Statthalter von Elsass-Lothringen stehe bevor.

* Der neue deutsche Gesandte in Luxemburg. Der bisherige Gesandte in Guatemala, von Buch, wurde zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am großherzoglich luxemburgischen Hofe ernannt.

* **Bundesratsbeschlüsse.** In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen: Der Entwurf der Bekanntmachung, betreffend den Betrieb

und die Anlagen der Grobkeifenindustrie, die Vorlage, betreffend die Nachträge zu den Musterabjagungen der Krankenkassen, die Entwürfe zu den Gesetzen, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1914. Dem vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Postfischgesetzes wurde zugestimmt. Zur Annahme gelangten die Vorlagen, betreffend die Veränderungen der Grundsätze über die Befreiung der Stellen mit Militärwärtern, der internationale Vertrag zum Schutze des menschlichen Lebens auf der See, die Vorlage, betreffend das Abkommen mit Frankreich über den Verkehr mit Branntwein über die deutsch-französische Grenze, die Vorlage, betreffend die Gebührenbefreiung für die einzu- führenden Postfischbriefe, der Entwurf eines Gesetzes über die Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Memelstrom bis zum Vielst-Arme sowie der dritte Nachtrag des Reichshaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1913.

* Eine offizielle Erklärung über die deutsch-russischen Zwischenfälle. Moskau's Telegraphen-Bureau teilt mit: Von einer Berliner Zeitung ist der Fall des russischen Kapitäns Poljakow mit dem des deutschen Luftschiffers Berliner in Vergleich gebracht worden. In dem Artikel finden sich Ausfälle auf die deutsche Regierung, die sich in dem bösen Falle den russischen Reichswerben gegenüber besonders willfährig gezeigt habe, während sie im Schube zu unredt verhafteter deutscher Landleute lässig sei. Beide Fälle sind aber vollständig und rechtlich verschieden. Im Falle Poljakow

hat die Berliner russische Botschaft ihre Beschwerde insbesondere mit dem schwerwiegenden Vorwurf begründet, daß der in Köln verhaftete russische Offizier entgegen den deutschen Gesetzen nicht unverzüglich dem zuständigen Richter vorgeführt worden sei. Daß die Prüfung einer solchen Beschwerde nicht abgelehnt werden konnte, ist selbstverständlich. Die der russischen Botschaft zu erzielende Antwort hängt davon ab, welches Ergebnis die bei den zuständigen Behörden schwebende Untersuchung liefern wird. Einweilen steht nur fest, daß die Staatsanwaltschaft in Köln das Strafverfahren gegen den beschuldigten Offizier auf Grund wiederholter Vernehmungen der Zeugen eingestellt hat. Was den Fall des Luftschiffers Berliner betrifft, so sind die Angriffe auf die deutsche Regierung gleichfalls unbegründet. Die deutsche Botschaft in Petersburg ist im Auftrage des Auswärtigen Amtes wiederholt nachdrücklich bei der russischen Regierung für die Freilassung des Herrn Berliner und seiner Reisegefährten eingetreten. Eine formale Beschwerde der deutschen Regierung konnte um deswillen nicht in Frage kommen, weil die deutschen Luftschiffer den hier veröffentlichten und in Luftschiffkreisen allgemein bekannten russischen Vorschriften gegenüber die russische Grenze überflogen und sich schon dadurch dem Verdacht der Spionage ausgesetzt haben. Endlich ist festzustellen, daß die deutschen Herren sich nicht in Haft befinden. Sie wohnen in einem Hotel in Perm, wo sie bis zum Abschluß der eingeleiteten Strafuntersuchung unter polizeilicher Überwachung stehen.

* **Deutsch-österreichische Abstammung einer Paganenricht des „Temp“** gegen Liman v. Sanders. Aus Berlin meldet die „Kölnische Zeitung“: Der „Temp“ will erfahren haben, daß General Liman von Sanders besondere militärische Vorbereitungen gegen Rußland in Armenien empfohlen habe. Es ist nicht bekannt, worauf die Angaben des „Temp“ sich stützen könnten, es ist auch nicht anzunehmen, daß, wenn wirklich eine militärische Beratung in der Türkei stattgefunden hätte, von türkischer Seite der Berichterstatter des „Temp“ darüber unterrichtet worden wäre. Der Umstand, daß der „Temp“ diese unbegründeten Angaben vor dem Abschluß der türkisch-französischen Anleihe verbreitet, legt die Frage nahe, ob in dieser Angelegenheit neue Schwierigkeiten bereitet werden sollen.

* **Nachklänge zu den Kirchentumulten in Berlin.** Gestern morgen erschienen in der Wohnung des am dem Tummel in der Pauluskirche beteiligten Damenschneiders Kaczmarek zwei Kriminalbeamten und verhafteten ihn. Ebenso wurde der Malermeister Smolenski in seiner Wohnung durch zwei Schupkeute festgenommen und nach dem Polizeipräsidium zwecks Vernehmung gebracht. Beide Verhaftungen stehen in Zusammenhang mit der Affäre in der Pauluskirche. In polnischen Kreisen fällt es auf, daß auch Smolenski in Haft genommen wurde, obwohl er seinem polnischen Vereine angehört und seine Kinder in deutscher Sprache für die Kommunion hat vorbereiten lassen. — In Posen fand vorgestern eine von Polen veranstaltete Protestversammlung gegen die Vorgänge in der Pauluskirche zu Berlin statt. Man beschloß, eine besondere Deputation an den Papst nach Rom zu senden, um diesem über die schwierige Lage (1) der polnisch sprechenden Katholiken und über die Vorgänge in Moskau speziell nähere Mitteilung zu machen. (Vergl. Seite Drahtberichte.)

* **Mahregelung eines Pfarrers.** Durch Verfügung der königlichen Regierung ist der Pfarrer Bey in der Gemeinde Halembe bei Kattowich von der Leitung und Erteilung des schulpflichtigen Religionsunterrichts an der Volksschule zu Halembe ausgeschlossen worden, weil er durch sein Verhalten diejenigen Zwecke gefährdet habe, die der Staat mit der Erziehung der Jugend durch die Volksschule verfolge.

* **Das neue Totalisatorgesetz,** dessen Veröffentlichung bevorsteht, ergibt nach dem Vorschlag einen Ertrag von 30 Millionen Mark. Davon sollen 15 Millionen (nicht 12 Millionen, wie es hieß) Mark an die Reichskasse fließen und zur Deckung der aus der Befolgungsnovelle und der Aufbesserung der Altpensionäre entstehenden Mehrkosten verwendet werden. Die anderen 15 Millionen Mark sind für die Bundesstaaten bestimmt, in denen Rennbetriebe bestehen. Sie sollen hier zur Hebung der Landespflege dienen.

* **Der deutsch-amerikanische Wirtschaftsverband.** Nachdem die Wahl des Direktoriums des deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverbandes in der letzten Mitgliederversammlung — vorbehaltlich weiterer Zuwahlen — vollzogen worden ist und von einer großen Zahl der gewählten Herren die Zusage für ihre Mitarbeit vorliegt, wird eine Direktionsbesitzung voraussichtlich Ende dieses Monats in Berlin stattfinden.

stattfinden, in der neben der Wahl des Präsidiums und des großen Ausschusses vor allem auch über die Errichtung einer ständigen Vertretung des deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverbandes in New York beraten und Beschluß gefaßt werden soll.

* **Die Standard Oil Co. von bayerischen Staatslieferungen ausgeschlossen.** Nach einem Erlass der bayerischen Regierung ist die Lieferung von Petroleum, das von der Standard Oil Co. herrührt, für alle bayerischen Staatsbetriebe vollständig ausgeschlossen.

* **Die Flucht eines Fremdenlegationsbeamten.** Ahermal ist, wie die „Post“ jg. meldet, es einem unglücklichen Deutschen gelungen, den Qualen der Fremdenlegations durch die Flucht zu entgehen. Der ehemalige Fremdenlegationsbeamte Heinrich Kleinberg geriet 1911 an der französischen Grenze Werbern in die Hände, die ihn nach Ranch verschleppten. Alle seine Versuche, sich zu befreien, schlugen fehl. Er kam in das zweite Regiment von Saïda, wo er Dienst tat. 1913 wurde er im Juli von Oran nach Toulon verschifft. Hier gelang es ihm, zu entfliehen. Nach fünfzigstündiger quackwoller Fußwanderung landete er im Monat Februar in Kanton an, von wo er mit Hilfe des deutschen Konsulats nach Berlin gelangen konnte.

* **Lohnbewegung in der bayerischen Steinindustrie.** Der Verband der Granitindustriellen im Bayern hat sämtlichen Arbeitern, welche nicht den bestehenden Tarif um weitere zwei Jahre unterschritten bis 31. März anerkennen, zu diesem Datum gekündigt. Der bestehende Tarif war von den freien und christlichen Verbänden der Steinarbeiter gekündigt worden, die Arbeitgeber lehnen aber die verlangte Lohn-erhöhung ab.

* **Die Streikbewegung im Saarrevier.** Auf der Grube Hosterbach ist gestern der angekündigte Streik ausgebrochen. Von der Gesamtarbeiterzahl führen nur 118 Personen ein.

* **Die dritte Hauptversammlung des Deutschen Wehrvereins** findet in diesem Jahre in Posen statt, und zwar tagt am 8. Mai der Ratsschuß, am 9. Mai der Gesamtvorstand, während die eigentliche Hauptversammlung auf Sonntag, den 10. Mai, in Posen festgelegt ist.

Darlarmentarisches.

Die erste Lesung der Befolgungsnovelle beendet. In der Budgetkommission des Reichstags wurde bei der Beratung der Befolgungsnovelle der Kompromißantrag zum § 5, weil die bürgerlichen Parteien sich spalteten, abgelehnt, ebenso der § 5 der Vorlage. Es bleiben also die nichtpensionsfähigen Zuschüsse neben erhöhtem Gehalt bestehen. § 6 der Vorlage, der das Befolgungsdienstalter regelt, wurde mit einem weniger bedeutenden Zusatz angenommen. Der Rest der Vorlage wurde unanversändert angenommen. Damit ist die erste Lesung der Befolgungsnovelle beendet.

Preussische Steuerfragen. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde gestern bei der Beratung des Staats der Verwaltung der direkten Steuern auf die Frage, ob nicht infolge der Besteuerungveranlagung größere Erträge und dadurch die Aufhebung oder Ermäßigung der Steuerzuschläge zu erwarten seien bzw. ob die Neueinbringung einer Steuernovelle bevorstehe, von Seiten der Regierung erklärt, die Hochkonjunktur werde steuerlich im Jahre 1914 nicht mehr voll in Erscheinung treten, andererseits sei die Wirkung der Besteuerung berücksichtigt, aber in den Zeitungen seien Übertreibungen erfolgt. Ein Überblick über die Ergebnisse der Besteuerungsveranlagung liege noch nicht vor; Mehreinnahmen seien allerdings zu erwarten, dagegen werde die Nachsteuer der vorigen Jahre in Fortfall kommen. Der Finanzminister erklärte, die Aufhebung oder Minderung der Steuerzuschläge mit jährlich 72 Millionen Mark könne nur auf gesetzlichem Wege erfolgen. Einseitig seien sie nicht, namentlich werde die Besteuerungsveranlagung keinen entsprechenden Erfolg bringen, andererseits ständen Mehrausgaben des Staates bevor. Die Vorlegung einer Steuernovelle sei ohne endgültige Regelung der Steuerzuschläge nicht tunlich und habe derzeit nicht in Aussicht. Die Lücken seien infolge der Reichsgefahrgeld einigermassen ausgefüllt.

Errichtung von Wohnungsbauämtern. Die 11. Kommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer gestrigen Abend Sitzung die Bestimmung, daß für Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern ein Wohnungsbauamt zu errichten ist, mit einer redaktionellen Änderung angenommen. Die Bestimmung, betr. die kleineren Gemeinden, wurde dahin gefaßt, daß in Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern die Errichtung eines Wohnungsbauamtes oder die Anstellung von Wohnungsbauinspektoren, in Gemeinden von 10 000 bis 50 000 Einwohnern die Anstellung von Wohnungsbauinspektoren von der Aufsichtsbehörde angeordnet werden kann.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde sodann der Rest der Bestimmungen über die örtliche Wohnungsbauaufsicht sowie die Bestimmung über Bezirks-Wohnungsbauaufsicht in der Fassung der Vorlage angenommen. Damit ist die erste Lesung des Wohnungsgesetzes beendet.

Heer und Flotte.

* **General von Deimling.** In militärischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die Veretzung des kommandierenden Generals von Deimling in Straßburg in der nächsten Zeit erfolgen werde.

Der Wechsel im kaiserlichen 3. Armeekorps. Das bayerische Kriegsministerium veröffentlicht nunmehr die Genehmigung des Abschiedsgesuches des kommandierenden Generals des 3. Armeekorps, Freiherrn v. Horn, unter Verleihung des Großkreuzes des Militärverdienstordens und die Ernennung des Generalleutnants v. Gessartel, Kommandeur der 2. Division, zum kommandierenden General des 3. Armeekorps.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Tod eines tschechischen Deutschenfeindes. Prag, 19. März. Heute ist der Advokat Johann Podlipny im 68. Lebensjahre gestorben. Er war während der tschechischen Erregung gegen das Deutschtum in Prag 1897 Bürgermeister von Prag. Seine Umzüge durch die Gassen trugen während dieser Tage viel zur Verletzung bei. Podlipny war auch lange Landtagsabgeordneter und veranstaltete mehrfach Auszüge der Sozialvereine nach Frankreich, wo er im Sinne der tschechisch-französischen Verbrüderung Reden hielt.

Die Aufnahme des Artikels der „Rusowe Bremen“. Wien, 19. März. Der kaiserliche Artikel der „Rusowe Bremen“, in dem der Ausgang Deutschlands zur Tripel-entente und die bevorstehende Aufteilung Österreich-Ungarns angekündigt wird, wird in politischen Kreisen hier absolut nicht beachtet, höchstens als ein Versuch angesehen, vor der Ankunft Kaiser Wilhelms in Wien ein wenig Mißtrauen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu säen. In der Sache ist er natürlich vollkommen töricht. (Zust. jg.)

Frankreich.

Das Bündnis mit Rußland. Paris, 18. März. Im Verlaufe der Kammerdebatte behandelten mehrere Redner darauf, die Vorteile des Bündnisses mit Rußland für Frankreich zu erklären. Ministerpräsident Doumergue wiederholte, daß dieses Bündnis Frankreich zur Verteidigung aller seiner Interessen eine große Kraft gebe. Es sei auch eine wertvolle Gewähr für den Frieden, Frankreich habe tägliche Beweise dafür. (Lebhafter Beifall.)

Die Rochette-Kommission. Paris, 19. März. Die Bureau des Senats wählten eine Kommission von neun Mitgliedern, die den Vorschlag der Kammer, dem Rochette-Ausschuß richterliche Befugnisse zu erteilen, prüfen soll. Diese Senatskommission wählte Ribot zum Vorsitzenden. Der Justizminister erklärte sich damit einverstanden, daß die Befugnisse der Kommission darauf beschränkt sein sollen, daß die Kommission berechtigt ist, Zeugen zum Erscheinen zu zwingen und falsche Zeugenaussagen zu bestrafen. Der Rochette-Ausschuß beschloß, bereits morgen die früheren Minister Monis und Caillaux, den Oberstaatsanwalt Fabre und den Gerichtspräsidenten Vidault de la Blache zu vernahmen.

Frau Caillaux in Untersuchungshaft. Paris, 20. März. Das erste Verhör der Frau Caillaux wird nicht vor Montag oder Dienstag stattfinden. Es sind außerordentliche Vor-sichtsmaßnahmen getroffen worden, um die neugierige Menge fernzuhalten. Die erste Galerie, in der sich das Zimmer des Untersuchungsrichters befindet, wird von Municipalgarden abgesperrt werden.

Eine Ehrung Caillaux. Paris, 19. März. Wie aus Kairo gemeldet wird, hat der Verwaltungsrat der Ägyptischen Hypothekbank seinen früheren Präsidenten Caillaux zum Ehrenpräsidenten gewählt.

Neue Demonstrationen gegen Thalass. Paris, 19. März. In Versailles fanden heute abends feindselige Kundgebungen vor dem Hause des radikalen Deputierten Thalass statt, der gleich seiner Gattin das Attentat der Frau Caillaux bestritten hatte.

General Duboué Kommandant in Nantes. Paris, 19. März. General Duboué, der Chef der französischen Militärmission in Griechenland, ist in den französischen Generalsstab wieder eingetreten und zum kommandierenden General des 11. Armeekorps in Nantes ernannt worden.

gestimmt. Allerdings befremden die Apfel in der Gde, so gut sie auch zu dem Bild, Grau und Schwarz stehen. Sind sie nur gemalt, um einen gelungenen Kontrast zu schaffen, sind sie gemalt, weil die alte Dame mit den angenehmen Zügen sie gerne ißt? Sollen sie scherzhaft-angenehm wirken und ihre Zweck nur einem kleinen Kreis bekannt sein? Jedenfalls ist auch dieses Bild als gelungen zu betrachten, wie überhaupt diese ganze Ausstellung, die so klingende Namen vereinigt. B. v. N.

Rus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Das Residenz-Theater hat den ehrenvollen Antrag erhalten, im Künstler-Theater in München einen Monat hindurch zu gastieren. Auch die liter. Dramat. Gesellschaft Brüssel hat Herrn Dr. Rauch erucht, mehrere Werke moderner Dichter, wie Thoma usw., dort zur Darstellung zu bringen.

Die Wiener Residenzbühne ergiebt bei der Uraufführung des Schwanen „Pater“ von Alexander Engel und Julius Horst einen großen Seiterleiserfolg.

Bildende Kunst und Musik. Gumpert und „Königskinder“ wurden kürzlich zum erstenmal im Teatro Verdi in Florenz aufgeführt und fanden eine ehrenvolle Aufnahme.

Wissenschaft und Technik. Am 25. März vollendet der bekannte Berliner Botaniker Adolf Engler in voller Frische seinen 70. Geburtstag. Seit 1889 ist er Professor der Botanik und Direktor des Botanischen Gartens zu Berlin. Zumeist seiner Initiative ist die herrliche Schöpfung in Dahlem zu verdanken. 1902 unternahm er eine Forschungsreise durch einen Teil Ostafrikas. Viele Ehrungen wurden dem großen Gelehrten zu teil. Fast sämtliche Akademien ernannten ihn zu ihrem Mitgliede.

Aus den Kunstausstellungen.

Kunstsalon Altkunsts.

Schon wieder hat der Kunstsalon eine interessante Kollektion zusammengebracht, eine Gruppe Karlsruher. Als bekanntester unter den Bekannten Prof. Ludwig Dill, durch seine typischen Motive vertreten: süßlich schimmernde Pappeln auf loderem Grund. Prof. Rudolf Dellwag wird immer einfacher, sucht wieder nach neuen Wegen. Nicht mehr das kalte warme Goldbraun wendet er an, das er vor wenigen Jahren für alle Bilder benutzte und das so sympathisch betäubte, so eigenartig und individuell, doch sind seine jetzigen Werke deshalb nicht weniger rühmendwert. „In den Dünen“, „Mondaufgang“ und „Röntgen“ seien besonders genannt. Walter Conz und Prof. Walter Georgi bevorzugen beide ein Graugrün als Grundton zu ihren Landschaften, das etwas müde wirkt. Besonders die gut durchgezeichneten Bilder Georgis lassen eine frischere Farbengebung vermischen. Prof. Hermann Gähler sandte unter anderem eine besonders gut gelungene Landschaft, und Prof. Julius Bergmann zwei Rußbilder, die voll befriedigen. Es bleiben noch zwei Künstler zu nennen, die unter allen diesen Professoren noch keinen solchen Titel aufweisen, aber auch bemerkenswertes können haben. O. A. Bühler malt seine Köpfe in seiner bekannten einfachen Manier, fast freestehend, primitiv, stark an Hodler erinnernd, und J. G. Drehsdorff, kein Karlsruher, ist noch ein Suchender, trotz seines Könnens. Apart sind seine Winterbilder, wohl Werke jüngsten Datums. Sie scheinen aber doch einen Übergang zu bilden zu seiner Art, die noch in der Entwicklung begriffen ist. „Winterliche Dorfstraße“ ist sehr stimmungsvoll und ansprechend, allerdings nicht apart, jedenfalls ein früheres Bild, die „Rhododendron“ in Komposition und Farbe frisch und unmittelbar empfunden, mit das liebste Werk der Kollektion.

In der Galerie Vanger

feffelt der Münchner Kerehoe nicht übermäßig. 37 Gemälde stellte er aus und 35 Sandzeichnungen. Auch hier ein Werdender, dem unter vielem manches recht gut gelang: besonders eine weibliche Figur, die lässig auf einem Stuhle sitzt, und zwei Negerbilder.

Rassauischer Kunstverein.

Mein aber sein ist die Schär, die hier ihre Arbeiten ausstellte, fast nur ganz bekannte Namen. Von Lovis Corinth ein Ananas-Stilleben von ausgedehnter Parteil der Farben, zeugend von meisterhafter Fertigkeit, der Art dagegen, „Im Morgengrauen“ benannt, so flüchtig und studienhaft, daß ein rechter Genuß beim Beschaue nicht aufkommen kann. Max Liebermann ist mit drei Bildern vertreten, die auch nicht gleichwertig sind. Das Werkchen „Zwei Mädchen“ steht ungleich höher wie „Der Reiter“ und „Das Mädchen im Wald“. Trübner sandte eine Landschaft, die unerbittlich hart und grün wirkt; vielleicht wird der Eindruck durch die wenig günstigen Lichtverhältnisse im Kunstverein noch verschärft. Von Thoma ist ein feiner Mädchenkopf zu sehen, von F. Brütt aus dem Jahre 1879 ein gerechtes Bild „Des Landes Hoffnung“, eine winzige Hölle im Spitzkleiden, die von Lokalen und Hofdamen begleitet wird. E. M. Seppel ist auch durch ein liebevoll beobachtetes Bild „Philosophische“ vertreten, ein Mägd, der in dicken Folianten liest.

Sehr fein ist die Landschaft Siebogs, sehr großzügig diejenige von J. Zänke; Hagemeisters Winterlandschaft gewährt einen ungetrübten Genuß, so virtuos ist sie auf die Leinwand gesetzt. Modern und breit, farbenfröh und harmonisch ist ein Stilleben von Gauseisen, vom Kunstverein bereits angekauft, und O. W. Mödersteins „Portrait einer alten Dame“ ist vorzüglich in den Farben ab-

England.

Gresh geht mit nach Paris. London, 20. März. Wie gemeldet wird, wird Sir Edward Gresh den König und die Königin von England auf ihrer bevorstehenden Reise nach Paris begleiten.

Schweden.

Die Ehe des Prinzen Wilhelm endgültig gelöst. Stockholm, 20. März. Im Staatsrat ist heute die Ehe des Prinzen Wilhelm von Schweden mit der Großfürstin Maria Pawlowna nunmehr für gelöst erklärt worden.

Rußland.

Eine neue Bahnlinie. Petersburg, 20. März. Die Verkehrscommission und die Kommission für die Kriegs- und Marineangelegenheiten der Reichsduma nahm in vereinigter Sitzung eine Gesetzesvorlage an, betreffend die Kosten für die auszufertigenden Vorarbeiten eines Baues der Bahnlinie Kijass - Tula - Sufschinitzki - Baranomitzi - Warschau.

Italien.

Der Abschiedsbesuch Giolittis beim König. Rom, 19. März. Der frühere Ministerpräsident Giolitti hat mit den Mitgliedern seines Kabinetts heute dem König seinen Abschiedsbesuch abgestattet. Bei dieser Gelegenheit wurden dem König die Ernennungsdekrete der neuen Minister vorgelegt. Die Kammer wird jedenfalls zum 23. März einberufen werden.

Die Kabinettsbildung durch Salandra. Rom, 20. März. Eine offiziöse Note besagt, daß der König gestern die Demission des Kabinetts Giolitti angenommen und den Abgeordneten Salandra mit der Neubildung des Kabinetts betraut hat. Wie es heißt, wird General Spingardi von seinem Posten als Kriegsminister aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten. Als sein mutmaßlicher Nachfolger gilt der General Grandi aus Neapel. Die endgültige Konstituierung des Kabinetts Salandra wird voraussichtlich Samstag vollendet sein.

Der Namenstag des Papstes. Rom, 19. März. Der Papst empfing anlässlich seines Namenstages seine Schwäger, seine Nichte und einen Neffen, der schon in Rom angekommen ist. Sämtliche päpstlichen Behörden brachten dem Papst ihre Glückwünsche dar. Mittags wurden die Kardinäle empfangen.

Balkanstaaten.

Das griechische Schiffbauprogramm. Athen, 19. März. In der heutigen Sitzung der Kammer erklärte der Marineminister, die Regierung habe das Schiffbauprogramm den Bedürfnissen und den Mitteln des vergrößerten Griechenlands entsprechend genehmigt. Die Flotte werde um drei Panzerschiffe vom Dreadnought-Typ mit Einschluß der auf der Vulkanwerft im Bau begriffenen, drei Panzerkreuzer und eine entsprechende Zahl kleinerer Einheiten vermehrt werden. Auf Grund dieses vom griechischen Generalstab und von der englischen Marinemission gebilligten Programms seien Vesteilungen in Auftrag gegeben worden, über die genaue Einzelheiten bekanntzugeben, die Regierung nicht für angezeigt halte. Die Regierung könne die Versicherung geben, daß sie die Bedürfnisse des Landes vollkommen würdige, vor keinem Opfer zurückzukehren und fest entschlossen sei, die durch technische Überlegenheit und den unergieblichen selbstlosen Mut der Offiziere und Mannschaften unter Führung des kühnen Admirals Koundouriotis erreichte Oberherrschaft zur See zu jeder Zeit zu sichern. Die Ausführungen des Ministers wurden vom Hause und den Tribünen mit begeistertem Beifall aufgenommen.

Rekrutenaufhebung in Albanien. Wien, 19. März. Wie der Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ in Durazzo seinem Blatte meldet, wird die albanische Regierung in drei Monaten mit der Rekrutenaufhebung beginnen. Man glaubt, daß die Aufhebung auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen wird. Es verlautet weiter, daß die Regierung auch sofort mit dem Bau eines weitverzweigten Straßennetzes beginnen wird.

Afrika.

Mutige Wahlkämpfe auf der Insel Reunion. St. Denis, 20. März. Die Wahlkampagne hat schwere Unruhen zur Folge gehabt. Es kam zu ernstem Blutvergießen, indem zahlreiche Personen getötet und verwundet wurden. Die beiden Kammern der Landwirtschaft und des Handels haben die französische Regierung telegraphisch um Entsendung von Truppen gebeten, damit die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt werde.

Japan.

Das Scheitern des Oberhausantrags. Tokio, 19. März. Die gemeinsame Konferenz von Vertretern der beiden Häuser des Parlaments lehnte den Antrag des Oberhauses, der den Marineetat um 7 Millionen Sterling kürzt, ab. Die entscheidende Stimme gab der durch das Los bestimmte Vorsitzende, der zufällig Mitglied des Oberhauses ist, ab.

Luftfahrt.

Paul Viktor Stöffler, der beste deutsche Flieger des letzten Jahres, hat der Fliegererei den Rücken gekehrt und zieht sich, da er sich demnächst zu verheiraten gedenkt, von einer aktiven Betätigung im Flugport ganz zurück. Stöfflers Glanzleistung war der Weltrekordflug von 2100 Kilometer, die er innerhalb 22 Stunden 47 Minuten zu beenden vermochte und bei dem er ganz Deutschland überflog. Die Nationalflugpende erkannte ihm damals bekanntlich den 100.000-M.-Preis zu. Es ist zu hoffen, daß Stöffler seine reichen Erfahrungen, die er auf den großen Fahrten gesammelt hat, nunmehr im Dienste der Industrie verwertet.

Eine Ballonfahrt nach Wien-Treleborg. Treleborg (Schweden), 19. März. Heute nachmittag landete der österreichische Militärflieger Oberleutnant Markler auf dem hiesigen Flugfelde. Er war gestern vormittag mit seinem Ballon in Wien aufgestiegen.

Sturzflug mit einem serbischen Prinzen als Passagier. London, 20. März. Auf dem Flugplatz von Hendon unternahm der Flieger Camels Sturzflug mit dem Prinzen Paul von Serbien als Passagier.

Todessturz eines englischen Militärfliegers. London, 19. März. Leutnant Trebb, der zur Ausbildung als Militärflieger der Militärfliegerschule von Upwotton zugeteilt war, stürzte heute während eines Übungsfluges auf dem Flugfelde von Salisbury ab und war auf der Stelle tot.

Der neue Haushaltsplan der Stadt Wiesbaden.

Die Diskussion eröffnete in der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach den Vorträgen des Vorsitzenden des Finanzausschusses Stadtverordneter Klärner. Er führte aus: Sie sind gewiß alle darin mit mir einig, daß wir sowohl dem Herrn Oberbürgermeister als auch dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Dr. Dreyer, für ihre außerordentlich klaren Ausführungen Dank schuldig sind. Die Rede des Herrn Oberbürgermeisters war leider etwas zu klar und durchsichtig.

Sie hat die Hoffnung manches Stadtverordneten, daß dieser oder jener Wunsch bei der Stadtberatung erfüllt werden könnte, vernichtet. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, selbst an und für sich berechnete Wünsche müßten vorläufig unberücksichtigt bleiben. Nur einen Hoffnungsschimmer enthielt die Rede: das ist der Hinweis auf den Generalpardon, mit dessen Hilfe vielleicht nachträglich doch noch allerlei geschehen könne. Zu den Wünschen, die kommen müßten, gehören die der Beamten und Lehrer Wiesbadens. Die Beamten führen mit Recht Klage darüber, daß Anfangs- und Endgehalt hier im Verhältnis zu manchen anderen Städten und zu staatlichen Betrieben zu niedrig sind und daß die Staffelung der Gehälter innerhalb der obersten und untersten Grenze zu ungünstig ist. Hoffentlich läßt sich der Wunsch der Beamten, daß hier eine Änderung eintreten möge, doch noch erfüllen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Befolgung der Lehrer. Im Jahre 1900 wurde ein Beschluß gefaßt, wonach die Lehrer drei Jahre früher in den Genuss der letzten Ortszulage gelangen sollten; der Magistrat ist diesem Beschluß leider nicht beigetreten. Er hat erklärt, er könne ihm nur dann zustimmen, wenn die höchste Stufe noch um drei Dienstjahre hinausgeschoben werde. Mit Rücksicht darauf wurde die Gehaltsstaffel so auseinandergezogen, daß hier ebenfalls Lücken entstanden. Ich kann heute keinen Antrag stellen, ich möchte aber bitten, daß die berechtigten Wünsche auch in Zukunft im Auge behalten werden. Ich will nicht auch für andere bitten; in einem alten Volkslied heißt es:

„Und wollen die anderen auch 'was haben,
So mögen sie es selber sagen.“

(Heiterkeit.)

Stadtverordneter Hartmann: Nachdem der Etat von dem Herrn Oberbürgermeister gewissermaßen mit Mühen durchleuchtet worden ist, bleibt uns nicht mehr viel zu sagen übrig. Das Beste wäre, wenn der Haushaltsplan, so wie er ist, von der Versammlung angenommen würde.

Einige Wünsche

hat man aber doch, die man bei dieser passenden Gelegenheit vorbringen möchte. Mit Recht wird auf die Instandhaltung der im Kurviertel liegenden Straßen großes Gewicht gelegt. Das darf aber nicht dahin führen, daß die Straßen in anderen Stadtteilen vernachlässigt werden. Ich verweise hier besonders auf das Subierviertel und ganz besonders auf den Promenadenweg der Viebrücker Straße, der beim Aufgehen des Frostes in einem sehr schlechten Zustand war. Auch für die Verbesserung des Kaiser-Friedrich-Rings dürfte etwas geschehen. Die Hausanschlüsse an das Elektrizitätswerk sollten verbilligt werden; eine Herabsetzung des sehr hohen Elektrizitätspreises würde übrigens auf die Vermehrung der Hausanschlüsse günstig wirken. Bezüglich der elektrischen Bahn muß ich noch einmal auf die Frage der Gewährung von Freikarten an Stadtverordnete zurückkommen. Es ist vermutet worden, seit ich der Verkehrsdeputation angehöre und damit selbst in den Besitz einer Freikarte gekommen bin, sei mein Eifer in dieser Sache abgeflaut. Das ist nicht der Fall. Ich verweise auf das preußische Abgeordnetenhaus, das den Abgeordneten für eine Legislaturperiode Freikarten gewährt hat. Was man dort kann, muß man auch hier können. So viel ich weiß, hat der Magistrat ein Rundschreiben an die preußischen Städte gerichtet, in dem er nach der Stellungnahme zu der bekannten Oberverwaltungsgerichtsentscheidung fragt. Hoffentlich wird uns das Ergebnis dieser Rundfrage vorgelegt. Es erscheint notwendig, daß sich nicht nur Verkehrsdeputation und Magistrat, sondern auch die Öffentlichkeit mit der neugeplanten Linienführung der Straßenbahnen beschäftigen und daß die Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung in dieser wichtigen Angelegenheit ebenfalls angeregt wird. Weiter ist zu wünschen, daß sich der Magistrat nach dem Inkrafttreten des preußischen Gesetzes über den Vermögenswuchs mit dieser Sache beschäftigt, damit die Verhältnisse auf dem Immobilienmarkt endlich besser werden. Wenn der Generalpardon etwas Ordentliches abwirft, dann lassen sich vielleicht auch 60.000 M. für die Hausbesitzer in Gestalt einer Ermäßigung der Umlagesteuer von 1 1/2 auf 1 Prozent erübrigen. (Beifall.)

Stadtverordneter Demmer: Ich glaube nicht, daß der Herr Oberbürgermeister in der Lage ist, den Nachweis zu erbringen, daß in einer zweiten Stadt Deutschlands die Bevölkerung in dem Maße zurückgegangen ist, wie in Wiesbaden. Der Rückgang der Bevölkerung läßt erkennen, daß mit der seitherigen

einseitigen Interessendpolitik

nicht das erreicht worden ist, was hätte erreicht werden müssen. Die Arbeiter müssen auf Grund des Erlasses des preußischen Ministers der Finanzen jeden Pfennig versteuern; die Leute, die jetzt durch den Generalpardon zu erhöhter Einkommensteuer herangezogen werden, haben den Staat und die Gemeinden

seit Jahren um die Steuer geprellt.

Es ist nicht nötig, daß man diese Leute jetzt noch besonders rückwärts behandelt und sie mit einer Erhöhung der Einkommensteuer versorgt. Die direkte Steuer ist in Wiesbaden niedriger als in allen anderen Städten des Rhein-Raums, bezüglich der indirekten Steuer steht Wiesbaden dagegen unter den besten-nachteiligsten Städten an der Spitze. Die Beträge, die infolge der industriellen Werke der Stadt herauskommen, sind im Grund auch nicht weiter als die Erträge einer indirekten Besteuerung. Ähnlich muß von der indirekten zur direkten Besteuerung übergegangen werden. Wir sind der Auffassung, daß der Bau neuer Straßen nicht aus Anleihemitteln geschehen darf; es ist notwendig, daß der Straßenreparaturfonds regelmäßig gespeist wird. Es wird zwar gesagt, wir kommen mit den 100 Prozent Einkommensteuer aus, umgesehen aber könnte ich sagen: Wir müssen mit den 100 Prozent auskommen, die einzelnen städtischen Verwaltungszweige müssen sich darnach einrichten. Wir sind nicht der

Meinung, daß die Notstandsarbeiten zu einer dauernden Einrichtung werden sollen, wir halten es vielmehr für richtiger, eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Vermißt habe ich daher in den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters

die Frage der Heranziehung von Industrie und die Frage der Eingemeindung der Vororte.

Die Konjunktur mag allgemein keine glänzende sein, in anderen Städten war aber, was wir hier vermischen, doch mindestens vorübergehend eine Besserung zu verzeichnen. Das ist lediglich eine Folge der einseitigen Pflege der Kurindustrie. Ich verweise auch die Feststellung, in welchem Maße die Löhne der Arbeiter in den letzten 10 Jahren gestiegen sind, und ich habe den Wunsch, daß die Forderung der Arbeiter um zeitgemäße Erhöhung der Löhne erfüllt wird. Die Eingabe der Beamten unterstützen wir, vor allem mit Rücksicht auf die Unterbeamten. Die Beamten verlangen durchschnittlich 300 M. jährliche Zulagen, der Wunsch der Arbeiter dagegen geht nur auf eine Aufbesserung von 120 M. jährlich. Wir werden auf diese Angelegenheit zurückkommen, wenn der „Kewach“ vom Wehrbeitrag verteilt wird. (Heiterkeit.) Der Redner bringt noch einige andere Wünsche vor und fragt zuletzt nach dem Ergebnis der 1912 vorgenommenen Wohnungszählung. Schließlich meint er, es sei auch an der Zeit, daß man sich über die Erwerbung der elektrischen Bahnen schlüssig mache. Aber die jetzigen Zustände bei der elektrischen Straßenbahn Wiesbadens läche die ganze Welt.

Stadtverordneter Dreyer: In der Befolgungsfrage stehen die Beamten der Stadt Wiesbaden lange nicht oben an, mag Wiesbaden auch sonst in manchen Stücken an der Spitze marschieren. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, er hoffe, daß infolge des Generalpardons auch etwas für die Beamten herauskomme, namentlich für die unteren Beamten. Was versteht der Herr Oberbürgermeister unter unteren Beamten? Wiesbaden ist eine teure Stadt. Hier fehlt es auch an Wohnungsgeldzuschuß.

In den städtischen Bureaus werden Tagesarbeiter beschäftigt, die viel schlechter daran sind als die Arbeiter auf der Straße.

Während die Arbeiter im Außendienst 3 M. 40 Pf. Tagelohn bekommen, erhalten die Bureauchefs nur 3 M., obwohl diese Leute mitunter mit Arbeiten beschäftigt werden, die sehr wichtig sind.

Stadtverordneter Gerhardt: Es besteht eine gewisse Geldknappheit, leider müssen darunter die sozialen Aufgaben in erster Linie leiden. Die Erhöhung der Pflegekosten des Krankenhauses wirkt in höchstem Maße unsozial. Wenn der Generalpardon das bringt, was man von ihm erwartet, dann möchte ich wünschen, daß wenigstens keine Pinauffassung der Pflegekosten stattfindet, eher eine Herabsetzung. Die Angestellten des Krankenhauses sind zum Teil sehr schlecht gestellt; die Portiers erhalten trotz zwölfstündiger Arbeitszeit nur 120 M. monatlich, und der Gehalt des Leichenwärters, der einen sehr unangenehmen Dienst hat, beläuft sich monatlich auf nur 150 M. Da wird der evangelische Geistliche, der 600 M. jährlich erhält, verhältnismäßig glänzend bezahlt. — Der Redner wünscht baldige Errichtung des Siedenhauses, nennt die Errichtung einer städtischen Heilstätte für Lungenkranke eine Notwendigkeit und hat den Wunsch, daß die Stadt die Speisung bedürftiger Schulkinder in eigene Regie übernimmt. Für den Kinderschutz und die Volksschule müßte mehr geschehen.

Stadtverordneter Justizrat v. Ed.: Es ist erfreulich, daß die Redner der äußersten Linken bei der Kritik des Etats auch Worte der Anerkennung gefunden haben. Sie haben Anregungen gegeben, die befolgt werden können, nur mit der Bedingung, daß sie sich etwas leicht gemacht. Gerade diese Frage muß mit größter Vorsicht geprüft werden. Nicht die Rücksicht auf diejenigen, die, wie Herr Demmer meint, Staat und Gemeinde die Jahre um die Steuer geprellt haben, veranlaßt uns, jetzt von der Erhöhung der Einkommensteuer abzusehen, sondern der Wunsch, die hier festzuhalten, die wir als gute Steuerzahler behalten wollen. Die Erhöhung der Einkommensteuer wird automatisch eine Erhöhung der Realsteuern nach sich ziehen; daran sollten die denken, die davon betroffen werden. Herr Demmer hat gesagt, wir nähmen auf der einen Seite alle Rücksicht auf die reichen Steuerhinterzieher, während wir auf der anderen Seite dem Arbeiter den letzten Steuergroschen aus der Tasche zögen. Das darf nicht unwidersprochen bleiben. Die Arbeiter zahlen zum größten Teil überhaupt keine Steuer, und die zur Steuer herangezogen sind, bezahlen so wenig, daß man nicht sagen kann: Die Stadt Wiesbaden zieht den armen Arbeitern den letzten Pfennig aus der Tasche. Auch im Bauwesen war man der Ansicht, daß es falsch sei, Straßen aus Anleihen zu bauen. Deshalb ist es aber noch nicht ohne weiteres richtig, Straßenbaukosten in besonderen Fällen durch kurzfristige Anleihen zu decken. Notwendig ist es allerdings, den Straßenbaufonds zu stärken. Ich bin ermächtigt, für meine politischen Freunde zu erklären, daß Herr Klärner ganz in unserem Sinne gesprochen hat. Wir sind gerne bereit, den Beamten, Lehrern und Arbeitern Zulagen zu gewähren, so weit sie sich in den Grenzen unserer Finanzkraft halten, und erwarten, daß uns der Magistrat im kommenden Sommer eine entsprechende Vorlage macht.

Stadtverordneter Busch: Den städtischen Angestellten müßte für den Vorfall, den die Stadt durch die Befreiung von der Angestellten-Versteuerung hat, ein Äquivalent geboten werden. (Der Redner ist leider infolge der im Saal herrschenden Unruhe am Preßetisch schlecht verständlich.)

Oberbürgermeister Klärner:

Ich bin dankbar für die außerordentlich loyale Aufnahme dessen, was ich mitteilte. Auf alle Anregungen und Anfragen einzugehen, ist mir leider unmöglich, nicht, weil ich um Antwort verlegen bin, sondern weil mehr gefragt wurde, als ein vernünftiger Mensch beantworten kann. (Heiterkeit.) Herr Demmer hat eine ganze Reihe Vorschläge gemacht, deren Durchführung in der Tat wünschenswert ist.

Zur Eingemeindungsfrage habe ich absichtlich nichts gesagt. Ich halte es für sehr bedenklich, in öffentlicher Sitzung die Absichten zu enthüllen, die der Magistrat in dieser Angelegenheit hat. Ich verweise auf die Erfahrung, die in dieser Beziehung ein Kollege einer Nachbargemeinde machen mußte, und auf das Chaos von Meinungen, das seine Mitteilungen hervorriefen. Der Magistrat arbeitet auch auf diesem Gebiete; er hat speziell beschlossen,

mit der Gemeinde Sonnenberg in der Eingemeindungsfrage zu verhandeln. Wenn Sonnenberg so verständlich ist, die Eingemeindung nicht

als ein Geschäft zu betrachten, kann hier die Eingemeindungsfrage in einem halben Jahr schon erledigt sein. Ob der Magistrat bezüglich der Eingemeindung Viebrichs und Schiersteins zu einem Ergebnis gelangt, kann ich jetzt noch nicht sagen. Ich bin nicht in der Lage, die Statistik des Herrn Demmer über die indirekte Besteuerung in Wiesbaden nachzuprüfen, derartige Statistiken sind aber immer mit Vorsicht anzunehmen, da die Schätzung der direkten und indirekten Steuer fast in jeder Stadt anders gehandhabt wird. So lange nicht nachgewiesen wird, daß alle hier in Betracht kommenden Städte auf demselben Weg zu ihren Ergebnissen gekommen sind, so lange kann ich an die Richtigkeit der Statistik nicht glauben, vor allem nicht bezüglich Frankfurt, das fast durchweg höhere Sätze hat als Wiesbaden. Natürlich bin ich fest von der Bonafides des Herrn Demmer überzeugt. Ich sehe auch auf dem Standpunkt, daß eine Arbeitslosen-Unterstützungskasse besser ist als Notstandsarbeiten. Die Verhandlungen wegen Einführung der Arbeitslosenversicherung sind noch nicht abgeschlossen; vielleicht ist es möglich, in irgend einer Weise einen Kompromiß zur Durchführung zu bringen, der auch die äußerste Linke befriedigt. Wertvoll ist die Anregung, durch das städtische Orchester billige Volkskonzerte im „Paulinenschloßchen“ veranstalten zu lassen. Zu der Frage der

Übernahme der elektrischen Straßenbahn
kann ich mich noch nicht äußern. Entschließen müssen wir uns erst in zwei Jahren. Eine Konferenz zur Verhandlung in dieser Angelegenheit ist bereits bestimmt; der Stadtverordneten-Versammlung wird eine ausführliche Denkschrift über den Standpunkt der Sache zugehen. Auch bezüglich der Freifahrtkarten für Stadtverordnete hoffen wir, daß wir einen die Stadtverordneten und die Aufsichtsbehörde zufriedenstellenden Kompromiß zustande bringen. Im Lauf des Jahres wird den Stadtverordneten eine Vorlage für die Errichtung eines Stiegenhauses zugehen; an die Stiftung von 100 000 M. ist ja die Bedingung geknüpft, daß der Grundstein der Anstalt noch vor Ablauf des Jahres 1914 gelegt wird. Bezüglich der Beamtenbesoldungsfrage habe ich klar und deutlich auseinandergelegt, daß wir den Betrag von 400 000 M., den die gewünschte Aufbesserung der Beamten und Lehrer erfordern würde, nicht aufbringen können; auf dem Wege des Kompromisses wird sich auch diese Sache regeln lassen, vielleicht, indem man die Zulagen über den Zeitraum von drei Jahren verteilt.

Der Antrag des Stadtverordneten Geheimrat Elze auf Schluß der Generaldebatte wird mit allen gegen 17 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag des Stadtverordneten Varner auf Vertagung der Debatte wurde nicht angenommen.

Stadtverordneter Krüde: Was die Wünsche der Beamten anlangt, so werden wir alles tun, um sie zu befriedigen. Es ist anzuerkennen, daß die städtischen Beamten mit einem gewissen Recht über Zurücksetzung gegenüber ihren staatlichen Kollegen beklagen. Wegen der geplanten Änderungen in der Linienführung der Straßenbahnen hat sich der Anwohner der Lang- und Kirchgasse und der angrenzenden Straßen eine gewisse Erregung bemächtigt. Die Änderungen würden sicher eine Verschlechterung bedeuten. Es ist zu wünschen, daß man die Sache auch dem Plenum unterbreitet, bevor sie erledigt wird. Es muß alles getan werden, um gerade diese Linie vor einer Verschlechterung zu bewahren. — Der Redner spricht weiter für die Aufschließung billigeren Baugeländes. Die Enteignung des Wellrittalgeländes dürfe nicht zu lange hinausgeschoben werden, da die Grundstücke dort nicht billiger, sondern teurer würden.

Nach kurzen Bemerkungen der Stadtverordneten Demmer und Hartmann wurde die Generaldebatte geschlossen. Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Todesfälle.** Gestern mittag entschlief nach kurzem Leiden Landessekretär Peter Kiermann im 67. Lebensjahre. Der Verstorbene war Rheinländer von Geburt, diente im jetzigen Feldartillerie-Regiment Nr. 27, machte den Feldzug 1870/71 mit und ging als Feldwebel ab. Als Beamter bekleidete er zunächst den Posten eines Kriminalkommissars bei der hiesigen Polizeidirektion, dann trat er zur Nassauischen Landesdirektion über. Dem „Wiesbadener Männergesangs-Verein“ gehörte Herr Kiermann lange Zeit hindurch an und bekleidete Jahre hindurch das Amt des 2. Vorsitzenden. Er war in seinen Kreisen eine beliebte Persönlichkeit und man wird ihn dort in gutem Andenken behalten. — In seiner Wohnung Kleiststraße 21 verstarb gestern der Generaloberarzt a. D. Robert Seeliger im Alter von 55 Jahren.

— **Der „Wiesbadener Verein für Sommerpflege armer Kinder“** hielt gestern im Landeshaus seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung in Behinderung des Landeshauptmanns unter dem Vorsitz von Fräulein Wertens bei guter Beteiligung ab. Nach dem von Frau Dr. Mehnert erstatteten Jahresbericht stieg die Zahl der Mitglieder von 1078 auf 1478. Die Zahl der im abgelaufenen Jahr zur Pflege angemeldeten Kinder war größer denn je; sie stieg um 40. Dagegen waren die Einnahmen um 8416 M. geringer als die Ausgaben. Dabei haben die Pflegestellen eine Erhöhung des Tageslohns verlangt, so daß auch hier die vorgesehenen Kosten um 600 M. überschritten worden sind. Der Verein nahm deshalb 3000 M. Darlehen bei der Nassauischen Landesbank auf. Das „Kaiser-Wilhelm-Heim“ in Kaffaten ist neu in die Organisation aufgenommen worden. Aus einem Orgelkonzert in der Marktkirche flossen dem Verein Mittel zu, aus einem Regat der Frau A. Appel 3000 M. Die dem Schatzmeister Peterßen geleisteten Zahlungen ergaben 730 Mark Erlös. Nach dem Bericht des Herrn Peterßen ergab sich, wie oben gesagt, 5000 M. Defizit. Auf 48 487 M. 34 Pf. wurde die Rechnung ausgeglichen und nach Prüfung derselben dem Redner und Vorstand Entlastung erteilt. Der Vorschlag für das neue Jahr wurde mit 38 000 M. aufgegeben. Die Jahresbeiträge stellten sich dabei auf 9500 M., die einmaligen Beiträge auf 13 000 M., die übrigen Einnahmen kommen aus Zinsen und Geschenken usw. Wegen 675 im Vorjahr sind in diesem Jahre nur 575 Kinder zur Pflege vorgesehen. Der seitberige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, in den engeren und weiteren Ausschuss neu gewählt die Herren Stadtschulrat Dr. Müller, Albert Glaeser, Dr. Geisler, Frau Berle, Frau Scharius, Herr Vogler und Rael Dyckerhoff (Viebrich). Zum Schluß dankte die Vorsitzende allen freundlichen Gebern und Unterstützern der guten Sache aufs herzlichste.

— **Ortskrankenkasse Wiesbaden.** Die Wahl des zweiten Vorsitzenden der Ortskrankenkasse ist vom Oberversicherungsamt auf von der mit einer Stimme Mehrheit unterlegenen Partei erhobenen Protest für ungültig erklärt worden, weil auf Grund eines beim Versicherungsamt eingehaltenen Gutachtens für ein erkranktes Mitglied des Vorstandes ein Stellvertreter herangezogen worden war, während das nach der Ansicht des Oberversicherungsamts nur hätte geschehen dürfen, wenn durch das Fehlen eines Mitglieds der Vorstand die Geschäftsfähigkeit verloren hätte.

— **Ein verschwundener Oberleutnant d. R.** Der früher hier wohnhafte, zuletzt in Bad Domburg anästhetisch gewesene Oberleutnant der Reserve Hans Rudolf Vonderlinden ist seit geraumer Zeit verschwunden. Er ließ sich von einem in Berlin wohnenden Kaufmann 10 000 M. und versprach, die Summe innerhalb weniger Tage zurückzahlen. Vonderlinden ließ aber nichts mehr von sich hören, nachdem er das Geld hatte, und als der Kaufmann den Oberleutnant d. R. auf Rückzahlung verklagen wollte, war der Aufenthalt Vonderlindens nicht mehr zu ermitteln. Vonderlinden wird jetzt von der Staatsanwaltschaft stadtbefristlich verfolgt, da er offenbar noch andere Betrügereien begangen hat.

— **Meine Reizigen.** Die Nr. 12 der „Anstellungs-Nachrichten“ liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Tagblatts“ zur unentgeltlichen Einsicht offen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

hw. **Schierstein, 19. März.** Auffallend wenig wurde bei den diesjährigen Gemeindevorstandswahlen gewählt. Von insgesamt 1136 Wahlberechtigten machten nur 282 von diesem Recht Gebrauch; es sind dies nur 24,5 Proz. Schätzungen der schwachen Wahlbeteiligung dürfte der Umstand sein, daß in der letzten 3. Klasse der sozialdemokratischen Kandidaten von bürgerlicher Seite keine Gegenkandidaten gegenübergestellt wurden. So wählten denn auch in dieser Abteilung nur 20 Proz. aller Wahlberechtigten. Wegen des gegen die Wahlhandlung in der 1. Klasse eingereichten Protestes wird in der nächsten Gemeindevorstandswahlverhandlung über die Wahlstimmen verhandelt. Dürfte dem Protest kaum stattgegeben werden können. — Der hiesige Fortschrittliche Volksverein hält seine diesjährige Generalversammlung am Samstagabend im „Grünen Baum“ ab. — Bei den dieser Tage herrschenden starken Stürmen wurde der obere Teil des Dammenschen Fabrikschornsteins samt dem darauf befindlichen historischen Störchen umgestürzt. Mit dem Aufbruch wurde, um sich den Verbleib der Störche zu sichern, sofort begonnen.

Aus der Umgebung.

Lärmjagen in der heissen Kammer.

Darmstadt, 19. März. Im heissen Landtag spielten sich heute von dem Sozialdemokraten Dr. Fulda hervorgerufene unwürdige Lärmjagen gelegentlich der Besprechung der fortwährenden Interpellation wegen des Verbots für Lehrer, Bildungsvorträge in sozialdemokratischen Gewerkschaftsversammlungen zu halten, ab. Der Leiter der Schulabteilung, Staatsrat Süffert, der den Standpunkt der Regierung in dieser Angelegenheit vertrat, wurde durch Juruse Dr. Fulda, wie „Feldwebel“, „trauriger Sommerleutnant“ und Ähnliches, beleidigt. Als dann noch der sozialdemokratische Führer Ulrich eine erregte Rede hielt, drohte der Präsident, die Sitzung zu schließen, wenn sich der Abgeordnete nicht mähige. Rationalisierer, Zentrum, Bauernbund und Fortschrittliche Volkspartei gaben Erklärungen ab, in denen sie die Vorgänge bedauerten. Dr. Fulda und Ulrich erhielten mehrere Ordnungsrufe. — Über den Anlaß zu den Lärmjagen sei noch folgendes angeführt: Staatsrat Süffert suchte das Verbot des Ministeriums zu rechtfertigen, das den Lehrern unterlegt, Vorträge allgemein wissenschaftlicher Natur in den Arbeiterbildungsausstellungen der freien Gewerkschaften zu halten. Am Tage zuvor hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Fulda dieses Verbot als den Ausfluß eines engstirnigen Regierungsverhaltens bezeichnet. Daraus knüpfte der Regierungsvertreter an, nachdem er vorher schon in der schärfsten Weise gegen die Sozialdemokratie polemisiert hatte und meinte, als alter Soldat sage er: Ehre den Männern, die noch feierlichen Geist in sich haben. — Zuruf: Feldwebel! — Staatsrat Süffert: Sie haben es ja nur bis zum Gefreiten gebracht! — Dr. Fulda: Sie sind ein trauriger Sommerleutnant gewesen. (Ordnungsrufe des Präsidenten.) — Staatsrat Süffert: Was Sie sagen, Herr Dr. Fulda, reicht nicht einmal an meine Stiefelspitzen heran! — Abg. Raab (Soz.): Das ist die Bildung der Regierung! — Abg. Fulda: Unverschämter Staatsrat! (Ordnungsrufe des Präsidenten.) — Staatsrat Süffert: In diesem Zurf kann man eine Probe der sozialdemokratischen Willkürbestrebungen erkennen! — Zuruf links: Ihre Prozedur hat das verschandelt! — Abg. Ulrich (Soz.): Herr Präsident! Ich muß um Schutz bitten gegenüber den Beleidigungen des Staatsrats! — Staatsrat Süffert: Ich bin beleidigt worden! — Abg. Ulrich: Sie beleidigten mit dem Ausdruck, daß an Ihre Stiefelspitzen niemand heranreicht! — Vor Schluß der Sitzung erklärte zur Geschäftsordnung Abg. Osann (natl.), daß seine Partei für das Verhalten der Linken nur ein Wort schärferer Ablehnung habe. Es sei das zweite Mal, daß sich Dr. Fulda in direkten Insulten gegen den Regierungsvertreter vergangen habe. — Abg. v. Brentano schließt sich namens der Zentrumspartei an, ebenso Abg. Brauer namens des Bauernbundes, der dabei noch bedauert, daß die Anträge des Bauernbundes auf Verschärfung der Geschäftsordnung (Sanktionsparagrafen) nicht angenommen wurden. — Abg. Krell erklärt namens der Fortschrittlichen Volkspartei, daß sie die Zwischenrufe Dr. Fuldas mißbillige. Die Fraktion verkenne aber nicht, daß der Regierungsvertreter in einer überaus reaktionären Weise gehandelt und die Juruse in einer Weise erwidert habe, die zu weiteren Zurufen reizte. — Abg. Ulrich (Soz.) meint, diese Erklärungen der Fraktionen müßten der Lächerlichkeit verfallen. Staatsrat Süffert habe den Anfang gemacht mit der Bemerkung, daß Dr. Fulda es nur bis zum Gefreiten gebracht habe. Der Staatsrat wisse ganz genau, daß Dr. Fulda als Unteroffizier mit der Qualifikation zum Offizier abgegangen ist, und daß ihm später, weil er Jude war, diese Qualifikation abgesprochen worden ist. Infolgedessen, weil der Staatsrat das wußte, mußte Dr. Fulda den Zurf als eine höhere Beleidigung empfinden und hat dann, wie geschehen, geantwortet.

Das Hochwasser des Mains.

ht. **Frankfurt a. M., 19. März.** Der langandauernde ungewöhnlich hohe Wasserstand des Mains verbindet einen regelrechten Abfluß der Nebenflüsse. Infolge dessen haben diese fortgesetzt noch große Wassermengen über die Uferländer in die Talsenken, so daß von einem Hochwasser der Rheingegenden, besonders im Mittel- und unteren Rheingebiet, kein Zweifel ist. Erst wenn der Rheinpegel sinkt, werden im Mittel- und unteren Rheingebiet eintreten. Am Samstagabend ist es hier bei Soden aus, das seit 20 Tagen nach drei Ertren von jedem Verkehr abgeschnitten ist. Wenn nicht bald das Wasser aus den Niederungen verdrängt, dürften die ganzen Winter-

fruchtbestellungen verloren sein. Auch aus den Tannwäldern werden schwere Überschwemmungen gemeldet, die erheblichen Schaden anrichten.

Gerichtssaal.

we. **Betrug.** Die Verhandlung wider den Kaufmann Adolf Schmidt aus Wiesbaden wegen vollendeten und versuchten Betrugs zog sich bis nach 8 1/2 Uhr abends hin. Es wurden zwar nur sechs Zeugen neben einem Bankfachverständigen vernommen, eine Anzahl von Briefen aber war zu verlesen und zeitweilig hatte ein englischer Übersetzer in Funktion zu treten. Die Strafkammer nahm den Angeklagten in 1 Jahr 6 Monate Gefängnis als Gesamtstrafe, erachtete aber 5 Monate davon für durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt.

Neues aus aller Welt.

Eine folgenschwere Dampferkatastrophe bei Venedig.

Venedig, 19. März. Ein italienisches Torpedoboot stieß mit einem kleinen, von Lido kommenden Passagierdampfer zusammen, der sofort sank. Nur wenige Personen konnten gerettet werden. Gegen 50 ertranken, darunter der russische Botschafter Kerinski. Nach einer weiteren Meldung handelt es sich um das Torpedoboot „S 1“. Bis 8 Uhr abends waren sechs Leichen geborgen. Acht Personen sollen gerettet worden sein. — Der Zusammenstoß stellt sich, weiteren Nachrichten zufolge, als folgenschwerer heraus, als zuerst angenommen worden war. Als ein kleiner Dampfer der städtischen Dampfschiffahrtsgesellschaft mit etwa 80 Personen an Bord von Lido heran, stieß er mit dem Torpedoboot zusammen. Der Dampfer sank sofort und der größte Teil der Passagiere ertrank. Eine Person wurde gerettet. Sechs Leichen wurden in das St. Anna-Hospital übergeführt, darunter die des russischen Botschafters Kerinski. Die Vertreter der Behörden haben sich sofort an die Unfallstelle begeben. Die Zahl der Opfer soll gegen 50 betragen. Sofort nach dem Zusammenstoß wurde der mit nachlässigen Seemannsregeln ausgerüstete österreichische Schlepper „Tian“ zu Hilfe gerufen. Auch ein Boot des deutschen Kreuzers „Göben“ eilte herbei. Der Oberkommandant des Marineministeriums leitete persönlich die Rettungs- und Bergungsarbeiten. Der Torpedobootsjäger „Arconico“ sucht mit Tauchern nach den Leichen. Es sollen nur etwa 10 Passagiere gerettet worden sein.

Die Ursache.

Venedig, 20. März. Die Ursache der Dampferkatastrophe in Lido ist noch nicht festgelegt. Einer der Geretteten behauptet, daß der Bootsführer und auch die Mannschaft umherwanderte dem Flag eines Hydroplans folgten und dadurch das Rufen des Torpedoboots überhörten.

Weitere Einzelheiten.

Rom, 20. März. Von 50 Passagieren konnten nur 22 gerettet werden. Die übrigen ertranken. Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig. Der hintere Teil des Dampfers wurde vom Torpedoboot zerlegt und entzweit geschnitten. Die Passagiere waren fast durchweg Touristen oder wohlhabende Venetianer, die nach der Stadt zurückkehren wollten. Bisher sind nur wenige Leichen geborgen worden. Von den Toten konnten bisher nur das italienische Oberarzt Leutnant Colli und Frau, die auf dem Lido eine Villa besaßen, und der russische Botschafter Kerinski identifiziert werden. An der Unfallstelle erschienen sofort der Bürgermeister, der Präfect und andere hochbedeutende Persönlichkeiten. Das Unheil ereignet in Venedig um 10 Uhr abends. Der Dampfer „Arconico“ als sehr viele Fremde in der Stadt sind, die im Hinblick auf die bevorstehende Moskauer Weltkongress seit vier Wochen in Venedig und jetzt vielleicht zum größten Teil abfahren werden.

Von einem dringlichen Auto überfahren. Berlin, 20. März. Der Wagen des Prinzen Karol von Rumänien, der in sehr schnellem Tempo fuhr, überfuhr gestern in der Reichen Strasse einen Mann, der schwer verletzt liegen blieb. Der Prinz ließ den Verunglückten nach dem städtischen Krankenhaus bringen, wo dieser bestimmungslos darniederliegt.

Die Sturmflutkatastrophe in Südrussland. Odessa, 20. März. Einem hier eingegangenen Radiotelegramm zufolge sind von 10 000 Astrachaner Fischern, die einen Tag vor dem großen Frost ins Meer ausliefen, wie durch ein Wunder 300 von ihnen glücklich gerettet. Das Schicksal der übrigen 9700 ist unbekannt. Die Zahl der auf der Astrachaner Flotte verunglückten Fischer beträgt 3200.

Das Hochwasser im Rheingebiet. Krefeld, 19. März. In Krefeld hat das Wasser nahe dem Rheinort. Seit Jahren hat der Rhein diese Höhe nicht mehr erreicht. Tag und Nacht sind Bäume in Venedig, um die Ränder auszuweichen. Die Dampfer führen keine Güter. Der Sturm richtete an Lagerhäusern und Dämmen erheblichen Schaden an. Ein Naturwunder. Lubinaen, 20. März. Auf dem hiesigen Marktplatz ging gestern abend ein Knalllicht nieder, der ein gewaltige Feuererscheinung zur Folge hatte. Der Witz war von einem furchtbaren Krachen begleitet. Der Himmel war hell darauf wieder heruntersank.

Erzmannsles. Essen, 20. März. Auf Jasse „Wald auf Essen“ wurden zwei Bergleute von hereinbrechenden Kohlenmassen verschüttet. Der eine war sofort tot, der andere wurde nach 8 Stunden befreit. Sein Zustand ist bedenklich, da er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Ein Gewittersturm in Konstantinopel. Konstantinopel, 19. März. Gestern fuhr während eines Gewittersturms ein Blitzschlag in den Balkon der Feste und geriet in einen Teil der Telephonzentrale. In Galata wurde ein Kind von einem Blitzschlag der Straßenbahn berührt und getötet, drei Personen wurden verletzt.

Letzte Drahtberichte.

Zur Konzlerkrise.

s. Berlin, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Zu unserer gestrigen Meldung von der Amtsmündigkeit des Reichszanklers erklärt heute die „Köln. Ztg.“, es sei nicht der geringste Anhaltspunkt dafür bekannt geworden, daß Herr v. Bethmann-Hollweg sich mit Rücktrittsgedanken trage. Wir wissen nicht, ob das ein amtliches Dementi sein soll, wir haben, wie wir ausdrücklich betont, ein Gerücht wiedergegeben und wir können heute nur hinzufügen, daß die Erzählung von dem in naher Frist bevorstehenden Abgang des Herrn v. Bethmann-Hollweg und von seiner Ersetzung durch den künftigen Vidnowsky namentlich in preussischen Abgeordnetenkreisen verbreitet ist und dort allgemein geglaubt wird. Man wird abwarten müssen, ob sich die Vermutungen in der Prinz Albrecht-Strasse oder die Ablehnung in der Wilhelmstrasse bestätigen.

Wichtige Veränderungen in der deutschen Diplomatie.

s. Berlin, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) In Berliner diplomatischen Kreisen spricht man seit einiger Zeit davon, daß in den wichtigsten diplomatischen Stellen des Reiches in den nächsten Monaten Veränderungen zu erwarten seien. Es ist kein Geheimnis, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Jagow, nach seiner im Juni stattfindenden Dozierung gern wieder auf einen diplomatischen äußeren Posten zurückkehren oder sich von der Karriere ganz

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

1 fl. Holl.	1.70
1 alter Gold-Rubel	3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2.16
1 Peso	4.-
1 Dollar	4.20
7 fl. süddeutsche Währ.	13.-
1 Mk. Rko.	1.50

In

	In %
Westf. Bod. Köln S. 7,4	84.
do. S. 8	84.
do. S. 3 u. 4	84.
do. S. 9	84.
Württ. H.-B. Em. b. 92	85,1
do.	86,50
Württ. Kreditv. uk. 20	86.
do. S. 12	86.
Württ. Vereinsb. 20	86,40
do. S. 15	86,50
Staatlich od. provincial-garant.	
(Ld. Hess.-H. uk. 1913 A	86,00
do. Serie 1, 2, 6-8	84,20
L.-K.(Cass.) S.22 uk.1914-	85,50
do. S.21	91,50
do. S. 24 uk. 1921	97.
do. S. 25	97,40
do. S. 21	97.
Nass.L.-B. L.V. u. V. 15	98.
do. Lit. Z. uk. 20	98.
do. Lit. U. u. X.	98.
do. Lit. Y	—
do. Lit. J	91,50
do. F. G. H. K. L	91,50
do. M. N. P. Q	91,50
do. Lit. R. S.	91,50
do. Lit. T	91,50
do. Lit. O.	88.

Diverse Obligationen.

4 1/2	Præb. Bod.-Cr.-Act.-H.	87.
4 1/2	do. S. 17 u. 21	93.40
4 1/2	do. S. 22 uk. 1915	93.40
4 1/2	do. S. 25 1913	94.10
4 1/2	do. S. 26 1913	94.75
4 1/2	do. S. 27 1920	94.30
4 1/2	do. S. 28 1921	95.
4 1/2	do. S. 29 1921	95.50
3 1/2	do. S. 20 1913	87.80
3 1/2	do. S. 23 1915	87.80
3 1/2	do. S. 3 7 u. 9	85.30
4 1/2	Pr. Centr.-B.-C.-H. v. 92	94.50
4 1/2	do. v. 1899 u. 16	93.90
4 1/2	do. v. 1907 u. 17	94.
4 1/2	do. v. 1909 u. 19	94.20
4 1/2	do. v. 1910 u. 20	94.60
4 1/2	do. v. 1912 u. 22	95.40
3 1/2	do. v. 1886/89/94/96	85.
3 1/2	do. v. 1904 uk. 13	85.40
4 1/2	do. Kom. 01 kd. 10	95.70
4 1/2	do. 08 uk. 17	95.50
4 1/2	do. 12 uk. 22	96.50
3 1/2	do. 87 v. n. 96	86.30
3 1/2	do. 06 u. 16	86.60
4 1/2	Pr. Hypoth.-Act.-Bk.	91.80
4 1/2	do. rz. Sr. 135 auf 90	84.20
4 1/2	do. v. 04 uk. 13	93.
4 1/2	do. v. 07 uk. 17	93.70
4 1/2	do. v. 09 uk. 19	93.80
4 1/2	do. Kom. v. 11 uk. 21	95.20
4 1/2	Pr. Hyp.-Vers.-G.	93.50
3 1/2	do.	87.
4 1/2	Pr. Pfdbr.-B. 18, 19 u. 22	93.50
4 1/2	do. E. 25 unk. 14	93.50
4 1/2	do. E. 28 u. 17	94.60
4 1/2	do. E. 30 u. 19	94.75
4 1/2	do. E. 30-31 u. 20	95.25
3 1/2	do. E. 36 u. 14	93.80
3 1/2	do. E. 17, 18 u. 24 kb.	85.25
3 1/2	do. Kleinb. E. Ikb. ab 04	80.
3 1/2	do. Kom. S. 1 kb. b. 12	86.
4 1/2	do. Landach. Centra	
4 1/2	Rhn. Hyp.-B. kb. ab 02/07	94.50
4 1/2	do. 1917	94.50
4 1/2	do. 1919	94.50
4 1/2	do. 1921	94.30
4 1/2	do. uk. 1923	95.80
4 1/2	do. Kom. ukb. 23	95.20
3 1/2	do.	84.80
3 1/2	do. 1914	84.40
4 1/2	Rhein.-Westf. B.-C. S. 3,	
4 1/2	do. 5, 7, 7a, 8, 8a, 9 u. 9a	93.75
4 1/2	do. S. 10 uk. 1915	92.
4 1/2	do. 12 u. 12 uk. 1920	94.50
4 1/2	do. S. 13 uk. 1922	95.50
3 1/2	do. S. 2 u. 6	84.30
3 1/2	Süd. B.-C. 31/02, 34, 43	96.40
3 1/2	do. bis inkl. S. 52	88.

Re.chsbank-Diskont 4 %/o		Wec
Amsterdam	fl. 100	94 1/2
Antw. Brüsscl	Fr. 100	80,50
Italien	Lire 100	80,7
London	Lstr. 1	20,4
Madrid	Ps. 100	76,73
N.-York	3 T.S. D. 100	—

London

Schlusskurse v

Amerikanische Bahnen.

Atchafson Top. common	95.50
Baltimore and Ohio	62.
Canada Pacific	214.75
Chicago-Milwaukee	101.
Denver v. Rio common	12.25
Erie common	20.62
Great Western	12.
Louisville u. Nashville	141.25
Miss. Kns. Texas	17.75
New York Ontario West	27.75
Pennsylvania Railroad	87.75
Reading	84.
Rock Island	4.75
Southern Pacific	97.12
do. Railway common	25.75
Steele common	65.75
Trunc common	21.12
Union Pacific common	162.60

Minen.

Amalgamated	77.25
Anaconda	7.55
Rio Tinto	70.12
Tang. Cons.	—
Utah Copp.	11.25
Centr. Min.	7.62

Schlusskurse vom 19. März:

Amerikanische Bahnen.		Chartered	
Atchison Top. common	99.50	De Brera deferred	18.26
Baltimore and Ohio	82.	East Rand	1.20
Canada Pacific	214.75	Oreduid	1.91
Chicago-Milwaukee	101.	Goerz	0.43
Cleveland & Erie common	12.25	Goldfields	2.13
Erie common	20.62	Jagersfontein	4.72
Great Western	12.	Moffettfontein	12.
Louisville v. Nashville	141.25	Premiers	8.50
Mis. Kan. Texas	17.75	Rand Mines	5.69
New York Ontario West	27.75		
Pennsylvania Railroad	56.75	Fonds.	
Reading	86.	5 Argentinian von 1890	100.50
Rock Island	4.75	4 do. von 1897/1900	83.
Southern Pacific	97 1/2	Argent. Navigators,	13 7/8
do. Railway common	25.75	do. preferred	23.
Steele common	65.75	4 Brazilianer von 1899	74.
Trunk common	21.12	3 1/2 Buenos Aires	65.
Union Pacific common	162.50	5 Chinesen von 1896	101.50
		4 1/2 do. von 1898	91.
Minen.		3 Deutsch-Reichsanleihe	77.
Amalgamated	77.25	2 1/2 Engl. Konzola	75.12
Anacanda	7.55	4 Griech. Mon.	58.
Rio Tinto	70.12	4 Japaner von 1905	82.
Tang. Cons.	—	4 1/2 do. II	91.
Utah Copp.	11.25	3 1/2 Ind. Rupees Anl.	63.92
Centr. Min.	7.82	5 Mexican. Kon. Anl.	84.